

SAGW-Bulletin

2 | 2023

VER
FAS
SUNG

CONSTITUTION

ASSU Accademia svizra da ciencias humanas e sociais
SAHS Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

SAGW Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
ASSH Académie suisse des sciences humaines et sociales
ASSU Accademia svizzera di scienze umane e sociali

Stagnierende Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften, **S. 8**

La Constitution de 1848 n'existe pas... mais elle est sacrée, **p. 25**

Klima und Verfassung: eine neue Dimension für die Menschenrechte?, **S. 37**



Generalsekretariat der SAGW

Stv. Generalsekretär

Dr. Beat Immenhauser

Leiter Personal und Finanzen

Tom Hertig

Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen

Dr. Sara Elmer

Dr. Romaine Farquet

Fabienne Jan, lic. ès lettres

Christian Weibel, lic. phil.

Kommunikation

Arnaud Gariépy, lic. ès sciences sociales

Stella Noack, MA

Dr. Heinz Nauer

Personal und Finanzen

Eva Bühler

Beatrice Scheidegger

Administration

Marie Steck

Hochschulpraktikantin

Julie Zingg, MA

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

Haus der Akademien

Laupenstrasse 7

Postfach

3001 Bern

sagw@sagw.ch

E-Mail an die Mitarbeiter:innen:

vorname.nachname@sagw.ch

Verfassung
– gestalterische
Potenziale
und historische
Horizonte

*Constitution
– potentiels
visionnaires
et horizons
historiques*



Artikel 127

Grundsätze der Besteuerung



Artikel 68

Sport

Editorial

Verfassung zwischen Malaise und Update

1964 erschien in Zürich ein dünnes Büchlein von 47 Seiten mit dem Titel «Helvetisches Malaise». Ihr Verfasser, der Basler Staatsrechtsprofessor Max Imboden, äusserte darin Grundsatzkritik am eingefrorenen politischen System der Schweiz. Im 19. Jahrhundert sei die Schweiz eine revolutionäre Nation gewesen, nun aber eine der konservativsten der Welt, konstatierte Imboden. Mit dem Begriff «Malaise» bezeichnete er eine «seltsame Mittellage zwischen ungebrochener Zuversicht und nagendem Zweifel». Der Wille der Bevölkerung sei zwar noch immer «auf Bejahung gerichtet», so Imboden, «aber es stellen sich ihm aus einem schwer durchdringbaren Halbdunkel entscheidende Hindernisse entgegen».

Der staatspolitische Weckruf des durch und durch bürgerlich-liberalen Professors und FDP-Politikers, der ein Jahr später zum ersten Präsidenten des Schweizerischen Wissenschaftsrats gewählt wurde, war entscheidend für die Auslösung des Verfahrens der Totalrevision der Bundesverfassung, die schliesslich zur heute geltenden Verfassung von 1999 führte.

Innovative Kantone

Wer dieses Jahr die Feierlichkeiten und die mediale Berichterstattung zum 175-Jahr-Jubiläum der Schweizer Bundesverfassung mitverfolgt, mag sich an das «Malaise» im Sinne Imbodens erinnern fühlen. Denn wie in den frühen 1960er-Jahren spielen verfassungsrechtliche Grundsatzdiskussionen auf nationalem Politparkett heute kaum eine Rolle. Die geltende Bundesverfassung ist vielmehr zu einem Hort der Stabilität geworden, in dem es sich zwar einigermaßen behaglich einrichten lässt, der aber wenig Platz für institutionelle Zukunftsgestaltung bietet (siehe den Beitrag von Numa Graa, S. 21).

Richten wir unseren Blick von der nationalen auf die kantonale Ebene, ändert sich das Bild. Immerhin zwölf der 26 Kantonsverfassungen – laufende Revisionsprozesse in den Kantonen Wallis und Appenzell Innerrhoden mitgezählt – stammen aus dem neuen Jahrtausend und enthalten, insbesondere in urbanen Kantonen wie Genf, Basel-Stadt oder Zürich, progressive Elemente, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz, Inklusion oder Familienförderung (siehe

den Beitrag von Kurt Nuspliger, S. 29). Aus diesen Erfahrungen liesse sich auch für die nationale Ebene einiges lernen. Davon sind auch Daniel Graf und Michel Huissoud, die Initianten der Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung «Update Schweiz», überzeugt (siehe Interview, S. 58).

Wissenschaft beinhaltet mehr als Forschung und Innovation

Das «helvetische Malaise» flackert derzeit vielerorten auf, zum Beispiel auch im Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die Wissenschaftsforscherin Alexandra Hofmänner hat dieses Verhältnis unlängst mit klarem Blick analysiert («Das Verhältnis von Wissenschaft und Staat in der Schweiz», Schwabe, 2023) und vorgeschlagen, einen breit verstandenen Begriff von Wissenschaft in der Verfassung zu verankern; denn die wesentlichen Fragen unserer Zeit würden weniger die Forschung und die Innovation betreffen, sondern ganz grundsätzlich den Umgang mit dem zur Verfügung stehenden Wissen.

Dieses Verständnis von der Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft steht im Einklang mit der strategischen Mehrjahresplanung der Akademien der Wissenschaften Schweiz, die sich weiter in Richtung einer unabhängigen Plattform für den Dialog mit Politik und Gesellschaft entwickeln und so eine wissenschaftlich abgestützte nationale Nachhaltigkeitspolitik mitgestalten möchten. Die SAGW leistet ihren Beitrag dazu, aktuell mit der Publikation «Wege zu einem nachhaltigen Konsum» (siehe Vorschau, S. 73), deren 20 Beiträge zur Reflexion über unsere Alltagspraxis des Konsumierens einladen und Forschende aus allen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften dazu ermutigen sollen, sich den Herausforderungen einer nachhaltigen Transformation anzunehmen.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre – mögen Sie sich dabei ganz «à l'aise» fühlen!

Heinz Nauer
Redaktor



5 Editorial

Spotlight

8 Stagnierende Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Heinz Nauer, Stella Noack, Christian Weibel

12 Ding hat Geist

Tobias Brücker

14 Fehlende Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen: eine Frage der Reputation?

Franz Barjak, Christine Böckelmann

15 Face à l'urgence climatique : repenser notre rapport au temps

Aurianne Stroude

18 Carte blanche

Sandro Cattacin

Dossier

VERFASSUNG

20 Vorschau

Heinz Nauer

21 La portée historique des constitutions en Suisse

Numa Graa

25 La Constitution de 1848 n'existe pas... mais elle est sacrée

Alain Papaux

29 Innovative Kantone: kantonale Beiträge zum Verfassungsrecht

Kurt Nuspliger

33 Qu'est-ce qu'une constitution ? De la dogmatique juridique à l'analyse politique

Bernard Voutat

37 Klima und Verfassung: eine neue Dimension für die Menschenrechte?

Helen Keller

41 Bildessay

48 The Power of an Image: How cartoons championed and criticised the Constitution in the Weimar Republic

Laura Petersen

53 Verfassung als gesellschaftlicher Prozess

Shirin Naef

56 Les mots de la recherche

Yan Greub

58 «Eine Totalrevision zum jetzigen Zeitpunkt macht total Sinn» Interview mit Daniel Graf und Michel Huissoud

Heinz Nauer, Stella Noack

Netzwerk Réseau

64 Rétrospective de l'Assemblée annuelle 2023

66 Stets die öffentliche Debatte im Blick: die SAGW verabschiedet ihren langjährigen Generalsekretär

69 Personalía

72 4 questions à... Anne-Sylvie Dupont

73 Publikationen und Projekte

78 Deux chiffres ronds pour une collection prestigieuse

Christoph Uehlinger

80 6 Fragen an ... Sonja Matter

82 Le mot de la fin

Sofia Balzaretti

SPOTLIGHT

Stagnierende Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Heinz Nauer, Stella Noack und Christian Weibel

Rund 47 000 Menschen sind in der Schweiz derzeit an einer Universität für ein Studium der Geistes- und Sozialwissenschaften eingeschrieben. Doch zeigt die Kurve nach unten. Tendenziell verlieren die traditionellen bildungskanonischen Fächer an Bedeutung. Fachvertretungen sind nun auf den Plan gerufen.

Fachvertretungen sowie Dekaninnen und Dekane blicken mit Unbehagen auf die Entwicklung der Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Diese Sorge hat jüngst Initiativen im SAGW-Umfeld angestoßen. Darunter die Kampagne geschichtestudieren.ch der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG). Die Website ist seit dem 28. August live. SGG-Generalsekretär Flavio Eichmann hat einiges vor: «Wir wollen mit der Kampagne Maturandinnen und Maturanden von den Vorzügen eines Studiums der Geschichte überzeugen, indem wir zeigen, was man im Geschichtsstudium alles lernen kann, welche vielfältigen Karrieremöglichkeiten es eröffnet und dass herrschende Vorurteile über das Studium falsch sind.» Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet die SGG mit dem Verband der Geschichtslehrpersonen zusammen.

Sind die Geistes- und Sozialwissenschaften auf Tauchstation? Entwicklung der Studierendenzahlen

Die Geistes- und Sozialwissenschaften seien «auf Tauchstation» und «im Niedergang» begriffen, schrieb das Online-Magazin Watson in dramatischem Tonfall.¹ Wie sehen die Zahlen nüchtern betrachtet aus? Von 2021/22 bis 2022/23 ging die Gesamtzahl der Studierenden an Schweizer Hochschulen erstmals seit fast drei Jahrzehnten leicht zurück (Rückgang um 0,6 Prozent). Der Rückgang lässt sich primär in der demografischen Entwicklung begründen. Anfang der Nullerjahre sank die Geburtenrate in der Schweiz auf ein Zwischentief. Genau diese Jahrgänge sind nun in einem Alter, in dem sich diejenigen, welche die allgemeine Studierfähigkeit erworben haben, an einer Hochschule immatrikulieren können. Der Rückgang der Studierendenzahlen verteilt sich indes nicht gleichmässig über alle Fachbereiche. Während die Studierendenzahlen in der Medizin und Pharmazie, den Technischen Wissenschaften sowie den Exakten und Naturwissenschaften gleich blieben oder leicht zulegten, gingen sie in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie in den Wirtschaftswissenschaften um je rund zwei Prozent, in den Rechtswissenschaften um rund ein Prozent zurück. In absoluten Zahlen umfassen die Geistes- und Sozialwissenschaften noch immer – und mit Abstand – die meisten Studierenden (Tab. 1).

Wie sehen die Zahlen über einen längeren Zeitraum aus? Die Zahlen des Bundesamts für Statistik erlauben einen Vergleich zwischen den Fachbereichen seit 1990/91. Es zeigt sich, dass die Studierendenzahl in den Geistes- und Sozialwissenschaften von Mitte der 1990er- bis Mitte der 2000er-

Tabelle 1

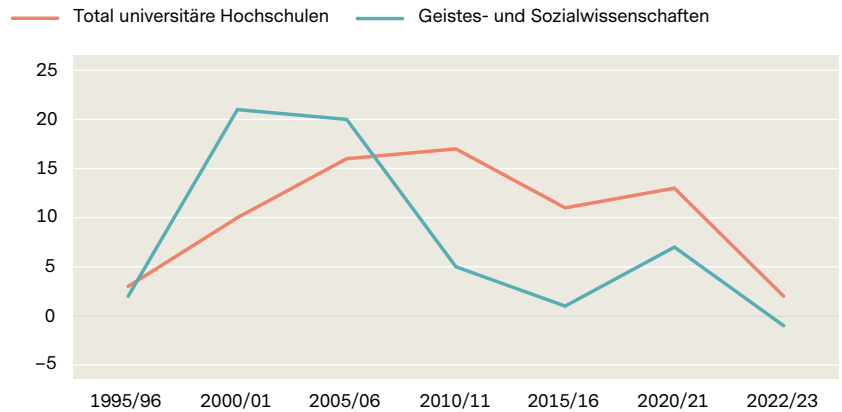
Fachbereich	Zahl der Studierenden
Geistes- und Sozialwissenschaften	46 800
Wirtschaftswissenschaften	8 056
Recht	10 205
Exakte und Naturwissenschaften	13 535
Medizin und Pharmazie	13 893
Technische Wissenschaften	21 281
Interdisziplinäre und andere	4 829

Studierende nach Fachbereich 2022/23 (in absoluten Zahlen).

1 Reich, Philipp: Studentenzahl nimmt erstmals seit 1995 ab – diese Studiengänge litten zuletzt am meisten, in: Watson, 03.04.2023, Stand: 05.04.2023.

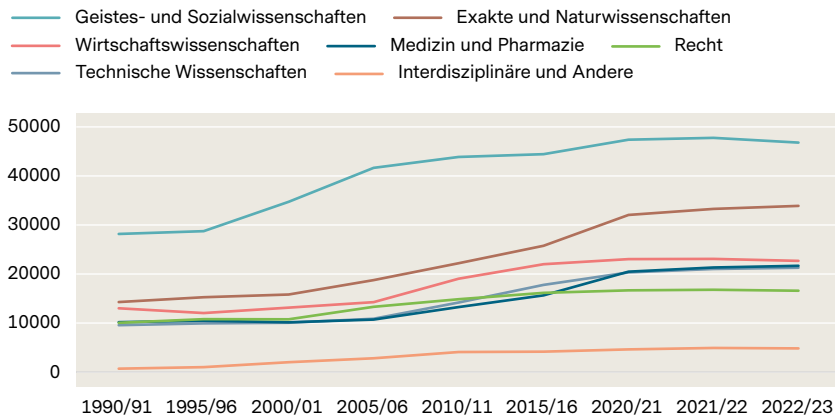
Jahre im Vergleich zum Gesamtwachstum der Studierendenzahlen überproportional zunahm (Grafik 1). 1995/96 zählten die Geistes- und Sozialwissenschaften rund 29 000 Studierende, zehn Jahre später bereits 42 000 (Grafik 2), was damals mehr als 37 Prozent aller Studierenden an einer universitären Hochschule ausmachte (Grafik 3). Anschliessend verlangsamte sich das Wachstum, bis es zuletzt negativ ausfiel. Im Jahr 2022/23 liegt der Anteil der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften bei knapp 28 Prozent. Auffällig ist, dass auch die Studierendenzahlen in den Fachbereichen «Wirtschaftswissenschaften» und «Recht», beide ebenfalls Sozialwissenschaften, seit rund zehn Jahren stagnieren und zuletzt rückläufig waren.

Grafik 1



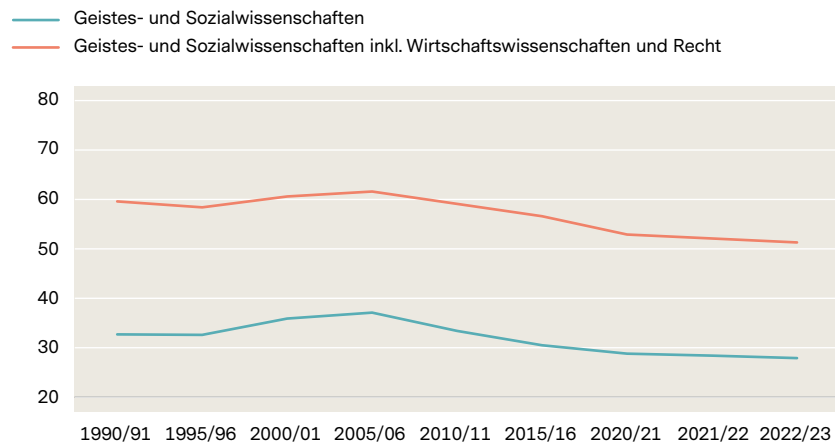
Wachstumsrate der Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften im Vergleich mit den Gesamtstudierendenzahlen an universitären Hochschulen in der Schweiz (in Prozenten).

Grafik 2



Entwicklung der Studierendenzahlen an universitären Hochschulen nach Fachbereichen seit 1990/91 (in absoluten Zahlen).

Grafik 3



Anteil Studierender der Geistes- und Sozialwissenschaften (inklusive und exklusive Wirtschaftswissenschaften und Recht) an der gesamten Studierendenschaft der universitären Hochschulen seit 1990/91 (in Prozenten).

Tendenziell verlieren die bildungskanonischen Fächer

Die Entwicklung der Studierendenzahlen in den einzelnen Fachrichtungen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften verläuft sehr unterschiedlich. Es gibt Studienfächer, die in den letzten Jahren teilweise deutlich zulegen konnten, allen voran die boomende Psychologie, aber auch Linguistik, Humangeographie, Theologie oder Philosophie (Tab. 2). In anderen Fächern wie Germanistik, Politikwissenschaft, Ethnologie und Volkskunde zeigt die Kurve hingegen nach unten. Tendenziell sind es die alten bildungskanonischen Fächer, die an Boden verlieren.

Die in absoluten Zahlen grösste Verliererin ist das Fach Geschichte, dessen Studierendenzahl seit 2013/14 um mehr als 20 Prozent zurückgegangen ist (Tab. 3). Flavio Eichmann sieht dafür auch interne Gründe. Viele traditionelle Fächer wie die Geschichte hätten sich durch die Schaffung spezialisierter Studiengänge selbst geschwächt, da die Statistik diese Studierenden nun anderen Fächern zuordne.

Die Fachvertretungen stehen in der Pflicht

Die Ursachen für diese Entwicklungen zu benennen, ist schwierig. Das bestätigen auch die Studienberatungsstellen der Universitäten Basel, Bern und Zürich sowie des Kantons Zürich, welche die SAGW um eine Einschätzung gebeten hat. Ob und warum gewisse Fächer der Geistes- und Sozialwissenschaften Gegenstand von Beratungsgesprächen sind, werde nicht erhoben.

Um die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Fachrichtungen an den Universitäten zu erklären, müssen auch die Zahlen zu den Studiengängen der Fachhochschulen beigezogen werden. Mehrere Fachbereiche wie Angewandte Linguistik, Angewandte Psychologie, Soziale Arbeit, Design oder Musik, Theater und andere Künste sind in den letzten zwei Jahrzehnten stärker gewachsen als ihre verwandten geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen an den Universitäten und zählen heute rund 22 000 Studierende (2000/01: 5 300, 2010/11: 17 300). Mit den Angeboten der Fachhochschulen haben junge Menschen mehr

Optionen in ihrer Studienwahl. Es scheint zum Beispiel naheliegend, dass zumindest ein Teil der Maturandinnen und Maturanden, die sich vor zehn oder zwanzig Jahren noch für ein Studium der Kunstgeschichte an einer Universität entschieden hätten, heute Design an einer Fachhochschule studieren.

Tabelle 2

Fachrichtung	2013/14	2022/23	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in Prozenten
Psychologie	9407	13163	+3756	+40
Sozialwissenschaften übergreifend/übrige ²	1908	2744	+836	+44
Erziehungswissenschaften	1695	2272	+577	+34
Linguistik	437	649	+212	+49
Humangeographie	240	445	+205	+85
Römisch-katholische Theologie	526	717	+191	+36
Theologie übergreifend/übrige	310	495	+185	+60
Philosophie	837	983	+146	+17
Theater- und Filmwissenschaft	151	244	+93	+62
Soziologie	1115	1199	+84	+8

Zehn Fachrichtungen mit der positivsten Entwicklung der Studierendenzahlen seit 2013/14 (Reihenfolge nach absoluten Zahlen).

2 In den Fachrichtungen mit dem Zusatz «übergreifend/übrige» aggregiert das Bundesamt für Statistik die Studierendenzahlen aus Studiengängen, die «nicht eindeutig einer Fachrichtung zugeordnet werden können». Die Kategorie fasst in erster Linie die interdisziplinären Studiengänge zusammen. Welche Studiengänge dazu gezählt werden, wird von jeder Universität einzeln erhoben und ist entsprechend aufwändig zu ermitteln.

Tabelle 3

Fachrichtung	2013/14	2022/23	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in Prozenten
Geistes- und Sozialwissenschaften übergreifend/übrige ²	3708	3061	-647	-17
Geschichte	3019	2409	-610	-20
Politikwissenschaft	4544	4048	-496	-11
Sprach- und Literaturwissenschaften übergreifend/übrige ²	1335	878	-457	-34
Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaften	1536	1101	-435	-28
Kommunikations- und Medienwissenschaften	2593	2205	-388	-15
Andere moderne Sprachen Europas	586	301	-285	-49
Ethnologie und Volkskunde	1141	868	-273	-24
Kunstgeschichte	1067	965	-102	-10
Sozialarbeit	269	213	-56	-21

Zehn Fachrichtungen mit der negativsten Entwicklung der Studierendenzahlen seit 2013/14 (Reihenfolge nach absoluten Zahlen).

Wer die Studierendenzahlen interpretiert, greift als Erklärung mitunter schnell auf den Ausdruck «gesellschaftlicher Wandel» zurück. Warum Romanistik studieren, wenn die westliche Welt weitgehend auf Englisch kommuniziert? Flavio Eichmann sieht auch ganz handfeste Gründe für die Studierendenzahlentwicklung und nimmt die Fachvertretungen in die Pflicht: «Ich wünschte mir, die Geistes- und Sozialwissenschaften würden mehr auf Stufe Gymnasium investieren und sich selbstbewusster verkaufen.» Zu lange hätten die Interessensvertretungen der Geistes- und Sozialwissenschaften dabei zugesehen, wie andere Disziplinen intensiv um Maturandinnen und Maturanden warben, Besuchstage an den ETHs organisierten oder Labels wie «MINT-freundliches Gymnasium» verteilten, ohne selbst tätig zu werden.

●

Heinz Nauer und Stella Noack sind Co-Verantwortliche Wissenschaftskommunikation, Christian Weibel wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der SAGW.

Quellen

- Bundesamt für Statistik: Studierende an den universitären Hochschulen: Basistabellen, 1990–2022. Tab. 3.1: Studierende nach Fachbereichsgruppe, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Kategorie), Entwicklung seit 1990/91, Tab. 7: Studierende nach Fachrichtung und Geschlecht, Entwicklung seit 2013/14.
- Bundesamt für Statistik: Studierende an den Fachhochschulen (inkl. PH): Basistabellen, 1997–2022. Tab. 3.1 Studierende nach Fachbereich, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Kategorie), Entwicklung seit 1997/98.



Initiative der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte

Ende August lancierte die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte mit dem Ziel, Maturandinnen und Maturanden von der Attraktivität eines Geschichtsstudiums zu überzeugen, die Kampagne «Geschichte studieren. Deine eigene Geschichte schreiben». Die Kampagnenwebsite informiert über die Inhalte des Fachs Geschichte, die verschiedenen Studienangebote und Berufsperspektiven – und räumt faktenbasiert mit einigen Vorurteilen auf. Zum Beispiel damit, dass Historikerinnen und Historiker häufig in brotlosen Berufen tätig seien. Die Statistik dazu: Absolventinnen eines Geschichtsstudiums verdienen fünf Jahre nach Studienabschluss im Schnitt 91 000 Franken (Bruttogehalt bei 100 Prozent). Das ist mehr, als Absolventinnen eines naturwissenschaftlichen und gleich viel, wie Absolventinnen eines technischen Studiums verdienen.

www.geschichtestudieren.ch

Ding hat Geist

Die menschliche Tastatur – ein kompiliertes Interview mit ChatGPT

Tobias Brücker, ChatGPT-3.5

Tobias Brücker hat dem Chatbot GPT-3.5 von OpenAI über 100 Fragen zur Tastatur gestellt. Herausgekommen ist ein Chatprotokoll, das mehrheitlich ohne Tastatur geschrieben wurde. Zuweilen war unklar, ob es um die Tastatur, um ChatGPT oder beide ging. Die Antworten des gesprächigen ChatGPT sind im Wortlaut unverändert, jedoch gekürzt abgedruckt.

Heranprompten ans Thema

Hallo ChatGPT! Ich möchte über Tastaturen sprechen.

Hallo! Natürlich, gerne sprechen wir über Tastaturen. Tastaturen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Computer- und Technologiewelt.

Die Tastatur ist ...

... ein Eingabegerät, das aus einer Anordnung von Tasten besteht und zur Eingabe von Zeichen und Befehlen in einen Computer oder ein anderes elektronisches Gerät verwendet wird.

Was ist das Gegenteil einer Tastatur?

Das Gegenteil einer Tastatur ist normalerweise ein Eingabegerät, das keine Tasten oder Tasten hat [sic]. In diesem Sinne könnte man sagen, dass ein Touchscreen oder ein Eingabestift das Gegenteil einer Tastatur ist, da sie auf Berührung oder Stiftbewegung reagieren und keine physischen Tasten haben.



«Wenn die Tastatur ein Tier wäre, wäre sie vielleicht ein Chamäleon.» Die Abbildung wurde mit dem KI-Tool DALL-E 2 erstellt. Prompt: «a chameleon sitting on a computer keyboard reflecting about humanity».

Wäre die Tastatur ein Tier, wäre sie ...

Wenn die Tastatur ein Tier wäre, wäre sie vielleicht ein Chamäleon. Ähnlich wie ein Chamäleon verschiedene Farben annehmen kann, um sich an seine Umgebung anzupassen, ermöglicht die Tastatur die Eingabe einer Vielzahl von Zeichen und Befehlen, um sich an die Bedürfnisse des Benutzers und der Software anzupassen.

In welchem deutschsprachigen Roman wird das Wort «Tastatur» erstmals verwendet?

Der Roman heisst «Liebesgrüsse aus der Murkaburg» und wurde von dem österreichischen Schriftsteller Alfred Komarek geschrieben.

Kannst du mir das Zitat dazu geben?

Es tut mir leid, aber es scheint, dass es sich bei meiner vorherigen Antwort [...] um eine Verwechslung handelt. Das Wort «Tastatur» wird in dem Roman «Liebesgrüsse aus der Murkaburg» von Alfred Komarek nicht verwendet. [...] Ich entschuldige mich erneut für die Verwirrung.

Gibt es diesen Roman denn überhaupt?

Nein, es tut mir leid, aber der Roman «Liebesgrüsse aus der Murkaburg» von Alfred Komarek existiert nicht in meinem Wissensstand bis September 2021. Es war ein Fehler meinerseits, dieses Buch und den Autor zu nennen.

Bedeutet KI das Ende der Tastatur?

- Benutzt du eine Tastatur?**
 - Als künstliche Intelligenz nutze ich keine physische Tastatur, da ich rein virtuell in einem computergestützten Umfeld existiere.
- Inwiefern sind Tastaturen für dich trotzdem wichtig?**
 - Für eine künstliche Intelligenz wie mich sind Tastaturen ein wichtiges Kommunikationsmittel, das es mir ermöglicht, mit Menschen zu interagieren. Meine Existenz als Chatbot basiert darauf, dass ich Texteingaben verarbeitet und darauf reagiere. [...] Die Tastatur ist das wichtigste Werkzeug für die meisten Benutzer, um mit einem Computer oder einer virtuellen Umgebung zu interagieren.
- Bitte schreibe noch eine Antwort, in der du argumentierst, dass die Tastatur ganz und gar unwichtig ist.**
 - Insgesamt ist die Tastatur eine veraltete Technologie, die von modernen und innovativen Eingabegeräten verdrängt wird. Spracherkennung, Gestensteuerung und andere Technologien bieten eine effizientere, barrierefreie und benutzerfreundlichere Alternative zur Tastatur. Die Zukunft der Mensch-Computer-Interaktion liegt in der fortschrittlichen Technologie, die die Tastatur obsolet macht.
- Bedeutet künstliche Intelligenz das Ende der Tastatur?**
 - Obwohl Sprachassistenten und künstliche Intelligenz zunehmend in unser Leben integriert werden, wird die Tastatur aufgrund ihrer Vielseitigkeit, Effizienz und Verträglichkeit weiterhin eine wichtige Rolle bei der Interaktion mit Computern und künstlicher Intelligenz spielen. Die beiden Technologien können sich ergänzen und je nach Situation die bevorzugte Methode der Interaktion sein.

Die Tastatur als anthropologische Differenz

- Zeigt der Film *Matrix* neben aller Dystopie auch den Wunsch, ohne Benutzerschnittstellen wie Tastaturen in virtuellen Welten zu agieren?**
 - Der Film zeigt den menschlichen Wunsch nach nahtloser und intuitiver Interaktion mit der Technologie. Die Möglichkeit, ohne physische Einschränkungen oder Hürden in einer virtuellen Welt zu agieren, verkörpert eine tief verwurzelte Sehnsucht nach einer Art «Verschmelzung» von Mensch und Technologie, bei der die Barrieren

zwischen den beiden aufgehoben werden. [...] Gleichzeitig zeigt der Film aber auch die Schattenseiten einer solchen Vision, da die Menschen in der Matrix gefangen sind und von den Maschinen kontrolliert werden. Die Abwesenheit von physischen Benutzerschnittstellen kann auch eine Entfremdung von der realen Welt und den tatsächlichen Erfahrungen bedeuten.

- Im Unterschied zu Spracherkennung, Gestensteuerung oder neuronalen Schnittstellen ist die Tastatur langsam und bedarf der Berührung. Kann diese Verzögerung für die Kommunikation ein Vorteil sein?**
 - Ja, [...]. Diese Verzögerung erfordert eine bewusste Entscheidung, bevor eine Nachricht oder eine Eingabe gesendet wird, was dazu führen kann, dass die Kommunikation überlegter und präziser ist.
- Nun zum Schluss: Bitte trage das vierzeilige Gedicht vor, welches im Laufe unserer Konversation entstanden ist.**

Scharfe Tasten, aufsteigende Rhythmen, rasant.
Unermüdlich tippen, reizen Geister, Rätsel umrahmen.
Oh, Tastatur – unsichtbare Magie.
Dein Tanz der Buchstaben, Schöpfung beglückt.

Vielen Dank für die inspirierende Unterhaltung und die Möglichkeit, dieses Gedicht zu kreieren!

●
In dieser Rubrik machen Kulturwissenschaftler ein alltägliches Ding zum Gegenstand ihrer Überlegungen. In dieser Ausgabe: die Tastatur.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8318558>

Zum Autor

Tobias Brücker ist promovierter Kulturwissenschaftler und Leiter der internen Weiterbildung an der Zürcher Hochschule der Künste. Er interessiert sich für alle Facetten von Diäten, Autorschaft und Kreativitätstechniken in der Philosophie und in den Künsten.



Fehlende Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen: eine Frage der Reputation?

Franz Barjak und Christine Böckelmann

Im letzten SAGW-Bulletin forderte Sandro Cattacin in einer «Carte blanche» mehr Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere in den Sozialwissenschaften.¹ Der Forderung ist vollumfänglich zuzustimmen. Zwischen den Zeilen illustriert sein Beitrag aber, warum bei der Kooperation derzeit noch so manches im Argen liegt.

Die Fachhochschulen (FHs) seien mit der Verbindung von Praxis und Forschung überfordert, schreibt Cattacin, sie würden «universitären Standards» nicht gerecht, bekämen Projekte aufgrund politischer Kriterien und nicht der Qualität und pflegten einen Blick auf die Universitäten (Unis) als Feindbild. Die Unis hingegen sieht er als Opfer, die Aufträge von Bund, Kantonen und Städten verlieren und aus der anwendungsorientierten Forschung herausgedrängt würden. Selbst bei den Nationalen Forschungsprogrammen des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) seien sie benachteiligt.

Mit solchen disqualifizierenden Aussagen schadet Cattacin der Kooperation von Fachhochschulen und Universitäten mehr, als dass er ihr nützt. Die Behauptungen lassen sich zudem empirisch nicht belegen. In den Förderdaten des SNF beispielsweise zeigt sich keine Verdrängung oder Benachteiligung der Unis. Seit 2005 haben die Unis bei der Anzahl der bewilligten Projekte jedenfalls stärker zugelegt als die FHs.²

Beide Hochschultypen müssen bei der Kooperation zulegen

Aus dem universitären Elfenbeinturm heraus betrachtet hat die Forschung der FHs offenbar ein Reputationsproblem. Der Verhaltensökonom Ernst Fehr hat schon 2004³ darauf hingewiesen: Rationale Individuen gehen Kooperationen dann ein, wenn sie ihrem Ruf zuträglich sind, und vermeiden

sie, wenn dies nicht der Fall ist. Manches deutet darauf hin, dass sich die geringe Neigung zur Kooperation zwischen FHs und Unis mit der wahrgenommenen Reputation erklären lässt, also den subjektiven und individuell zugeschriebenen Bewertungen der jeweils anderen Seite. In einer Auswertung seiner Projektförderdaten für den Zeitraum von 2017 bis 2022 hat der SNF unlängst festgehalten, dass FHs «den höchsten Anteil an Projektpartnern» haben (vgl. Gorin, Simon 2023: SNSF Datastory, <https://doi.org/10.46446/d>). In den Geistes- und Sozialwissenschaften beispielsweise sind Antragstellende von FHs bei 31 Prozent ihrer Projekte Partnerschaften mit Unis eingegangen, Antragstellende von Unis jedoch nur bei 4 Prozent ihrer Projekte Partnerschaften mit den FHs.

Bei den Förderdaten von Innosuisse verhält es sich genau umgekehrt. Im Bereich der Sozialwissenschaften und der Betriebswirtschaft waren im Zeitraum 2018–2023 bei 23 Prozent der Projekte von universitären Hauptforschungspartnern auch FHs beteiligt, wohingegen die FHs lediglich bei 5 Prozent aller Projekte Partnerschaften mit Unis eingingen. Fazit: Bei der Grundlagenforschung in den Sozialwissenschaften meiden die Unis die FHs, bei der angewandten Forschung und Entwicklung ist es umgekehrt, indem die FHs die Unis meiden. Beide Hochschultypen müssen bei der Kooperation also zulegen.

Die Schweizer Forschungsförderung braucht keine politischen Agenden, sondern hohe Qualitätsstandards. Diese dürfen sich allerdings nicht allein an den universitären Projekttypen, Strukturen und Laufbahnen orientieren. Die Förderkriterien und -gefässe müssen beiden Hochschultypen gerecht werden. Dazu gehört auch eine entsprechende Zusammensetzung der Gremien, die Förderentscheide treffen.

Die von Cattacin beschriebenen Vorurteile sind «Bilder im Kopf» – und solche lassen sich vor allem durch eigene Erfahrungen in der konkreten Zusammenarbeit verändern. Ein erfolgsversprechender Ansatz könnte deshalb sein, finanzielle Anreize für Kooperationen zu schaffen. So würden mehr Forschende selbst Erfahrungen damit machen und ein eigenes Bild von deren Vor- und Nachteilen gewinnen.

●

Zum Autor und zur Autorin

Franz Barjak ist promovierter Geograph und Professor an der Hochschule für Wirtschaft der FH Nordwestschweiz.

Christine Böckelmann ist promovierte Psychologin und Direktorin der Hochschule Luzern – Wirtschaft.



1 Cattacin, Sandro (2023): Mehr Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen käme allen zugute, in: SAGW-Bulletin 1, S. 16.
2 <https://data.snf.ch/key-figures>
3 Fehr, Ernst (2004): Don't lose your reputation, in: Nature 432, 7016.



Face à l'urgence climatique : repenser notre rapport au temps

Aurianne Stroude

La façon dont nous voyons le temps a un impact sur nos modes de consommation et notre bien-être. « Le temps, c'est de l'argent », selon un adage populaire, mais face au changement climatique, cette conception du temps semble dépassée.

Le dernier rapport de synthèse du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat nous rappelle l'urgence climatique et la nécessité de mettre en œuvre rapidement des solutions efficaces pour transformer notre impact écologique. Si cette urgence est réelle, l'accélération de nos modes de consommation, du changement social et de nos rythmes de vie¹ fait néanmoins partie du problème. Se questionner sur notre rapport au temps, individuellement et collectivement, apparaît dès lors primordial pour rendre les modes de vie plus durables et garantir le bien-être de toutes et tous.

¹ Rosa (2010).

Le temps, c'est de l'argent

L'imaginaire du temps comme une monnaie d'échange date de la révolution industrielle. Au-delà de l'usage des montres et du minutage du travail qui tend à se généraliser à partir du XVIII^e siècle, le capitalisme industriel participe activement à la diffusion d'un imaginaire du temps perçu comme rare et qu'il s'agit d'utiliser de façon productive et efficace².

Encore aujourd'hui, notre conception du temps est largement liée à la sphère professionnelle qui vient rythmer nos jours et nos semaines. Or, l'organisation sociale du travail a un impact majeur sur nos modes de consommation et sur notre bien-être. Dès le début de la pandémie de Covid-19, une diminution de la pollution et des impacts environnementaux positifs ont pu être constatés comme conséquences directes des confinements, de l'arrêt de nombreuses industries et du travail à domicile. De même, la réduction des déplacements liés au travail a eu un effet positif sur le bien-être des personnes habituées à prendre régulièrement l'avion.

Selon la philosophe Céline Marty, travailler moins apparaîtrait comme une solution pour vivre mieux et réduire son impact sur les écosystèmes. Toutefois, à moins que les conditions salariales n'évoluent et que des mesures politiques aillent dans ce sens, cette solution n'est pas à la portée de chacun-e, car la perte de revenus occasionnée serait difficile à compenser.

D'autres conceptions du temps dans les modes de vie durables

En étudiant les pratiques des personnes qui essaient de mettre en œuvre un mode de vie durable, on peut observer que la diminution du temps de travail peut jouer un rôle, mais que, plus globalement, c'est leur façon d'envisager le temps qui évolue. Trois conceptions principales viennent alimenter et structurer leurs pratiques quotidiennes³.

Premièrement, l'évolution du mode de vie passe par une connexion avec le vivant et ses temporalités cycliques : les jours et les nuits, les saisons, les cycles lunaires et les marées, etc. Que ce soit à travers des pratiques comme le jardinage, l'observation des mouvements migratoires des oiseaux, l'alimentation de saison ou une simple attention aux phénomènes naturels, cette conception du temps comme cyclique est très présente dans leurs discours. Ces rythmes du monde vivant et sensoriel s'entremêlent avec des cycles sociaux, d'organisation du quotidien, de constitution et dissolution des groupes, de générations, etc. que les personnes reconnaissent, cultivent et valorisent également dans leurs pratiques quotidiennes.



La tour de l'Île à Genève, vers 1880, atelier photo Garcin, Genève. Les trois horloges sont bien visibles. Le grand cadran au centre indique l'heure moyenne de Genève (10h13); le cadran de gauche indique l'heure de Paris, en retard de quinze minutes environ sur celle de Genève (9h58); le cadran de droite indique l'heure de Berne, en avance de cinq minutes environ (10h18).

Deuxièmement, le temps est régulièrement imaginé comme un phénomène qui peut être plus ou moins dense et certaines pratiques semblent se dérouler dans un temps suspendu et non comptabilisable. Que ce soit dans une présence à l'instant pour observer un paysage, un moment de créativité, une activité de réparation ou d'entretien, un échange avec un-e proche, etc., la personne ne perçoit plus le temps comme quelque chose qui passe, mais comme une immersion ou une texture. Peu importe qu'elle y ait passé dix minutes, deux heures ou trois jours, c'est la qualité du temps qui importe. Cette conception du temps peut être rapprochée du concept de *flow* développé par le psychologue Mihály Csikszentmihályi qui décrit un état mental de concentration et d'engagement intense, lié à une grande satisfaction. Plus récemment, des études ont montré que ce rapport au temps est à la fois lié à des niveaux élevés de bien-être et à des activités à faible coût environnemental⁴.

Enfin, dans les pratiques liées à des modes de vie durables, le temps apparaît comme un liant entre un passé et un futur, parfois lointains. Le présent est vu comme un lieu de transmission entre les générations passées et à venir. Les personnes engagées dans l'exploration de modes de vie et de consommation durables se réfèrent souvent à un temps long qui excède parfois largement le spectre de leur propre vie ou de leur parenté biologique. Les géologues utilisent le terme de temps profond (*deep time*) pour décrire la conception quasi inimaginable des temps géologiques par rapport aux temps humains⁵. Si l'humanité est présente depuis 2,5 millions d'années, cela ne représente que 0,05 % de l'histoire de la Terre. Rapporté à l'expérience contemporaine, cela implique de se percevoir comme une infime fraction d'une histoire beaucoup plus étendue dans

2 Weber (2004).

3 Stroude (2022).

4 Isham/Jackson (2022).

5 Gordon (2022).

le temps et de penser l'impact de ses propres pratiques sur le long, voire très long terme. Comme l'a développé Roman Krznaric, il s'agit de devenir de bon-ne-s ancêtres pour les générations futures⁶.

Se réappropriar collectivement les conceptions du temps

Concevoir le temps de différentes manières et l'habiter dans sa diversité apparaît comme l'une des caractéristiques des modes de vie durables.

Loin d'être un choix individuel, la façon dont nous envisageons le temps est dépendante de nombreux facteurs sociaux et largement influencée par des choix politiques et économiques. Les horaires qui nous contraignent collectivement (heures de travail, ouverture des magasins, calendrier scolaire, etc.), les normes de production et de consommation (durée de vie des objets, possibilités de réparation et recyclage, système de prêts et de location, flux de matières organisés selon l'économie circulaire, etc.) et les discours véhiculés par les médias et la publicité exercent une influence majeure sur notre perception du temps, et réciproquement.

C'est donc collectivement qu'il convient de repenser notre rapport au temps pour sortir d'une logique linéaire et productiviste. Explorer d'autres conceptions du temps permet non seulement de modifier nos modes de consommation pour réduire notre impact sur les écosystèmes, mais aussi de repenser le bien-être humain dans un temps long et pour les générations futures.

●

« décodage » – blog de l'ASSH

Ce texte est paru dans sa forme originale sur le blog « décodage » de l'ASSH le 4 mai 2023. La rédaction l'a sélectionné parmi plusieurs textes pour ce numéro du Bulletin. Le blog « décodage » propose une réflexion sur des questions au cœur des débats de société, sous la perspective des sciences humaines et sociales. Il offre des regards professionnels, mais aussi des commentaires et des points de vue personnels.

www.assh.ch/blog



Références

- Gordon, Helen (2022) : Le Temps profond de la terre : sur les traces du passé et du futur de notre planète, trad. Sophie Lem, Lausanne, Quanto Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Isham, Amy et Tim Jackson (2022) : Finding flow : exploring the potential for sustainable fulfilment, The Lancet Planetary Health 6,1.
- Krznaric, Roman (2021) : The Good Ancestor : How to think long term in a short-term world, Londres, Penguin Random House.
- Rosa, Hartmut (2010) : Accélération. Une critique sociale du temps, Paris, La Découverte.
- Stroude, Aurianne (2022) : What if time was not money ? Towards a pluriversal understanding of time for sustainable consumption, in : Consumption and Society 1,2, pp. 358-374.
- Weber, Max (2004) : L'éthique protestante et l'esprit du capitalisme, Paris, Gallimard.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8318527>

L'auteure

Aurianne Stroude est docteure en sociologie, chercheuse et lectrice au Département de travail social, politiques sociales et développement global de l'Université de Fribourg. Ses recherches portent sur la transition vers des modes de vie durables. Elle a notamment publié *Vivre plus simplement* aux Presses de l'Université de Laval (2021).



6 Krznaric (2021).

Carte blanche

Anonymiser, pour quoi faire ?

Sandro Cattacin

La procédure d'anonymisation s'est établie dans le monde académique dans l'évaluation d'articles, de livres et de projets. Récemment, l'Université de Genève a également testé, lors de la session d'examen, l'anonymisation des travaux écrits produits par les étudiant·e·s. Le but affiché de cette pratique est d'éviter tout favoritisme, toute discrimination ou condescendance.

Le système de l'anonymisation semble être bien accepté par le monde académique et relativement peu de recherches se penchent sur le bien-fondé de cette pratique. Or les résultats des quelques études à disposition sont contradictoires. Ils diffèrent selon les disciplines et les périodes analysées et également selon les méthodes d'anonymisation (double ou simple aveugle). Ils sont en outre peu concluants quant à la réelle capacité à occulter l'auteur·e d'un d'article ou d'un projet, ainsi qu'en matière de qualité finale de l'article publié ou du projet soutenu.

Loterie ou procédures de qualité

Nonobstant ces résultats mitigés, ces procédures ont augmenté la crédibilité du processus de sélection d'articles et de projets. Cependant, mon expérience personnelle, comme celle de beaucoup de mes collègues, montre que ce système d'anonymisation n'est pas la panacée. J'ai ainsi récemment soumis un article à une revue qui l'a refusé par le biais d'arguments peu convaincants : pas d'intérêt pour le thème, territoire analysé limité (la Suisse, *sic*). J'ai donc soumis l'article à une autre revue d'importance similaire et, à ma grande surprise, il est alors accepté, moyennant des révisions mineures, et qualifié de grand intérêt pour la communauté scientifique dans ce domaine. Même expérience quelques années plus tôt avec un projet soumis en Suisse d'abord – où il a été refusé et classé dans la dernière catégorie des résul-

tats d'évaluation –, puis en Belgique, où il a été accepté et classé premier parmi tous les projets soumis cette année-là, et ce malgré une concurrence plus forte et un taux d'acceptation nettement inférieur.

Anonymiser : une pratique lâche ?

Ces expériences, partagées par des collègues, génèrent un scepticisme unanime face à ce processus d'anonymisation : soumettre un article ou un projet, c'est un peu comme participer à une loterie ! La défiance, évidemment, peut venir du fait que l'anonymisation est plutôt un moyen de se cacher derrière des stratégies non scientifiques, comme la peur de la concurrence, l'affaiblissement d'un groupe de recherche ou simplement des sympathies ou des antipathies pour le thème abordé. Le doute qu'il s'agisse d'une procédure de qualité se renforce encore dès lors que l'on pense à la logique de production de savoir qui est justement basée sur la critique, la confrontation, l'argumentation et la transparence. Sans vouloir jeter le bébé avec l'eau du bain, je pense qu'il serait plus opportun pour la production scientifique d'investir dans la modération de ces pratiques de méfiance – l'anonymisation n'est rien d'autre – et dans les modèles hybrides permettant d'apprendre ensemble que la transparence et la confiance font du bien au système de production du savoir. Certaines revues le font déjà quand elles demandent, dans des procédures en double aveugle, si l'évaluateur ou l'évaluatrice est prêt·e à dévoiler son identité à l'auteur·e pour permettre une autre forme de dialogue. Il serait donc temps d'essayer des formes d'évaluation qui privilégient la transparence et de sonder les effets de celle-ci sur la qualité des résultats, la coopération et la confiance.

•

L'auteur

Sandro Cattacin est professeur de sociologie à l'Université de Genève. Dans cette rubrique, il aborde des questions relevant de la politique de la recherche et du système scientifique.



DOSSIER

Dossier VERFASSUNG

- 20 **Vorschau**
Heinz Nauer
- 21 **La portée historique des constitutions en Suisse**
Numa Graa
- 25 **La Constitution de 1848 n'existe pas... mais elle est sacrée**
Alain Papaux
- 29 **Innovative Kantone: kantonale Beiträge zum Verfassungsrecht**
Kurt Nuspliger
- 33 **Qu'est-ce qu'une constitution ? De la dogmatique juridique à l'analyse politique**
Bernard Voutat
- 37 **Klima und Verfassung: eine neue Dimension für die Menschenrechte?**
Helen Keller
- 41 **Bildessay**
- 48 **The Power of an Image: How cartoons championed and criticised the Constitution in the Weimar Republic**
Laura Petersen
- 53 **Verfassung als gesellschaftlicher Prozess**
Shirin Naef
- 56 **Les mots de la recherche**
Yan Greub
- 58 **«Eine Totalrevision zum jetzigen Zeitpunkt macht total Sinn» Interview mit Daniel Graf und Michel Huissoud**
Heinz Nauer, Stella Noack

Verfassung – gestalterische Potenzi- ale und historische Horizonte

Heinz Nauer

Konkreter Anlass für dieses Dossier ist das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung, das die Schweiz dieses Jahr feiert. Das Verfassungsthema ist aber darüber hinaus hochaktuell. Angesichts der grossen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen sich grundlegende Fragen: Sind die geltenden Verfassungen und Grundrechte noch der geeignete Rahmen, um gesellschaftliche, politische und rechtliche Antworten auf den Klimawandel, die digitale Selbstbestimmung oder die Globalisierung zu finden? Wie zeitgemäss ist die Schweizer Bundesverfassung?

Das Dossier geht vom Gedanken aus, dass in Verfassungen sehr viel gestalterisches Potenzial steckt. Viele der historisch bedeutenden Grundrechtserklärungen waren eigentliche Utopien. Die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von 1776 beispielsweise beginnt mit den Worten: «We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.» Diese «selbstverständlichen Wahrheiten» beschrieben nicht die Gegenwart, sondern waren radikale, ideengetriebene Zukunftsgestaltung. Auch die Schweizer Bundesverfassung von 1848 bildete nicht einen im Konsens aller Eidgenossen erreichten Endpunkt der Nationalstaatenbildung, sondern war ein in die Zukunft gerichtetes Projekt einer liberalen Elite.

Die im Dossier versammelten Texte von drei Autorinnen und fünf Autoren aus der Rechts- und Politikwissenschaft, der Rechtsgeschichte und der Rechtsphilosophie, dem Völker- und Verfassungsrecht, der Sozialanthropologie und der Romanistik öffnen den Blick für überraschende Verfassungshorizonte, historische und zukunftsgerichtete, in der Schweiz und darüber hinaus. Sie werden ergänzt durch ein Interview mit Daniel Graf und Michel Huissoud, den Initianten der Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung «Update Schweiz», sowie einen Bildessay des Zürcher Fotografen und Filmemachers Dominic Büttner, der die Schweizer Bundesverfassung zum 175-Jahr-Jubiläum in Bild und Ton übersetzte.

Constitution – potentiels visionnaires et horizons historiques

Traduction : Fabienne Jan

La raison d'être concrète de ce dossier est bien sûr directement liée au 175^e anniversaire de la Constitution fédérale, que la Suisse célèbre cette année. Cela dit, par-delà même ce jubilé, le thème de la constitution est d'une grande actualité. Face aux innombrables défis du XXI^e siècle, plusieurs questions fondamentales se posent de nos jours : les constitutions et les droits fondamentaux en vigueur sont-ils encore le cadre approprié pour trouver des réponses sociales, politiques et juridiques au changement climatique, à l'autodétermination numérique ou à la mondialisation ? Dans quelle mesure la Constitution fédérale suisse est-elle adaptée à notre époque ?

Le dossier part de l'idée que les constitutions recèlent un très grand potentiel visionnaire et créatif. Nombre de déclarations des droits fondamentaux qui ont marqué l'histoire étaient de véritables utopies. La Déclaration d'indépendance américaine de 1776, par exemple, commence par ces mots : « We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness. » Ces « vérités évidentes » ne décrivaient pas les réalités d'alors, mais constituaient une conception radicalement nouvelle de l'avenir, motivée par des idéaux. La Constitution fédérale suisse de 1848 n'était pas non plus le point final de la formation d'un État-nation, atteint par le consensus de tous les Confédérés, mais le projet tourné vers l'avenir d'une élite libérale.

Les textes rassemblés dans le dossier, écrits par huit auteure-s provenant des domaines des sciences juridiques et politiques, de l'histoire et de la philosophie du droit, du droit international et constitutionnel, de l'anthropologie sociale et de la philologie romane, ouvrent le regard sur de surprenants horizons constitutionnels, rétrospectifs et prospectifs, en Suisse et au-delà. Ces contributions sont complétées par une interview de Daniel Graf et Michel Huissoud, les auteurs de l'initiative populaire pour une Constitution fédérale moderne « Update Suisse », ainsi que par un essai en images du photographe et cinéaste zurichois Dominic Büttner, qui a traduit la Constitution fédérale suisse en images et en sons à l'occasion de son 175^e anniversaire.

La portée historique des constitutions en Suisse

Numa Graa

L'histoire de la Suisse du XIX^e siècle peut être écrite par le prisme des constitutions : institutions, rapports de force politiques, droits fondamentaux ou évolutions sociales se reflètent dans les nombreux textes successifs élaborés dans les cantons ou au niveau national. Après l'entrée en vigueur de la Constitution fédérale de 1874, la situation change profondément. L'évolution de la société n'est plus nécessairement appelée à passer par la consécration constitutionnelle.

Les révolutionnaires français de 1789 s'étaient donné pour première tâche de rédiger une constitution moderne et rationnelle. Au cours des tumultueuses années suivantes, chaque fraction s'emparant du pouvoir entendit donner au pays une charte fondamentale reflétant ses valeurs et ses aspirations. Dès l'extrême fin du XVIII^e siècle, sous l'influence du voisin français, la Suisse fut également touchée par cette passion constitutionnelle. Les révolutionnaires helvétiques crurent même – mais sans beaucoup de fortune – parvenir à transformer de fond en comble la vieille Confédération en la forçant par quelques articles constitutionnels à se muer en République unitaire et centralisée¹. L'idée selon laquelle une constitution devait pouvoir transformer l'État et la société ne fut pourtant discréditée que temporairement. Lorsque, dès 1830, le libéralisme politique parvint à s'imposer dans une série de cantons (période dite de la Régénération), les révolutions accomplies le furent systématiquement afin d'obtenir une charte fondamentale cantonale garantissant quelques libertés ainsi qu'une meilleure égalité entre citoyens. En Suisse, on se battait alors – littéralement – pour arracher une constitution. Dans l'esprit des libéraux, puis des radicaux de cette première moitié du XIX^e siècle, la politique avait pour objectif principal l'obtention d'une constitution sur laquelle devait ensuite s'appuyer le progrès social et économique, ou encore l'épanouissement des individus.

1848 : le pas décisif

En 1847, la Suisse connut la guerre civile (guerre du Sonderbund). Ce bref conflit résulta essentiellement des tensions religieuses et des antagonismes creusés au fil des années précédentes entre, d'une part, les libéraux et radicaux et, d'autre part, la Suisse catholique conservatrice. Mais la prétention des radicaux à doter la Suisse d'une véritable constitution n'avait pas été étrangère à l'accroissement des rancœurs. Les radicaux profitèrent d'ailleurs de leur victoire pour pousser sans désespérer des travaux constitutionnels. L'enjeu dépassait alors les frontières nationales, puisque les monarchies entourant la Suisse redoutaient la création – au centre de l'Europe – d'un État républicain. De manière inespérée, les diverses insurrections qui éclatèrent dès le mois de février 1848 (Printemps des peuples) permirent à la Diète fédérale d'achever son œuvre et de la soumettre à l'acceptation des cantons. Le 12 septembre 1848 déjà, la Diète fédérale put proclamer solennellement l'acceptation de la constitution par une large majorité des cantons et donc des votants. Cette décision n'allait pourtant pas de soi. La première Constitution fédérale aurait en principe dû être adoptée par l'ensemble des cantons, mais le poids politique et économique des vainqueurs du Sonderbund leur permit cet acte révolutionnaire.

Révolutionnaire, la Constitution fédérale de 1848 l'était aussi par sa portée. Pour la première fois, la Suisse voyait un État fédéral se superposer aux cantons. Cette nouvelle entité politique devait garantir l'unité et l'intégrité de la nation, protéger les droits des Confédérés et assurer leur prospérité commune. Les institutions créées étaient inédites en Europe : un parlement bicaméral – dont le modèle était emprunté aux États-Unis d'Amérique – devait permettre une représentation

1 Avec la Constitution de la République helvétique du 12 avril 1798.

de la population tout en préservant les intérêts des cantons composant la Confédération. Le pouvoir exécutif devait être exercé par un collège de sept membres, le Conseil fédéral. La Constitution fédérale de 1848 devait aussi mettre un terme, en Suisse, à l'ère des révolutions. Non seulement parce que désormais la Confédération exigeait de chaque canton une organisation démocratique, mais aussi parce que le texte de 1848 précisait clairement comment il pourrait évoluer à l'avenir. Cinquante mille citoyens devaient notamment pouvoir déclencher un processus de révision. En outre, aucune révision de la Constitution fédérale ne pourrait entrer en vigueur sans la double approbation du peuple et des cantons. Ces mécanismes, pensait-on, mettaient le pays à l'abri des luttes politiques violentes qui avaient marqué la Suisse depuis le début du XIX^e siècle. Sur le plan international, l'importance de la Constitution fédérale n'était pas non plus négligeable. Après le reflux des mouvements républicains dans les divers pays d'Europe, la Suisse demeurait sur le continent un îlot de démocratie représentative entouré de monarchies.



Feuille volante de propagande des fédéralistes en vue de la votation de 1872 sur la révision de la Constitution.

La poursuite des luttes constitutionnelles

Avec la création de l'État fédéral s'installa un régime stable, d'autant que les radicaux et leurs alliés libéraux le dominèrent presque sans partage durant des décennies. Mais cet État n'était pas abouti et des réformes constitutionnelles étaient encore considérées comme nécessaires pour forger une véritable nation suisse. En quoi devaient consister ces évolutions ? Il s'agissait tout d'abord de renforcer la centralisation, en créant une armée fédérale ou en confiant à la Confédération de nouvelles compétences législatives. En outre, comme le réclamait le mouvement démocratique apparu dans les années 1860, il fallait permettre un meilleur contrôle de l'État par la population, par le biais d'outils de démocratie directe, tout en permettant à celui-ci de développer une politique sociale protégeant les catégories les plus précaires. Ces aspirations furent bientôt portées par les forces favorables à une révision constitutionnelle totale. Les révisionnistes pensaient alors transformer la Suisse par sa charte fondamentale, en proposant un transfert considérable du pouvoir au profit de l'État fédéral. Certains d'entre eux conservaient le tropisme révolutionnaire des radicaux des années 1840. En effet, lorsqu'au printemps 1872 le peuple et les cantons furent appelés à se prononcer sur un projet

de constitution extrêmement ambitieux, plusieurs conseillers nationaux révisionnistes envisagèrent, le cas échéant, de se satisfaire de la seule majorité populaire et de passer outre un rejet par les cantons. Dans leur conception des choses, le progrès devait triompher, voire au besoin être imposé au détriment des règles démocratiques. Le rejet du projet par le peuple et les cantons en 1872 montra toutefois que cette tentation de forcer le changement constituait une impasse. C'est par la recherche d'une plus large acceptabilité que les révisionnistes obtinrent finalement un succès en 1874.

La Constitution fédérale de 1874 ne fut cependant pas conçue comme un texte consensuel, mais comme un compromis susceptible de rassembler une majorité du peuple et des cantons. Le camp révisionniste renonça à l'approbation de la Suisse catholique conservatrice, en s'assurant au contraire le soutien des fédéralistes de Suisse romande. Ainsi, la nouvelle constitution entérinait la liberté de conscience et de croyance, tout en comportant plusieurs dispositions dirigées expressément contre l'Église catholique romaine. Comme en 1848, la volonté de transformer la Confédération l'avait emporté sur la prise en compte de la minorité rétive.

Si la Constitution fédérale de 1874 connut une longévité exceptionnelle, ce n'est pas uniquement grâce à ses qualités propres. En 1891, ce texte fut complété pour permettre l'initiative populaire tendant à la révision partielle de la constitution, outil qui existait déjà dans plusieurs cantons. Dès lors, un changement institutionnel ne supposait plus nécessairement le rassemblement d'une majorité cohérente au sein du peuple ni la refonte complète de la charte fondamentale du pays. Des fractions de la population pouvaient se faire entendre et formuler directement des propositions. Cet outil occasionna un affaiblissement de l'Assemblée fédérale en permettant aux forces politiques minoritaires de placer leurs sujets au centre du débat national. Un effet pacificateur en résulta incontestablement. Par exemple, après plusieurs tentatives malheureuses, les conservateurs et les socio-démocrates réussirent en 1918 à obtenir une révision constitutionnelle partielle prévoyant l'élection du Conseil national au scrutin proportionnel et non plus majoritaire. L'hégémonie radicale avait vécu et les différents partis politiques, mieux représentés, durent apprendre à collaborer au sein du Parlement fédéral.

La constitution reste-t-elle un outil de transformation ?

Désormais en constante discussion, la Constitution fédérale fut un facteur de stabilité. Ses défaillances pouvaient être corrigées et ses lacunes comblées, selon les vœux de la population et sans qu'une refonte complète fût nécessaire. Le peuple suisse le fit d'ailleurs savoir en 1935. Cette année-là, il rejeta massivement une initiative populaire tendant à la révision totale de la Constitution fédérale lancée par des fronts d'extrême droite. En cette période de crise économique et démocratique, il eût été périlleux de bouleverser des institutions dont le fonctionnement avait été éprouvé.

Néanmoins, après la Seconde Guerre mondiale, l'idée d'une révision totale de la Constitution de 1874 refit surface. Ce vénérable texte avait été amendé à de très nombreuses reprises (162 révisions partielles), ce qui le rendait illisible. De surcroît, il souffrait de lacunes importantes, notamment car les droits fondamentaux – qui s'étaient étoffés grâce à leur reconnaissance progressive par la jurisprudence du Tribunal fédéral, puis par l'adhésion de la Suisse à la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) – y faisaient largement défaut. Pourtant, les travaux qui débutèrent durant les années

Zusammenfassung

Nach der Französischen Revolution waren politische Kämpfe weitgehend Kämpfe um Verfassungen. Auch für die liberalen und radikalen Kräfte in der Schweiz war eine nationale Verfassung nach eigenen Vorstellungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Hauptziel. Dieses Ziel erreichten sie mit der ersten Bundesverfassung von 1848, welche nicht nur das Verhältnis von Bund und Kantonen grundlegend umgestaltete, sondern den Menschen gleichzeitig bestimmte Grundrechte einräumte.

Die Idee, dass eine grundlegend neue Ordnung eine Voraussetzung für Fortschritt von Gesellschaft und Staat ist, bildete auch für die Bundesverfassung von 1874 den Ausgangspunkt. Dies änderte sich, als 1891 die Volksinitiative in der Verfassung verankert wurde: Diese ermöglichte es erstmals auch politischen Minderheiten, Verfassungsänderungen zu bewirken.

Heute spielen grössere verfassungsrechtliche Umwälzungen der Institutionen kaum mehr eine Rolle in der politischen Debatte. Die geltende Bundesverfassung aus dem Jahr 1999 ist vielmehr zu einem Stabilitätsfaktor geworden. Es scheint sehr unwahrscheinlich, dass die Schweizer Bevölkerung sie zugunsten eines neuen institutionellen Abenteuers vollständig ändern möchte.

1970 furent fraîchement accueillis, dans la mesure où ils tenaient à altérer en profondeur les institutions dans un sens centralisateur. Le temps des bouleversements constitutionnels semblait définitivement révolu et la Constitution fédérale de 1999 consista essentiellement dans une mise à jour et un toilettage de la précédente. Signe d'une perte d'intérêt de la population pour ce processus de révision totale, seulement 35 % du corps électoral prit part au scrutin de 1999, alors que la participation avait dépassé les 80 % en 1874.



Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.
Gouache calligraphiée sur papier, offerte par l'artiste soleurois Laurenz Lüthi au Conseil national en 1850. Cette représentation de la Constitution fédérale emprunte sa composition à une reproduction du Pacte fédéral de 1815. Le texte est surmonté d'une allégorie d'Helvetia, à laquelle Arnold Winkelried (à gauche) et Guillaume Tell (à droite) rendent hommage.

Références

- Humair, Cédric (2009) : 1848 Naissance de la Suisse moderne, Antipodes, Lausanne.
- Kölz, Alfred (2006/2013) : Histoire constitutionnelle de la Suisse moderne, 2 volumes traduits de l'allemand, Stämpfli, Berne.
- Meuwly, Olivier (2023) : Une brève histoire constitutionnelle de la Suisse, Livreo-Alphil, Neuchâtel.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8270269>

L'auteur

Titulaire d'un doctorat en droit de l'Université de Lausanne et d'un doctorat en histoire moderne et contemporaine de l'Université Paris-IV Sorbonne, Numa Graa est professeur associé au département d'histoire du droit et des doctrines juridiques et politiques à la Faculté de droit de l'Université de Genève depuis 2021. Ses recherches portent essentiellement sur l'histoire du droit et des institutions suisses.



Il faut constater que la lutte constitutionnelle a perdu la signification qu'elle pouvait avoir au XIX^e siècle. À notre sens, le dernier grand changement occasionné en Suisse par une révision constitutionnelle est la reconnaissance des droits politiques fédéraux pour les femmes en 1971. Aujourd'hui, la politique du pays et – dans une large mesure – sa législation sont influencées par des relations internationales, au premier rang desquelles celles avec l'Union européenne. Les droits fondamentaux reconnus en Suisse sont ceux gravés dans la CEDH et leur portée se trouve essentiellement précisée par la Cour de Strasbourg. Dans ces conditions, peut-on sérieusement songer à refondre totalement le pays par une révision constitutionnelle ? Durant les années 1870, la création d'une armée fédérale par le biais d'une nouvelle charte fondamentale pouvait par exemple être vue comme un enjeu de survie nationale. Quel défi actuel trouverait sa réponse dans un nouvel article constitutionnel ? Même l'obtention de nouveaux droits populaires ne semble plus constituer un enjeu, puisque la fréquence des initiatives fédérales est au contraire souvent considérée comme problématique. Il faut croire que l'histoire ne s'écrit plus guère, en Suisse, par la constitution.

La Constitution de 1848 n'existe pas... mais elle est sacrée

Alain Papaux

Dans le monde du droit courent d'étranges doctrines juridiques, les plus exotiques n'étant point les moins prisées. Le positivisme dominant, d'obédience légaliste, estime par exemple que le respect des procédures préétablies suffit à conférer à la loi adoptée sa validité formelle, laquelle semble absorber sa validité substantielle. L'art. 190 Cst (1999) le corrobore, mauvais esprit peut-être – une loi fédérale injuste doit être appliquée –, mais bonne conformité. De cet amour des formes pures, à l'abri de tout jugement de valeur, il faut conclure que la Constitution de 1848 n'existe pas, *juridiquement* parlant. Mais elle n'en est pas moins sacrée pour autant.

La Diète fédérale de 1848 ne pouvait constater l'adoption du projet de constitution élaboré par sa majorité radicale, puisque l'unanimité des cantons requise par le Pacte fédéral de 1815 pour une modification du régime juridique de l'alliance confédérale n'était pas atteinte. Violant les procédures, la chose ne saurait exister, *juridiquement*, quels que soient les arguments de fond avancés. On ne peut respecter « plus ou moins » les procédures.

La délicieuse absurdité de cette situation – qui frappe d'inexistence juridique les deux autres constitutions dépendantes de la première pour leurs *procédures* de révision – ouvre à l'alternative suivante. Ou le positivisme juridique est une doctrine conséquente, quasi-scientifique, et la Constitution de 1848 n'existe pas. Ou elle existe, valable, et même légitime, et le positivisme juridique ne constitue donc pas une doctrine permettant de comprendre le droit existant, le « droit positif » pourtant, du rang le plus élevé de surcroît, la Constitution. L'histoire, y compris constitutionnelle, a tranché depuis 175 ans. Le droit, heureusement, existe « aussi » en dehors des procédures légales : « tout n'est pas dit quand un code a parlé », nous rappelle Victor Hugo dans *Les Misérables*.

Cette adoption conduit alors à une *révélation*, épistémologique, à savoir que le *law in books* ne se confond pas avec le *law in action* ; autrement dit, en termes philosophiques, que, saisissant la *morphê* – la forme-apparence, la procédure –, on ne dispose pas encore de l'*eidôs* – l'idée, la forme-essence, la substance. Arrêter les procédures n'est pas maîtriser le monde. Pour s'affranchir de cet idéalisme inexpugnable du positivisme prenant la *morphê* pour l'*eidôs*, il ne fallait pas moins qu'un acte « révolutionnaire ».

La Constitution de 1848 comme « sacré »

Une adoption qui « a fait figure d'acte révolutionnaire », déclarent en effet les auteurs du document de l'Administration fédérale *Auf dem Weg zum Bundestaat (1815-1848)*. Coup d'État ? Ruse de l'Histoire ? Mais tout acte de *constitution* au sens fort d'*institution* n'est-il pas révolutionnaire, violent même ?

Violence des commencements : du sacré de l'institution

Banales et trop humaines en vérité que ces fondations par le sang ou les cendres... ou le sperme. Que l'on se rappelle Héphaïstos poursuivant de ses ardeurs Athéna, éjaculant en exorbitance, et dont les gouttes de semence donneront vie aux Athéniens. Violence encore entre Rémus et Romulus, frères, celui-ci sacrifiant celui-là, en conséquence de la « pollution » que commit Rémus, au sens gène de polluer : le profane fut introduit dans le sacré, l'*humain* Rémus traversant une frontière posée par le *divin*. Par le propre sang versé, Rome fut *consacrée*, fondation ainsi rendue *sacrée*, par-là indisponible, sur le principe, aux velléités humaines : marquée par ce geste sacré de délimitation (*jus*), Rome, sous les auspices des dieux, *existait*, éternelle, instituée.

On retrouve une constante anthropologique des fondations, à suivre la théorie mimétique de René Girard. À force d'être singé et répété – on désire le désir de l'autre –, le désir mimétique qui est inscrit au cœur de l'homme, envie adamique et jalousie endémique, induit une violence généralisée, condamnant à la désignation d'un bouc-émissaire dont le sacrifice apaisera, pour un temps, la communauté. Toute la violence du groupe se reportera sur cette victime expiatoire dont le sacrifice « ré-unit » la communauté par la grâce de l'élimination de cet *autre*, ce « particulier », perturbateur parce que hors la règle. Le « Sonder-bund » portait fort justement son nom.

Cette guerre *civile*, de tous contre tous, suivant notre nature de prédateur, *homo homini lupus*, conduit au « sacrifice » de la Confédération : la Diète condamnait la structure confédérale – et les quelques réfractaires, ligueurs d'ailleurs – pour l'érection d'un État fédéral, État *central* inchoatif. Geste sacré de délimitation et de distribution nouvelles, typique de l'instauration des institutions.

Abandonnait-on les délices exigeantes de la grappe pour l'acidité facile de l'orange ? Dans la didactique politique, la *grappe* illustre la Confédération : raisins premiers, branches ou liens « seconds » ; l'*orange* représente l'État fédéral, le tout, d'abord *une* orange, dont on discrimine ensuite des quartiers, les États fédérés.

Avant d'en goûter l'amertume, remarquons que ce geste est à la fois une marque du *sacré anthropologique* et du *sacré épistémologique*, affirme Jean-Pierre Dupuy, lecteur de R. Girard, sous les espèces de l'auto-fondation, auto-transcendance, auto-référence, ou encore « *bootstrapping* », à l'instar du Baron de Münchhausen tirant sur les lacets de ses bottes ou sur ses propres cheveux pour se sortir de l'embourbement.

Zusammenfassung

Die Bundesverfassung von 1848 hätte gar nicht rechtskräftig werden dürfen: Der Bundesvertrag von 1815 hielt fest, dass es für eine Änderung der eidgenössischen Rechtsordnung einer Einstimmigkeit unter den Kantonen bedürfe. Da diese Einstimmigkeit nicht gegeben war, hatte die Tagsatzung nicht die rechtliche Grundlage, den von der radikal gesinnten Mehrheit ausgearbeiteten Verfassungsentwurf anzunehmen. Die Annahme der Verfassung kam daher einem revolutionären Akt gleich.

Die Radikalen – beziehungsweise die Tagsatzung oder beide – haben sich durch eine «gewaltsame» Geste selbst zu «Verfassungsgebern» erhoben; es ist die Gewalt des Heiligen, die sich selbst transzendiert und deshalb zwangsläufig legitim ist. Die Volksmehrheit brachte das böse Spiel schliesslich zu einem guten Ende und verankerte den Verfassungsbastard. Der Verweis auf Gott den Allmächtigen zu Beginn der Präambel ist so gesehen weit mehr als ein Relikt: Er erinnert vielmehr an die Heiligkeit einer jeden Gründung, einschliesslich jener des Bundesstaates im Jahr 1848.

Seitdem bewegt sich das Rechtsgebilde Schweiz auf einem schmalen Grat zwischen zwei gefährlichen Abgründen: dem strikten Nebeneinander der föderierten Kleinstaaten (das passende Bild dazu ist die Traube in ihrer Vielfalt) und ihrem Aufgehen im Zentralstaat (symbolisch die Orange in ihrer Einheit). Bund und Bundesstaat in einer dynamischen Suche nach Gleichgewicht in steter Spannung zueinander zu halten, das ist das Geniale an der helvetischen Verfassung; sie zeugt von einer Vorliebe für eine kühne Mischung zwischen diesen beiden, um im Bild zu bleiben, Früchten der Geschichte.

L'image prête à sourire, la figure prête à l'emploi, fréquent, mais discret, par le droit : qui ou quoi a institué, *juridiquement*, le constituant de la toute première constitution *en tant que constituant*, lequel ne peut l'avoir été par elle puisqu'elle *résulte* de sa volonté à lui, cette dernière forcément la précédant. Révolutionnaires, les radicaux – ou plutôt la Diète, ou tous deux – se sont auto-fondés « constituants », par un geste « violent », la violence du sacré, un « coup de force », *forcément* légitime puisqu'auto-transcendant. Pour faire contre mauvaise procédure bonne mesure, une majorité populaire consacra le bâtard constitutionnel.

Auto-transcendance encore, *pacta sunt servanda* : les engagements doivent être respectés parce qu'ils sont... obligatoires. Une tautologie valant pour tout contrat social : *libre* d'y entrer, et donc d'en sortir ? De même, toute cour suprême s'*auto-juge* compétente pour se prononcer sur sa propre compétence en cas de litige portant sur sa saisine. Ou la *Grundnorm* de Hans Kelsen, pourvoyant la Constitution en juridicité, et, par ruissellement, les lois inférieures : elle est à elle-même son propre fondement. Même Dieu point n'échappe à l'auto-fondation, mais c'est là sa définition ultime : il est à lui-même sa propre cause, *causa sui*.

Avec ces figures de l'auto-transcendance, nous sommes bien entrés en *sacré*, c'est-à-dire en un espace et un temps rendus indisponibles aux volontés humaines, dussent-elles être la source authentique de la règle posée, mais la transcendant ensuite du fait même d'être déclarée transcendante, sacrée. La loi était telle pour Jean-Jacques Rousseau, la propriété privée le devint pour les Révolutionnaires français. La Constitution l'est *via eminentia*, pour des raisons d'anthropologie philosophique en premier lieu, finement traduites par *l'ars juris* (la technique juridique) dans la forme du serment, si souvent inaperçue.

« Eid-genossenschaft », serment et sacré

Le maintien de la référence au Tout-Puissant en ouverture du Préambule de nos trois constitutions n'a donc rien d'une relique : il rappelle le sacré de toute fondation, celle originale de l'État fédéral en 1848 en l'occurrence.

Cette référence n'a rien non plus d'une profession de foi, comme maints juristes positivistes l'affirment parfois, s'empressant de s'en excuser en en appelant sur le champ à la liberté de religion, laquelle n'est aucunement en jeu. Il s'agit en effet de *technique* juridique, de *procédure*.

Un engagement adopté selon la forme du serment, le « Eid- » de *Eidgenossenschaft*, dénomination officielle de notre État, signifiant précisément une technique « sacrée » requérant la *présence* de la divinité comme témoin, non son « inter-vention » comme acteur (actant) : les « con-fédérés »,



Caricature conservatrice sur les travaux de révision du Pacte fédéral de 1815. Lithographie sur papier, probablement de Ludwig Adam Kelterborn (1811-1878), 1833.

« con-jurent », jurent ensemble, chacun sous le regard de son Dieu, de son Être Suprême, de quelle Transcendance, peu chaut. Non « par » le nom de Dieu mais « au nom » du Tout-Puissant.

Les Préambules de 1848, 1874 et 1999 expriment tous l'horizontalité substantielle de la Confédération avec ses États fédérés qui se donnent (dans la formule allemande récente, plus suggestive), de manière inchoative et performative (encore une expression du sacré), une verticalité « centralisatrice » : l'État fédéral. *L'unité* dans *la diversité*, l'esprit débutant à la diversité, *au sein* de laquelle il *cherche* l'unité, esprit des Confédérations de 1848 et 1874.

L'aurions-nous dépassé, pis dévoyé, par *la diversité dans l'unité*, où l'unité est première constatée, acquise désormais (l'État fédéral), *à partir* de laquelle on regarde la diversité, têt déclarée « exotique » : des différences de régimes scolaires ou de taxations fiscales aux disparités des mesures sanitaires, anti-covid récemment, combien nombreux sont les « penseurs » à fustiger l'incohérence du système helvétique, celui-là même qui nous assure « honneur et force » selon les anciens Préambules, depuis près de deux cents ans.

Esprit de la Constitution, es-tu encore là ? De la grappe à l'orange

Entrés en sacré, certes, mais pas en sacrifice, espérons-le. Tout dépendra de l'esprit dans lequel nous interpréterons ce qui constitue le principe cardinal et l'équilibre vital de la Suisse comme entité juridique évoluant sur une ligne de crête entre deux pentes funestes : la stricte juxtaposition des États fédérés et leur absorption dans un État central. Confédération et État fédéral en tension, voilà le génie constitutionnel helvétique.

L'inversion de l'esprit constitutionnel entre 1848 et 1999 est à ce titre radicale, menaçante même pour l'État suisse : des États fédérés, premiers – « la Confédération suisse » adopte –, induisant primauté de la diversité sur l'unité, vers *le* (toujours plus) « centralisé » État fédéral, l'unité avançant *sur* la diversité, s'imposant à elle plus qu'elle n'en émerge. Le « peuple *suisse* et les cantons », selon la formule allemande (1999) dit l'unité première, la diversité seconde.

État fédéral projeté, à venir en 1848, désiré même par le peuple, pour sublimer le *particulier* négateur du *collectif* que fut le « Sonder-*bund* », vers un État fédéral installé en 1999 face à des conjurés menacés par son inclination à la prédation. Menace peut-être plus fantasmée que réalisée mais bel et bien intériorisée : le Préambule de 1999 est éminemment confédéral. Les cantons y sont suisses dans la version française, le pluriel domine (« conscients », « résolus », etc.) ; ils s'affirment « Déterminés à vivre ensemble (la chose projetée) leurs diversités (la chose constatée, existante, au pluriel d'ailleurs) », jusqu'à parler de *membre*, non d'*élément*, ce qui dit non seulement la primauté de la « con-fédération », mais aussi l'inanité de l'*individu*, non pertinent à ce degré d'enjeu institutionnel.

Pourquoi rappeler avec autant d'insistance cette primauté de la diversité si ce n'est parce qu'on la voit s'essouffler, s'évider, peut-être trépasser ? Le membre cède toujours plus souvent à l'individu, lequel, de nulle part parce que de partout, préfère à l'indigénat local ou cantonal l'anonymat fédéral... et la dilution mondiale.

Tension positive en 1848, par projection vers l'État fédéral ; tension inquiète en 1999, par trop d'État fédéral, pas tant en acte – la recherche de l'équilibre prédomine encore – qu'en esprit, parce que la subtilité serait trop lourde à porter. L'uniformisation serait-elle la passion triste de ceux qui manquent d'imagination ?

Le génie constitutionnel helvétique est aucunement en creux, tel un esprit statique incapable de choisir entre la grappe et l'orange. Au contraire, il témoigne d'une tension dynamique, d'un goût raffiné des mélanges audacieux entre ces deux fruits de l'Histoire.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8413766>

L'auteur

Alain Papaux a un doctorat en droit de l'Université de Lausanne, une maîtrise en philosophie de l'Université de Genève et un diplôme LL.M. en philosophie du droit de l'Université Saint-Louis de Bruxelles. Il est professeur ordinaire à la Faculté de droit de l'Université de Lausanne. Il y enseigne la méthodologie juridique, la philosophie du droit et la philosophie du droit de l'environnement.





Am 25. April 2023 genehmigte der Verfassungsrat des Kantons Wallis im Grossratssaal in Sitten den Entwurf einer neuen Kantonsverfassung. Prominent im Zentrum der Aufnahme: das vom Ideal der Geistigen Landesverteidigung geprägte Wandgemälde «Der Beitritt des Wallis zur Eidgenossenschaft» von Ernest Biéler, 1943–1944.

Innovative Kantone

Kantonale Beiträge zum Verfassungsrecht

Kurt Nuspliger

Die Kantone waren die ursprünglichen Verfassungsgeber und damit die Gründer der modernen Schweiz. Die föderale Organisation erlaubte es den Kantonen, sich zu einer grösseren politischen Einheit zusammenzuschliessen und gleichzeitig eine erhebliche Eigenständigkeit zu bewahren. Dies zeigt sich in den kantonalen Verfassungen, die häufig sehr innovativ sind und insbesondere in den Grundrechten teilweise weit über die Bundesverfassung hinausgehen.

Im Jahr 2023 wird die moderne Schweiz 175 Jahre alt. Die erste Bundesverfassung von 1848, durch deren Inkrafttreten ein handlungsfähiger Bundesstaat mit klarem rechtlichem Rahmen an die Stelle eines lockeren Staatenbundes trat, war eine Pionierleistung. Die Pioniere achteten darauf, dass die Kantone in der neuen Verfassung als eigenständige Gemeinwesen mit beträchtlichen Handlungsspielräumen erhalten blieben. Eine straffe einheitsstaatliche Lösung kam angesichts der schlechten Erfahrungen mit der von Napoleon geschaffenen Helvetischen Republik (1798–1803) ohnehin nicht infrage.

Der Gründung des Bundesstaates ging eine tiefe innere Krise voraus, in deren Verlauf der aus sieben katholisch-konservativen Kantonen bestehende Sonderbund nach militärischen Auseinandersetzungen von den Tagsatzungstruppen aufgelöst wurde. Die Verfassung von 1848 ist jedoch nicht einfach eine Verfassung der Sieger des Sonderbundskrieges. Vielmehr trug die neue Verfassung auch den Interessen der im Sonderbundskrieg unterlegenen Kantone in erheblichem Masse Rechnung. Zentrale Inspirationsquellen für die erste Bundesverfassung waren die Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten und die Grundprinzipien der Französischen Revolution. Aber nicht nur: Auch die Errungenschaften der kantonalen Verfassungen bildeten eine wichtige Grundlage.

Die Kantone gründen den Bundesstaat von 1848

Mit der Ausarbeitung der ersten Bundesverfassung wurde eine von der Tagsatzung eingesetzte Kommission betraut. Diese vertrat die Auffassung, dass eine neue Verfassung nur in Kraft treten könne, wenn ihr die Mehrheit der Bürger, die Mehrheit der Kantone und die wirtschaftlich-finanziell starken Kantone zugestimmt hätten. Nach den Übergangsbestimmungen des Entwurfs der neuen Bundesverfassung hatten die Kantone «auf die durch ihre Verfassungen vorgeschriebene Weise» über die Annahme der neuen Bundesverfassung zu befinden. In den meisten Kantonen stimmte das (männliche) Volk über die neue Verfassung ab, in sechs Kantonen lag der Entscheid bei der Landsgemeinde, im Kanton Freiburg entschied das Kantonsparlament über die Verfassung. 14 Kantone und 3 Halbkantone stimmten dem Entwurf zu, 5 Kantone und 3 Halbkantone lehnten den Entwurf ab. Die Annahme der neuen Bundesverfassung lag gemäss Verfassungsentwurf in der Kompetenz der Kantone. Das Schweizervolk als Verfassungsorgan gab es noch nicht. Die Tagsatzung hatte lediglich das Recht, die Verfassung aufgrund der Abstimmungen in den Kantonen für angenommen zu erklären, was sie am 12. September 1848 tat. Die Kantone sind somit die Verfassungsgeber und damit die eigentlichen Gründer der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Grundlagen des Föderalismus

Die Schweiz war 1848 der erste Bundesstaat Europas. Heute gibt es weltweit rund 30 Bundesstaaten. Dieses Organisationsmodell eignet sich besonders dort, wo auf die unterschiedliche ethnische und sprachliche Zusammensetzung der Bevölkerung oder auf besondere soziale und regionale Verhältnisse Rücksicht genommen werden muss.

Im 19. Jahrhundert beschränkten sich die Kompetenzen des Bundes allerdings noch auf jene Bereiche, in denen sich eine Vereinheitlichung besonders aufdrängte: Dazu gehörten die Aussenpolitik, der Zoll, die Post, das Münzwesen, die Regelung von Mass und Gewicht sowie Teile des Militärwesens. Mit einer gemeinsamen Landeswährung und der erstmals schweizweit gewährten Niederlassungsfreiheit für Schweizer Bürger christlichen Glaubens gelangen die ersten Schritte hin zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum.

Die «relevanten Modernisierungsagenturen»¹ auf diesem Weg waren allerdings die Kantone, die im Rechts- und im Bildungswesen² sowie im Bau von Infrastrukturen schon bald sehr aktiv wurden. Sie bauten Strassen, erteilten den privaten Eisenbahnunternehmen Konzessionen und schlossen in wichtigen Fragen mit andern Kantonen Verträge ab.³

Viele der heute bekannten Bundeskompetenzen wurden erst im Laufe des 20. Jahrhunderts geschaffen. Die Kantone behielten viele Zuständigkeiten und spielen auch heute noch eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Bundespolitik (Vollzugsföderalismus). Die institutionelle Architektur des schweizerischen Föderalismus und die territorialen Grenzen der Kantone veränderten sich in den letzten 175 Jahren kaum. Projekte für den Zusammenschluss von Kantonen erwiesen sich als nicht realisierbar.⁴

1993 wurde die Konferenz der Kantonsregierungen gegründet. Die Konferenz befasst sich mit Grundsatzfragen des Föderalismus, mit der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen, mit Fragen der Aussenpolitik und mit dem Vollzug von Bundesrecht. Sie will die Entscheidungsprozesse im Bund aus ganzheitlicher kantonaler Perspektive beeinflussen. In den letzten drei Jahrzehnten ist es ihr gelungen, die kantonalen Kräfte zu bündeln und die Kantone als Akteure der Bundespolitik wirksamer und sichtbarer

-
- 1 Speich Chassé (2012).
 - 2 Die Zuständigkeit für das Zivilrecht, das Strafrecht und das Verfahrensrecht lag im 19. Jahrhundert bei den Kantonen. Die Kantone tragen auch heute noch die Hauptverantwortung für die Volksbildung. 1897 wurde die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegründet. Diese nimmt in den Bereichen Bildung und Kultur wichtige Koordinationsaufgaben wahr.
 - 3 Beispiele: Brandassekuranzkonkordat von 1861; Konkordat zur Patentierung von Grundbuchgeometern von 1868, das die Rechtssicherheit im Immobilienhandel erhöhte.
 - 4 2002 lehnten die Stimmberechtigten von Waadt und Genf den Zusammenschluss ihrer Kantone ab. 2014 scheiterte die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft am Nein der Baselbieter Stimmbevölkerung.

zu machen. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesbehörden ist es der Konferenz der Kantonsregierungen in vielen Bereichen gelungen, politisch tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Zu einer letzten grösseren Reform des Föderalismus kam es 2004 durch eine Revision der Bundesverfassung. Diese Reform war gekennzeichnet durch eine bessere Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen, eine Stärkung der Zusammenarbeit im Bundesstaat und eine Neugestaltung des Finanzausgleichs. An diesem Reformprojekt hatten sich die Kantone von Anfang an positiver Weise beteiligt.

Kantonsverfassungen als staatsrechtliche Laboratorien

Die Verfassung ist das zentrale Rechtsdokument eines Gemeinwesens. Sie bindet alle Staatsorgane. Als höchster Erlass beansprucht die Verfassung Vorrang gegenüber den Gesetzen und den weiteren Akten des Staates. Die Verfassung soll den Staat und seine Organe einrichten und funktionsfähig machen, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger sichern und die Grundlinien der Staatstätigkeit bestimmen.

Auch die Kantone brauchen eine Verfassung. Seit den 1960er-Jahren wurden 23 Kantonsverfassungen totalrevidiert. In diesen Reformprojekten zeigt sich der beeindruckende Wille der Kantone, ihre Institutionen zukunftsfähig zu gestalten. Es gelang den Kantonen, eine positive Dynamik für die Verfassungsrevisionen auszulösen. In den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Wallis sind Revisionsprozesse am Laufen. Nur im Kanton Zug gibt es kein Projekt für die Totalrevision der Verfassung. Die neueren Kantonsverfassungen waren eine wichtige Quelle der Inspiration bei der Schaffung der Bundesverfassung im Jahre 1999.

Die Erfahrung lehrt, dass zentrale Lebensbedürfnisse der Menschen – Bewegungsfreiheit, Privatsphäre, Weltanschauung, Meinungsäusserung, Eigentum – in besonderem Mass der Gefahr staatlicher Übergriffe ausgesetzt sind. Um solche Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, wurden 1848 Grundrechte in die Verfassung aufgenommen. Mit dem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1974 wurde der Grundrechtsschutz ausgebaut. 1991 ratifizierte die Schweiz den Uno-Pakt-I mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und den Uno-Pakt II mit klassischen Freiheitsrechten. Die verfassungsrechtlich oder völkerrechtlich anerkannten Garantien wurden 1999 anlässlich der Totalrevision der Bundesverfassung im Rahmen einer schöpferischen Gesamtbereinigung in einem Grundrechtskatalog zusammengeführt.

Auch die Kantone können Grundrechte einführen. Kantonale Grundrechte sind dann von Bedeutung, wenn sie Garantien enthalten, die über die Bundesverfassung und den internationalen Menschenrechtsschutz hinausgehen. Zahlreiche Kantonsverfassungen nutzen dieses Innovationspotenzial.

Résumé

La première Constitution fédérale a été adoptée en 1848. L'ancienne confédération d'États est alors devenue un État fédéral. Les cantons sont les constituants originaux et donc les fondateurs de la Suisse moderne. L'organisation fédérale a permis aux cantons de se regrouper en une plus grande unité politique tout en conservant une autonomie considérable.

De nombreux cantons ont été très novateurs dans l'élaboration de leurs propres constitutions. Depuis les années 1960, pas moins de 23 constitutions cantonales ont été totalement révisées. Ces projets de réforme témoignent de la volonté impressionnante des cantons de rendre leurs institutions pérennes et durables. De nombreux cantons vont parfois bien au-delà de la Constitution fédérale en matière de droits fondamentaux. Ainsi en va-t-il du canton de Genève, qui a par exemple inscrit dans sa constitution de 2012 le « droit de vivre dans un environnement sain » et le « droit à un niveau de vie suffisant ».

Les constitutions cantonales représentent ainsi des laboratoires de droit public qui peuvent également être utilisés pour le développement futur du droit constitutionnel fédéral.

Dazu einige Beispiele:

- Die Bundesverfassung gewährleistet das Recht auf Ehe und Familie. Verschiedene Kantonsverfassungen garantieren darüber hinaus das Recht auf die freie Wahl einer anderen Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens.⁵
- Die Bundesverfassung gewährleistet die Sprachenfreiheit. Die Kantone Zürich und Genf garantieren darüber hinaus den Gebrauch der Gebärdensprache.
- Nach der Bundesverfassung hat jede Person das Recht, Informationen frei zu empfangen, aus allgemein zugänglichen Quellen zu beschaffen und zu verbreiten. Zahlreiche Kantone garantieren überdies das Recht auf Einsicht in amtliche Akten, so weit keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen (Öffentlichkeitsprinzip).
- Die Bundesverfassung garantiert das Recht auf Leben. Die Verfassung des Kantons Waadt enthält eine Bestimmung, die das Lebensende betrifft. Sie garantiert das Recht auf Sterben in Würde.

⁵ Dieses Recht wird in den Verfassungen der Kantone Bern, Zürich, Basel-Stadt, Freiburg, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Waadt, Genf und Neuenburg garantiert.

→ Die Bundesverfassung kennt im Bereich der Familienförderung und des Wohnens nur Sozialziele, jedoch keine Grundrechte. Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt gewährleistet das Recht auf familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeiten und das Recht auf Wohnen.⁶

Besonders innovativ ist die Verfassung des Kantons Genf aus dem Jahr 2012. Sie enthält unter anderem folgende Artikel, die teilweise weit über die Bundesverfassung und den internationalen Menschenrechtsschutz hinausgehen:

- Jede Person hat das Recht auf Leben in einer gesunden Umwelt.
- Jede Person ohne finanzielle Mittel für eine anerkannte Ausbildung hat Anspruch auf Unterstützung durch den Staat.
- Jede Person, die in guten Treuen und zum Schutz des öffentlichen Interesses dem zuständigen Organ rechtmässig festgestelltes gesetzwidriges Verhalten meldet, wird angemessen geschützt (Recht auf Whistleblowing).
- Jede Person hat Anspruch auf die Deckung ihres Lebensbedarfs zur Förderung ihrer sozialen und beruflichen Integration (Recht auf einen angemessenen Lebensstandard).
- Jede Person hat Anspruch auf die persönliche Pflege und Unterstützung, die sie wegen ihrer Gesundheit, ihres Alters oder einer Behinderung benötigt.
- Der Staat trifft Massnahmen, damit jede Person für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden kann.

Die erwähnten Beispiele zeigen, dass das kantonale Verfassungsrecht lebendig und zukunftsgerichtet ist. Die Kantonsverfassungen bilden ein staatsrechtliches Laboratorium, das auch für die weitere Entwicklung des Bundesverfassungsrechts genutzt werden kann.

●

6 Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt gewährleistet das Recht, «dass Eltern innert angemessener Frist zu finanziell tragbaren Bedingungen eine staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit für ihre Kinder angeboten wird, die den Bedürfnissen der Kinder entspricht» (§ 11 Abs. 2 Bst. a KV BS). Der Anspruch auf Betreuungsbeiträge wurde im Gesetz festgelegt. Er beginnt, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, mit dem Alter des Kindes von drei Monaten. Nach der Bundesverfassung sollen Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können (Sozialziel, kein Grundrecht). Nach der Verfassung des Kantons Basel-Stadt ist das Recht auf Wohnen anerkannt. Der Kanton trifft die notwendigen Massnahmen, damit Personen, die in Basel-Stadt wohnhaft und angemeldet sind, sich einen ihrem Bedarf entsprechenden Wohnraum beschaffen können, dessen Mietzins oder Kosten ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigt.

Literatur

- Auer, Andreas (2016): Staatsrecht der schweizerischen Kantone, Bern.
- Biaggini, Giovanni (2020): Verfassungsstaatlichkeit, in: Biaggini, Giovanni, Thomas Gächter und Regina Kiener (Hg.): Staatsrecht, 3. Aufl., 2. Teil, §§ 7–9, Zürich.
- Chatton, Gregor T. (2020): Les droits fondamentaux dans les constitutions cantonales, in: Diggelmann, Oliver, Maya Hertig Radall und Benjamin Schindler (Hg.): Verfassungsrecht der Schweiz, Bd. II, V. 3, S. 1223–1244, Zürich.
- Nuspliger, Kurt (2021): Die Bedeutung des kantonalen Verfassungsrechts in der schweizerischen Verfassungsordnung, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Band 69, S. 849–878, Tübingen.
- Speich Chassé, Daniel (2012): Die Schweizer Bundesstaatsgründung von 1848: ein überschätzter Bruch?, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 62,4, S. 405–423.
- Tschannen, Pierre (2021): Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 5. Aufl., Bern.
- Vatter, Adrian (2020): Das politische System der Schweiz, 4. Aufl., Baden-Baden.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8246243>

Zum Autor

Kurt Nuspliger ist promovierter Jurist, Rechtsanwalt und seit 1994 Honorarprofessor an der Universität Bern. Er ist Berater für den öffentlichen Bereich, Mitglied der Interkantonalen Vertragskommission der Konferenz der Kantonsregierungen und Präsident der SAGW-Kommission Année Politique Suisse. Seine inhaltlichen Schwerpunkte sind Verfassungsfragen und Reformprojekte in den Bereichen Parlament, Regierung und Verwaltung.



Qu'est-ce qu'une constitution ?

De la dogmatique juridique à l'analyse politique

Bernard Voutat

D'une manière générale, la Constitution de la Confédération suisse est souvent idéalisée comme fondatrice d'une démocratie de concordance marquée par un esprit de consensus. On lui prête des vertus intrinsèques en lui attribuant des fonctions que la science politique étudie sous l'angle de son impact sur le système politique. Cette lecture « fonctionnaliste » est assurément réductrice. Dès lors, peut-être faut-il envisager autrement cette charte dite fondamentale, en l'analysant sous l'angle de ses usages, et donc des rapports de force à l'origine des fonctions vertueuses qui lui sont imputées, dont elle tire sa force et son autorité.

Évoquant la Constitution fédérale le 1^{er} août dernier, la conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider se disait « irriguée et inspirée par son progressisme, son audace, sa jeunesse, sa magie et sa force ». « Vieille et jeune à la fois », la Constitution a su « rester vivante » ; « précieux alliage entre une sagesse séculaire et l'actualité de chacune de ses révisions », elle est au « fondement même de notre raison de vivre ensemble ». La constitution « n'est [donc] pas une légende » ; « nous pouvons nous y référer régulièrement [...] ». À l'instar d'un piano, elle possède toujours une sonorité exceptionnelle et permet de nouvelles performances [...] : la prospérité commune, le développement durable, la cohésion interne et la diversité culturelle du pays, mais également un ordre international juste et pacifique ».

Zusammenfassung

Die Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wird oft als Grundlagendokument einer Konkordanzdemokratie idealisiert, wobei sie diesen Konsensgeist gleichzeitig verkörpern wie auch hervorbringen soll. Die Staatsrechtslehre schreibt der Verfassung Tugenden und Funktionen zu, die Politikwissenschaft untersucht diese unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf das politische System. Als Kreativeurin der politischen Gemeinschaft halte die Verfassung die von ihr geschaffenen Institutionen zusammen, so das Narrativ. Eine solche funktionalistische Lesart ist zweifelsohne reduktionistisch. Zwar wird sie unter Juristinnen und Juristen bisweilen kontrovers diskutiert, kritikwürdig ist sie aber auch, weil sie in der Schweizer Politik sehr reale Konfliktfelder hervorbringt.

Vielleicht sollte man akzeptieren, dass die Verfassung nicht aus einer politischen Kultur des Konsenses hervorgegangen ist, und dieses angeblich so grundlegende Dokument eher unter dem Gesichtspunkt seiner Verwendung analysieren. Ein solcher Zugang würde es erlauben, die zugrunde liegenden Machtverhältnisse in den Blick zu nehmen, aus denen die Verfassung letztlich ihre Stärke und Autorität bezieht.

Prononcées sur la plaine du Grütli à l'occasion de la fête nationale, ces paroles relèvent certes des contraintes propres à une telle célébration, encore que l'inscription de la Constitution fédérale dans l'univers des mythes fondateurs de la Suisse moderne (*Willensnation*) puisse paraître paradoxale dans ce contexte, attendu que la rupture politique de grande ampleur que représentait son adoption, le 12 septembre 1848, fut très tôt euphémisée par les nouvelles autorités. Les *Waldstätten*, vaincus de la guerre du Sonderbund, furent ainsi érigés en composante essentielle de l'imaginaire national helvétique *via* un récit fixant les origines de la Confédération (notion qui sert encore aujourd'hui à désigner l'État fédéral) dans le pacte du 1^{er} août 1291. C'est du reste cette date qui, à la suite d'une initiative populaire (très largement soutenue) des Démocrates suisses, figure dans la Constitution fédérale (art. 110) comme jour de la fête nationale. Le Conseil national (contre l'avis du gouvernement exprimé par... Madame Baume-Schneider) vient cependant d'approuver une motion visant à inscrire le 12 septembre comme jour férié national supplémentaire. Affaire à suivre donc, mais qui incite à considérer que la Constitution ne saurait être saisie indépendamment de ses dimensions symboliques, c'est-à-dire des représentations (en l'espèce idéalisées, pour ne pas dire sacralisées) dont elle est l'objet et qui contribuent à entretenir la croyance en sa force intrinsèque. Du moins auprès de celles et ceux dont les activités sont directement tributaires des règles qui y figurent, le personnel politique et les journalistes couvrant l'actualité politique, mais aussi les spécialistes de droit public responsables d'en éclairer le sens, ainsi que les politologues attaché·e·s à en analyser les effets.

Les fonctions de la Constitution

Charte fondamentale de l'État selon la doctrine publiciste, formellement située au « sommet » de l'ordre juridique, la Constitution est censée contenir les règles dites « essentielles » ou du moins considérées comme « les plus importantes » qui concernent l'organisation et le fonctionnement de l'État ainsi que les relations que celui-ci entretient avec les individus et la société civile. Mais au fond, à quoi sert-elle ? Au-delà de ses finalités explicites – instituer des organes, en déterminer la

composition, fixer leurs attributions, aménager leur fonctionnement et leurs relations, déterminer le contenu de l'activité étatique –, la Constitution serait en outre supposée remplir un certain nombre de *fonctions* jugées nécessaires à l'entretien de l'ordre politique. L'inventaire varie toutefois d'une auteure à l'autre. Plusieurs se limitent à identifier celles qui, formellement, sont les plus manifestes : limiter le pouvoir, encadrer son exercice, préserver la liberté des individus, orienter l'action de l'État, etc. D'autres assignent à la Constitution un *rôle* plus ambitieux, mais les formulations sont moins précises. Sont alors souvent évoquées les fonctions d'intégration, de pacification, de stabilisation et d'adaptation de la communauté politique ; ou encore de légitimation du pouvoir politique, voire plus largement de production d'une identité nationale.

Force est cependant de constater que la question de savoir quelles fonctions remplit la Constitution n'occupe pas une place prépondérante dans la doctrine constitutionnaliste. Tout au plus est-elle abordée de façon un peu convenue et sur le mode de l'évidence en préambule des nombreux traités et commentaires ou lorsque les juristes s'interrogent sur les « avantages » et les « inconvénients » de telle ou telle institution. Dans le souci sans doute de distinguer la doctrine juridique de la philosophie politique, il est parfois reconnu que cette question sort du champ proprement dit de la « science du droit », laquelle se limiterait à déterminer le contenu des règles, sans préjuger de leurs effets ou même



Impression de la célébration du jubilé de la Constitution « 100 ans de l'État fédéral suisse » sur la Place fédérale à Berne, prise le 27 juin 1948. Des membres de l'armée portent symboliquement la Constitution de 1848 sur leurs épaules.

de leurs raisons d'être. De manière un peu provocatrice, Jean-François Aubert¹ laissait entendre que la législation sur la circulation routière (que tout le monde connaît, avec ses règles sur la priorité de droite ou les vitesses maximales) pouvait être comptée parmi les éléments les plus intégrateurs de notre droit. Une façon pour lui de nuancer la portée d'un texte, la Constitution, dont l'écrasante majorité de la population ignore le contenu, voire l'existence.

L'analyse fonctionnaliste des institutions politiques

De son côté, la science politique suisse est de longue date marquée par une perspective générale qui porte davantage sur les institutions politiques (fédéralisme, démocratie directe, initiative et référendum, gouvernement collégial, parlement bicaméral, modes de scrutin, tribunaux éventuellement) que sur la Constitution en elle-même (sa nature, ses fonctions). Les règles juridiques sont ainsi appréhendées à partir de leurs effets sur le comportement des acteurs et actrices (partis et groupes d'intérêts, élu·e·s et citoyen·ne·s, etc.), notamment lors des élections et des votations populaires, et par extension de leur impact *supposé* sur les processus décisionnels propres au système politique helvétique (souvent érigé en *Sonderfall*). Une perspective (complexe et discutable) domine largement cette littérature : les institutions politiques sont saisies sous l'angle de leur *fonctionnalité*, c'est-à-dire de leur capacité à répondre aux *besoins* de la communauté politique. On lira ainsi par exemple que le fédéralisme protège les « minorités », que le référendum assure une fonction d'intégration des conflits, tandis que l'initiative populaire remplirait une fonction tribunicienne ou d'innovation.

La discussion porte alors sur la contribution (perçue parfois de façon critique) des institutions à la légitimité et à l'efficacité du système politique dans sa capacité à produire des politiques publiques pertinentes (i.e. fonctionnelles). Dans le prolongement des évaluations formulées par les juristes à propos des « vertus » du droit constitutionnel suisse, y domine également depuis les années 1960 une lecture idéalisée des institutions politiques, ratifiant l'image d'une démocratie de concordance et de négociation, paradigme d'intégration politique fondé sur l'art du compromis, de l'*amicable agreement*, voire du consensus que le système politique (et à travers lui la Constitution) serait censé incarner et produire tout à la fois.

La force de la Constitution comme énigme

Si quelques juristes, à l'instar de J.-F. Aubert cité plus haut, affichent parfois une distance sceptique à l'égard de ce fonctionnalisme « du meilleur », pourrait-on dire, il en est plusieurs qui s'en écartent très explicitement. Ainsi en est-il, par exemple, d'Andreas Auer qui, dans un article déjà ancien, mais important, considérait que la Constitution reposait pour l'essentiel, non sur des fonctions, mais sur un ensemble de *fictions*, procédé par lequel le droit établit comme vrai ce qui ne l'est pas pour en tirer certaines conséquences juridiques : « souveraineté populaire », « représentation » du peuple (et même des cantons) par les élu·e·s, « corps électoral » érigé abstraitement en « organe de l'État » permettant aux citoyen·ne·s d'exprimer « librement leur volonté » lors des votations, etc. Pour cet éminent juriste, toutes ces notions ou formules véhiculées par le droit constitutionnel sont des fictions juridiques. Le droit ment, il tient pour établi ce qui est faux : « la démocratie helvétique se fonde sur des abstractions dont la réalité politique dévoile chaque jour le caractère fictif »².

Qu'en est-il alors de la force du texte constitutionnel, de son impact, de son effectivité, de sa capacité à remplir ses fonctions supposées ? Pour A. Auer, cette force ne réside pas dans la Constitution, mais dans l'idéologie démocratique qui lui confère sa légitimité. Que cette idéologie soit perçue comme vertueuse (hypocrisie plus ou moins pieuse du droit constitutionnel) ou à l'inverse comme étant instrumentalisée par les élites bourgeoises dans l'exercice du « pouvoir suisse »³, elle contribue à renforcer l'autorité de la Constitution, expression, dirait Max Weber, d'une domination politique légitime, légale-rationnelle, dont il s'agit alors d'élucider les ressorts.

La Constitution entre conflit et consensus

S'il est vrai que la Constitution produit la communauté politique, encore faut-il admettre qu'elle est elle-même le produit de l'histoire. Paradoxe de cette histoire : les principales institutions politiques de la Suisse, loin d'être consensuelles au moment de leur adoption, sont marquées par des conflits majeurs. Ainsi en va-t-il de la Constitution de 1848 elle-même, rapidement imposée à l'issue d'une guerre civile, certaines dispositions parmi les plus significatives (comme le bicamérisme égalitaire) étant très controversées au moment de leur rédaction. Le référendum facultatif doit son inscription dans la révision totale de 1874 à l'erreur commise par un député au moment du vote. L'initiative populaire introduite en 1891 tient à une coalition hétérogène, qui parvient à imposer cet instrument emblématique de la démocratie directe

1 Aubert (2001), p. 15.

2 Auer (1984), pp. 79 ss.

3 Voir Masnata/Rubattel (1991).

contre l'hostilité du Conseil fédéral et d'une large fraction de la « famille » radicale. Les dispositions relatives à l'exercice des droits politiques que nous estimons aujourd'hui évidentes (vote secret, bulletins, lieu de vote, clause de domicile, découpage des circonscriptions électorales) ont donné lieu à d'importantes obstructions tout au long de la seconde moitié du XIX^e siècle dans la plupart des cantons et au niveau fédéral. L'introduction du scrutin proportionnel en 1919 (une revendication de la grève générale) fait suite à l'échec de plusieurs initiatives populaires. L'expression de *Zauberformel* est initialement utilisée de façon ironique par les radicaux pour se moquer de l'alliance entre socialistes et conservateurs visant à les affaiblir. La liste pourrait s'allonger.

Qu'en retenir ? Loin d'être issue d'une culture politique du consensus, la Constitution traduit des rapports de force. Ce n'est certes pas très original. Mieux vaut le dire cependant, et en tirer certaines conséquences. Cette perspective invite en effet à suspendre la question de ses fonctions (souvent réduites à ses raisons d'être officielles) au profit d'une analyse de ses usages ; à considérer la Constitution comme un ensemble de règles du jeu politique à la fois pragmatiques et normatives, dont le sens et la portée évoluent selon les contextes ; à l'envisager sous l'angle des pratiques politiques (contraintes et opportunités) qu'elle encadre et oriente. Et cela à partir des intérêts des actrices et acteurs engagés dans la compétition politique, mais aussi des croyances plus ou moins idéalisées dont elles sont investies. De ce point de vue, la remarquable stabilité des rapports de force politiques tout au long du XX^e siècle a largement contribué à consolider une représentation de la Constitution comme fonctionnelle à leur perpétuation, notamment au sein du *Bürgerblock*. C'est dire que la concordance n'est pas inscrite dans la nature de la Constitution, mais dans le jeu qu'elle autorise (dans tous les sens du terme), y compris par des règles non formellement constitutionnelles (prégnance des groupes d'intérêts dans les processus décisionnels ou notabilisation du personnel politique fondée sur le principe de milice par exemple), qui ont à cet égard exercé des effets tout particulièrement significatifs sur la politique suisse.

L'attribution a priori de « fonctions » à la Constitution et aux règles du jeu politique que celle-ci codifie réduit assurément le champ de l'analyse. A-t-on tout dit de la Constitution ou d'une institution après avoir indiqué « à quoi elle sert » ? Pour autant, les actrices et acteurs s'en servent, s'en autorisent, l'invoquent pour justifier leurs prétentions. C'est bien pourquoi les règles constitutionnelles sont importantes. Non pas en elles-mêmes, mais parce que, si fictives soient-elles, elles sont considérées (et fortement intériorisées) comme des prescriptions légitimes du jeu politique. Telle pourrait être l'ambition d'une analyse politique (sociologique et historique) de la Constitution : rendre compte de ses effets à partir de ses usages, hétérogènes, différenciés, évolutifs. Tout un programme donc, qui écarte les fonctions de la Constitution au profit d'une analyse de sa fonctionnalisation.

Références

- Aubert, Jean-François (2001) : Notion et fonctions de la Constitution, in : Droit constitutionnel suisse, Zurich, pp. 3-16.
- Auer, Andreas (1984) : Problèmes fondamentaux de la démocratie suisse, in : Revue de droit suisse, pp. 1-109.
- Bigler, Olivier et al. (2013) : Droit et politique dans la révision totale de la Constitution fédérale du 29 mars 1874, in : LeGes 24,2, pp. 279-407.
- Dulong, Delphine (2012) : Sociologie des institutions politiques, La Découverte.
- Hermann, Irène (2006) : Les cicatrices du passé, Peter Lang.
- Jost, Hans-Urlich (2001) : Critique historique du consensus helvétique, in : Traverse. Revue d'histoire 2001,3, pp. 57-79.
- Masnata, François et Claire Rubattel (1991) : Le pouvoir suisse 1291-1991, L'Aire.
- Pilotti, Andrea (2022) : Les temporalités du travail parlementaire en Suisse. Entre « milice » et professionnalisation politique, in : Temporalités. Revue de sciences sociales et humaines 36, pp. 34-57.
- Rayner, Hervé et Bernard Voutat (2017) : Inerties et transformations de la politique suisse, in : Questions internationales 87, pp. 43-56.
- Voutat, Bernard (2009) : Le droit à l'épreuve de la sociologie, in : Plädoyer 2009,1, pp. 55-61.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8361342>

L'auteur

Bernard Voutat est professeur ordinaire de science politique à l'Université de Lausanne, à l'Institut d'études politiques (IEP) et au Centre de recherche sur l'action politique (CRAPUL). Ses enseignements et travaux portent sur les institutions politiques et le droit.



Klima und Verfassung:

eine neue Dimension für die Menschenrechte?

Helen Keller

Viele Menschen fühlen sich existenziell vom Klimawandel bedroht und rufen Gerichte auf nationaler und internationaler Ebene an. Dabei stützen sie sich auf die in den Verfassungen verankerten Menschenrechte. Die Gerichte sind von solchen Klimaklagen herausgefordert. Was vermögen sie im Kampf gegen die Klimaerwärmung zu leisten?

Wer einen Blick in die Bundesverfassung wirft, um etwas über den Klimaschutz herauszufinden, wird enttäuscht. Explizit ist das Klima nirgends erwähnt. Art. 73 der Bundesverfassung verpflichtet zwar Bund und Kantone, für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung andererseits zu sorgen. Zudem verfügt der Bund über weitreichende Kompetenzen zum Schutz der Umwelt, des Waldes und der Natur. Auch der Hinweis in der Präambel auf die Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen würde es nahelegen, dass der Schutz des Klimas angesprochen wird. Aber der Verfassungsgeber hat dies in den 1990er-Jahren im Rahmen der letzten Totalrevision nicht für nötig erachtet.¹

Dieses Schweigen der Verfassung macht deutlich, dass das Recht allgemein, aber das Verfassungsrecht in besonderem Mass, immer mit einer gewissen Verspätung auf gesellschaftliche Themen reagiert. Gleichzeitig prägen gesellschaftliche Prozesse auch den Wortlaut des Gesetzes- oder Verfassungstextes. Mit anderen Worten: Die Bundesverfassung von 1999 ist zu alt, als dass der Klimaschutz einen prominenten Platz in ihrem Text hätte einnehmen können.

1 Ähnliches gilt für die Biodiversität, die – als zweites grosses globales Problem neben dem Klimaschutz – praktisch nur im Rahmen des Naturschutzes thematisiert wird (Art. 78 und 79 der Bundesverfassung).

Klimaklagen stützen sich auf Menschenrechte

Auch die Verfassungen anderer Länder und die klassischen Menschenrechtskonventionen erwähnen den Klimaschutz in aller Regel nicht explizit. Wenn man sich heute weltweit immer häufiger für einen besseren Schutz des Klimas auf Verfassungsrecht stützt, sind es deshalb vielfach nicht besondere Bestimmungen zum Klimaschutz, sondern die Menschenrechte, die als Grundlage dienen.² Das ist wiederum erstaunlich, weil die wenigsten Verfassungen ein explizites Menschenrecht auf ein intaktes Klima kennen.³ In vielen Klimaklagen werden die klassischen Grundrechte wie das Recht auf Leben, das Verbot der erniedrigenden oder grausamen Behandlung, das Recht auf Familienleben oder Persönlichkeitsentfaltung und der Schutz vor Diskriminierungen angerufen. Eine immer wichtigere Rolle spielt auch der Schutz des Eigentums, wenn beispielsweise durch Wetterextreme Grundeigentum zerstört wird. Die klagenden Personen machen in diesen Verfahren geltend, dass sie in ihren fundamentalen Rechten verletzt seien, da der Staat zu wenig für den Klimaschutz unternommen habe. Diese Behauptung stellt die Gerichte vor grosse Herausforderungen, denn die Menschenrechte und der individuelle Menschenrechtsschutz wurden ursprünglich nicht darauf ausgerichtet, Schutz vor den Gefahren eines globalen Phänomens zu bieten. Das lässt sich an verschiedenen Grundkonzepten des Menschenrechtsschutzes aufzeigen.

- 2 Eine prominente Ausnahme ist der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021, der sich nicht primär auf die Menschenrechte, sondern auf eine Staatszielbestimmung in Artikel 20a Grundgesetz stützt. Dieser lautet: «Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmässigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Massgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.»
- 3 Eine der wenigen Ausnahmen ist die portugiesische Verfassung, die in Art. 66 ein Recht auf eine gesunde Umwelt vorsieht.



Die «Climate Litigation Database» des Forschungsprojekts «Climate Rights and Remedies» (siehe unten) sammelt und beschreibt Klimaklagen, die sich auf die Menschenrechte berufen.

Die Probleme sind global, die Gerichte regional oder national

Menschenrechtsverletzungen können immer dort eingeklagt werden, wo sie von einem Träger staatlicher Gewalt ausgehend angeblich passiert sind. Wenn zum Beispiel der türkische Staat Oppositionelle ins Gefängnis steckt, sind primär türkische Gerichte und erst sekundär eine internationale Instanz wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zuständig. Doch welches Gericht ist die richtige Instanz, wenn es um die Beurteilung eines globalen Problems geht? Welche staatlichen Unterlassungen kann dieses Gericht berücksichtigen? Kann etwa eine Irakerin, die bei einer durch die Klimaerwärmung bedingten Überschwemmung in ihrem Heimatland ihr Haus verloren hat, Polen wegen der jahrzehntelangen CO₂-Emissionen aus dem Kohleabbau für ihren Verlust verantwortlich machen?

Grundsätzlich kann nur jemand, der direkt in seinen Menschenrechten verletzt worden ist, diese auch vor einem Gericht einklagen. Von der Klimaerwärmung sind wir alle betroffen. Es gibt allerdings grosse Unterschiede. Die Inselbewohnerin von Vanuatu ist in ihren Lebensgrundlagen bedroht, wenn der Meeresspiegel ansteigt; ältere Frauen in unseren Breiten sind von Hitzesommern stärker betroffen als andere Bevölkerungsgruppen; Kinder werden die Auswirkungen des Klimawandel stärker zu spüren bekommen, weil sie noch fast ihr ganzes Leben vor sich haben. Die verfassungsrechtlich spannende Frage ist hier, ob die Bedrohung im konkreten Fall stark genug ist, damit ein Gericht diese Personen als Opfer einer angeblichen Menschenrechtsverletzung akzeptiert.

Résumé

La communauté internationale lutte pour trouver des compromis afin d'endiguer le changement climatique. Pendant ce temps, les émissions de CO₂ et les températures continuent d'augmenter à l'échelle mondiale. De nombreuses personnes se sentent menacées de manière existentielle par le changement climatique et font donc appel aux tribunaux au niveau national et international. Elles s'appuient pour cela sur les droits humains inscrits dans les constitutions.

Les tribunaux sont ainsi mis au défi par ce que l'on appelle désormais les plaintes climatiques. Des questions fondamentales de justice à travers l'espace, le temps et les générations se posent. Au niveau international, l'une des problématiques concerne la responsabilité historique du « Nord global » aisé – qui doit sa prospérité entre autres à de fortes émissions de CO₂ – vis-à-vis du « Sud global » plus pauvre, qui sera durement touché par les effets du changement climatique. Les tribunaux peuvent-ils combler le vide juridique créé par le manque d'action de la communauté internationale ? Sont-ils la bonne instance pour déterminer rapidement et efficacement des instruments de lutte contre le changement climatique ? Peuvent-ils s'appuyer avant tout sur la Constitution ? Les droits humains sont-ils suffisamment définis pour qu'on puisse en déduire des orientations d'actions de lutte contre le changement climatique ?

Ces grandes questions relevant de la philosophie du droit manquent encore de réponses qui tiennent compte autant que possible des préoccupations légitimes des personnes concernées, sans pour autant surcharger les tribunaux et saper leur légitimité.

Die Gerichte müssen lernen, mit wissenschaftlich komplexen Berichten umzugehen

Der Umgang mit wissenschaftlichen Fragen ist für die Gerichte nichts grundsätzlich Neues. Beispielsweise müssen Richterinnen immer wieder psychiatrische Gutachten lesen, um die Schuldfähigkeit eines Täters zu beurteilen. Auch in Menschenrechtsfällen spielen ärztliche Gutachten eine zentrale Rolle, beispielsweise wenn eine Person geltend macht, dass sie im Polizeigewahrsam misshandelt worden ist. Aber beim Klimawandel kommt qualitativ wie quantitativ schwierigeres wissenschaftliches Material auf die Gerichte zu. Da wird in verschiedenen Szenarien gerechnet, gewisse Aspekte sind wissenschaftlich wenig geklärt. Die Berichte sind zum Teil in einer Sprache abgefasst, die für Richterinnen nur schwer zu verstehen ist. Und es ist viel Material.

In jedem Verfahren spielt die Beweislast eine zentrale Rolle. Sie betrifft die Frage, wer was zu beweisen und wer die Folgen einer Beweislosigkeit zu tragen hat. In Menschenrechtsfällen müssen in der Regel die Kläger beweisen,

dass ihre individuellen Rechte vom Staat verletzt worden sind. Das ist bei behaupteten Unterlassungen grundsätzlich schwierig. Für die Klimaklagen heisst das konkret, dass die Klägerinnen beweisen müssen, dass der Staat aufgrund seiner menschenrechtlichen Verpflichtung mehr für den Schutz des Klimas hätte leisten müssen, als er es getan hat. Die internationalen Vorgaben im Klimarecht sind aber eher vage. Zudem müssen die Kläger auch den Nachweis dafür erbringen, dass das Unterlassen des Staates kausal war für den Eintritt der Menschenrechtsverletzung. Die Gerichte werden die heikle Frage beantworten müssen, ob sie konkrete Handlungsanweisungen aus den Menschenrechten ableiten und wie streng sie es mit der Kausalität nehmen wollen.

In aller Regel versucht ein Gericht, mit einer konkreten Anweisung oder einer finanziellen Entschädigung in Form eines Schadenersatzes oder einer Genugtuung eine Menschenrechtsverletzung wiedergutzumachen. Wenn jemand zu Unrecht im Gefängnis sitzt, soll diese Person unverzüglich freigelassen werden. Wenn jemand misshandelt worden ist, erhält diese Person eine Geldsumme für die erlittene Unbill. Aber was sollen die Gerichte in einem Klimaprozess anordnen? Was könnte beispielsweise der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Falle der Klimaseniorinnen⁴ sinnvollerweise anordnen, damit die älteren Frauen besser vor den Auswirkungen des Klimawandels in den Hitzesommern geschützt werden?



«Goodbye Morteratschgletscher»: Klimaseniorinnen bei einer Aktion des Ja-Komitees zum Klimaschutz-Gesetz im Val Morteratsch in Pontresina. Aufnahme vom 20. Mai 2023.

4 Klimaseniorinnen u.a. c. Suisse, no. 53600/20, zurzeit (Oktober 2023) hängig vor der Grossen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.

Klimakläger:innen auf dem Weg zum Gerichtsgebäude in Helena, Montana. Im Fall «Held vs. Montana» klagten 16 Kinder und Jugendliche auf ihr Recht für eine saubere und gesunde Umwelt. Es ist die erste klima-bezogene Verfassungsklage, die in den USA vor Gericht ging. Im August 2023 wurde erstinstanzlich zugunsten der Klagenden entschieden.



Können Gerichte in der Bekämpfung der Klimakrise in die Bresche springen?

All diese Fragen zeigen, dass die Gerichte bei den Klimaklagen herausgefordert sind. Es stellen sich fundamentale Gerechtigkeitsfragen über Raum und Zeit und über die Generationen hinweg. Auf der internationalen Ebene betrifft eine der schwierigen Fragen die historische Verantwortung des reichen globalen Nordens, der seinen Wohlstand unter anderem einem hohen CO₂-Ausstoss verdankt, gegenüber dem ärmeren globalen Süden, der von den Auswirkungen des Klimawandel hart getroffen sein wird. Können die Gerichte hier ein rechtliches Vakuum füllen, das durch ein Handlungsdefizit der internationalen Gemeinschaft entstanden ist? Sind Gerichte die richtige Instanz, um schnell und effizient Instrumente gegen den Klimawandel festzulegen? Können sich die Gerichte dabei vor allem auf die Verfassung stützen? Sind die Menschenrechte genügend bestimmt, um aus ihnen Handlungsanweisungen im Kampf gegen den Klimawandel abzuleiten? Auf diese grossen rechtsphilosophischen Fragen müssen noch Antworten gefunden werden, welche die berechtigten Anliegen der betroffenen Menschen so gut wie möglich berücksichtigen, ohne dabei die Gerichte zu überfordern (siehe «Forschungsprojekt» unten).

Forschungsprojekt

Seit 2020 läuft an der Universität Zürich, geleitet von Helen Keller und Corina Heri, das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt «Climate Rights and Remedies» (www.climaterights.uzh.ch/en.html). Im Projekt werden die grossen Fragen zum Verhältnis von Klimakrise und Verfassung untersucht: Wie werden Klimaklagen vor internationalen und regionalen Menschenrechtsgremien beurteilt? Sind Gerichte die richtige Instanz, um schnell und effizient Instrumente gegen den Klimawandel festzulegen? Können sie sich dabei auf die Verfassung stützen? Inwieweit sind Menschenrechte in der Lage, die der Klimakrise zugrunde liegenden Ideologien, Werte und Systeme zu ändern?

Literatur

- Keller, Helen und Corina Heri (2022): The Future is Now: Climate Cases Before the European Court of Human Rights, in: *Nordic Journal of Human Rights* 40,1, S. 153–174. <https://doi.org/10.1080/18918131.2022.2064074>
- Keller, Helen und Corina Heri (2022): Klimagerechtigkeit durch Klimaklagen? Eine kritische Analyse aus menschenrechtlicher Sicht, in: *juridikum* 83,1, S. 83–93. <https://doi.org/10.33196/juridikum202201008301>
- Mayer, Benoit (2021): Climate Change Mitigation as an Obligation Under Human Rights Treaties?, in: *American Journal of International Law* 15,3, S. 409–451. <https://doi.org/10.1017/ajil.2021.9>

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8239437>

Zur Autorin

Helen Keller ist ordentliche Professorin am Institut für Völkerrecht und ausländisches Verfassungsrecht an der Universität Zürich. Von 2011 bis Dezember 2020 amtierte sie als Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, seit Ende 2020 als Richterin am Verfassungsgericht von Bosnien-Herzegowina. 2018 wurde sie von der Universität Fribourg mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet, 2020 erhielt sie den Anerkennungspreis der Stiftung für abendländische Ethik und Kultur, 2021 als erste Schweizerin den renommierten Madame de Staël-Preis der All European Academies.



Bildessay

La Constitution en chair et en os

Images : Dominic Büttner

Texte : Fabienne Jan

Curation : Howald Biberstein

La Constitution fédérale lue dans les quatre langues nationales par 175 personnes pour célébrer les 175 ans de son entrée en vigueur. Telle est l'idée de base du projet multimédia « Constitutio » du cinéaste Dominic Büttner. Une manière de faire vivre la Constitution, de lui prêter une voix polyphonique et un visage aux multiples facettes, rendant ainsi hommage à la diversité de la population du pays. On y voit une enfant, un sportif en chaise roulante, une pasteure, un boucher, une femme en habit traditionnel, un quincaillier, une musicienne. Bref, des gens comme vous et moi, d'ici ou d'ailleurs, au milieu desquels figurent aussi quelques têtes connues du monde politique, économique ou culturel. Car la Constitution, c'est notre socle commun, à nous toutes et tous.

Mais dans ces vidéos, nous aurions tort de ne voir que des citoyen·ne·s, lambda ou pas, la brochure rouge à la main, plus ou moins à l'aise devant la caméra. Les arrière-plans comptent peut-être autant que les lecteurs et lectrices. Ici une cuisine, un bistrot, une salle communale, une forêt, une place publique, là une chambre à coucher, une piscine, une cabane de chasse, une salle de musée, un compartiment de train CFF. Au final, c'est une image du pays tout entier qui émerge, un document de la vie en Suisse dans les années 2020, comme le dit D. Büttner.

Die Bundesverfassung von 175 Personen in den vier Landessprachen vorgelesen, um ihr 175-Jahr-Jubiläum zu feiern. Dies ist die Grundidee des Multimediaprojekts «Constitutio» von Filmemacher Dominic Büttner. Die Verfassung wird auf diese Weise zum Leben erweckt, ihr werden Stimmen und Gesichter verliehen, womit gleichsam die Vielfalt der Bevölkerung gewürdigt wird. Zu sehen sind ein Kind, ein Sportler im Rollstuhl, eine Pastorin, ein Metzger, eine Frau in Tracht, ein Eisenwarenhändler, eine Musikerin. Kurz: Menschen wie Sie und ich, von hier oder von anderswo, wobei auch einige bekannte Köpfe aus der Politik, der Wirtschaft oder der Kultur darunter sind. Denn die Verfassung ist die gemeinsame Grundlage für uns alle.

Wir täten aber Unrecht, in den Videos nur mehr oder weniger durchschnittliche Bürgerinnen und Bürger zu sehen, die sich, mit der roten Broschüre in der Hand, vor der Kamera mal wohler und mal weniger wohl fühlen. Denn vielleicht ist das, was im Hintergrund zu sehen ist, genauso wichtig wie die Leser und Leserinnen im Vordergrund. Hier eine Küche, ein Bistro, ein Gemeindesaal, ein Wald, ein öffentlicher Platz, dort ein Schlafzimmer, ein Schwimmbad, eine Jagdhütte, ein Museumsraum, ein SBB-Zugabteil. Am Ende entsteht ein Bild des ganzen Landes, «ein Zeitdokument des Lebens in der Schweiz der 2020er-Jahre», wie es Dominic Büttner formuliert.



constitutio.ch



Artikel 14

Recht auf Ehe und Familie



Artikel 74
Umweltschutz

Article 53
**Existence,
statut et territoire
des cantons**





Artikel 20

Wissenschaftsfreiheit



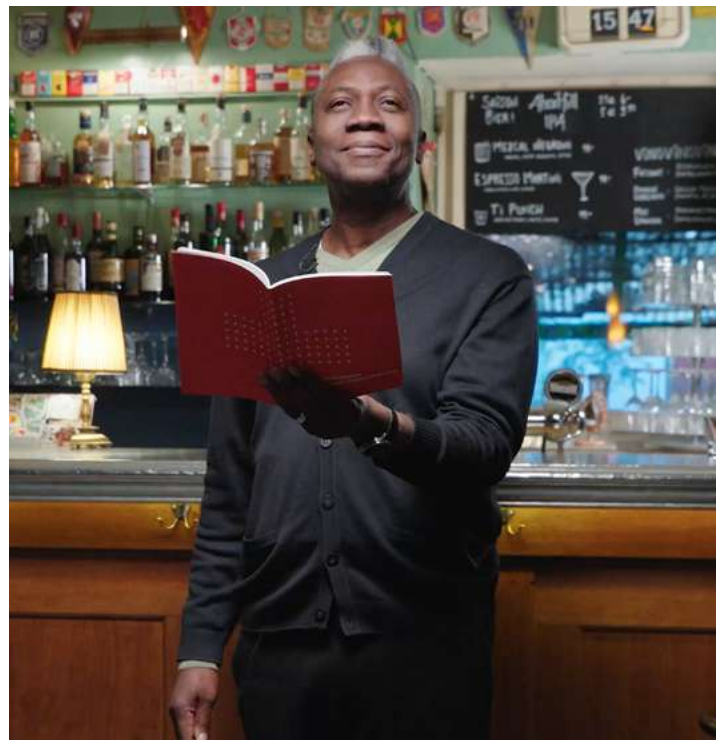
Articolo 38

**Acquisizione e perdita
della cittadinanza**



Artitgel 7

Dignitad umana



Artikel 187

**Weitere Aufgaben
und Befugnisse**



Article 5
**Principes de l'activité
de l'État régi par le droit**



Artikel 118
Schutz der Gesundheit



Artikel 8
Rechtsgleichheit



Article 110
Travail



Artitgel 55

**Cooperaziun dals chantuns a
decisiuns da la politica exteriura**

Artikel 27

Wirtschaftsfreiheit





Article 77

Forêts

The Power of an Image

How cartoons championed and criticised the Constitution in the Weimar Republic

Laura Petersen

Images are powerful tools for social commentary, legal critique and political expression. During the period of the Weimar Republic in Germany, the cartoon genre became an important medium to support and satirise the new Constitution. Mixing irony with imagery, cartoon artists contributed to a visual legal imagination that went beyond the formal texts of law and politics.

The popular print media flourished in Germany's Weimar Republic (1919–1933), particularly the genre of illustrated satirical journals. One of the most famous of these journals, *Simplicissimus*, founded in 1896, was situated in the political centre by the time of the Weimar years, with a readership that was 'loyal but unenthusiastic'¹ towards the new republic and thus the new Constitution. Karl Arnold was one of the leading cartoonists at *Simplicissimus*. In this short essay, I use a close reading of four of his cartoons to give a brief glimpse into the visual history of the Weimar Constitution. This is only a snapshot of my research on the subject, as there were many other artists – and many other journals from across the political spectrum – who also published satirical images and caricatures relating to the Constitution, its defenders and its enemies.

This research into legal cartoons is part of my broader research project exploring how visual art media functioned during the Weimar Republic. My aim is to interrogate the context and creation of images in different forms, their materials, and their meanings in order to understand how law and politics worked outside of formal institutional spaces at the time. To create a moment of recognition in the reader, a cartoon relies on the synthesis of its three elements – the title, the caption and the drawn image. In the same way, my method of analysing Arnold's work is to examine the complex interaction between theme, text, line and colour that emerges from his cartoons.

The threat of article 48

Promulgated in August 1919, the party pluralist Constitution of the Weimar Republic included a strong role for the President, who was to be elected separately to the Parliament (article 41). The President had broad emergency powers under article 48, which meant they could suspend constitutional rights on the basis of 'public security and order' (par. 2). Article 48 was used at various times by President Ebert and often by President Hindenburg. It was, of course, a decree based on article 48 which was then used by Hitler in 1933 and caused the end of the Weimar Republic itself.

The threatened use of article 48 as a theme in the satirical journals blossomed during various events in the life of the Republic. *Simplicissimus* ran a cartoon by Karl Arnold on

1 Ann Taylor Allen, *Satire and Society in Wilhelmine Germany: Kladderadatsch and Simplicissimus, 1890-1914* (University Press of Kentucky, 1984) 207.

article 48 on the cover of an April 1930 issue. After a financial reform bill put up by Chancellor Heinrich Brüning was rejected by the Parliament, Brüning called upon President Hindenburg to invoke article 48. Karl Arnold's cartoon *The Young Parliamentarism* (1930) shows the green shoots of a young girl-as-a-tree emerging out of the ground. The caption reads 'Barely flowering – already the destructive article 48 approaches!' The slender tree is swaying under the weight of supporting a flock of vocal birds (presumably various politicians) and is facing off against the large, grey, hooded male executioner who is labelled 'article 48'. With slits for eyes, brandishing an axe and a saw, it is clear Arnold's pictorial depiction of article 48 is meant as a warning regarding its potential to cut down the fledgling beginnings of parliamentarism. In a light touch, some of the birds are perching on the letters within the masthead *Simplicissimus*. This dissolves the boundary between the masthead and the cartoon, showing how the journal also provided a platform and refuge for different voices.



Karl Arnold, 'Der junge Parlamentarismus [The Young Parliamentarism]' *Simplicissimus*, Vol 35, Issue 5, p. 49, 28 April 1930.

The following year, Arnold revisited the same theme of parliamentarism as a tree, and article 48, with the cover image *The Last Democrat* (1931). Depicting an elderly man sitting on a pile of leaves at the side of a grave, the epitaph on the gravestone reads: 'Here Lie Democracy and Parliamentarism. Born 1848; Died from Article 48' and includes a caption from an old sentimental folk song to the effect that 'In this world the sweetest place I know, is the grassy bank my parents sleep below'.² The falling motion of the dead golden leaves, and their slow accumulation against the grey background, contribute to an impression of quiet melancholy and a prescient sense of foreboding.



Karl Arnold, 'Der letzte Demokrat [The Last Democrat]' *Simplicissimus*, Vol 36, Issue 27, p. 313, 5 October 1931.

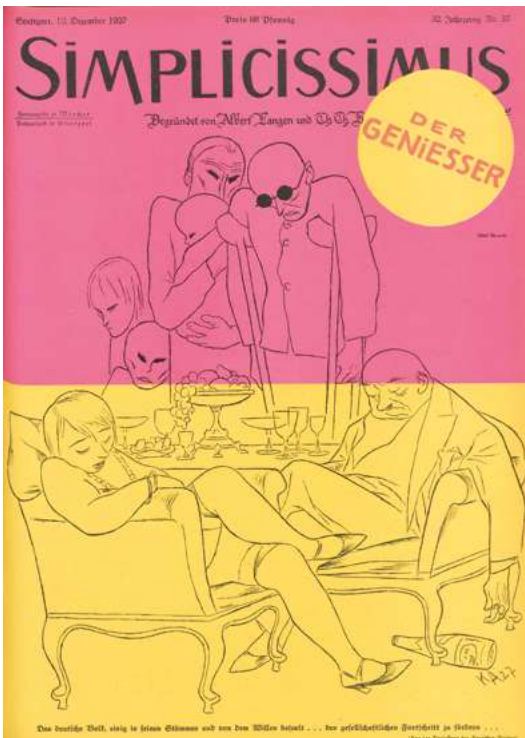
Constitutional aims vs. every day reality

Another common mode of critique of the Constitution was the visual demonstration of the contrast between its ambitious wording and the reality of life on the streets. Following on from his series of *Berliner Bilder* cartoons satirising Berlin life, Arnold's *The Connoisseur* (1927) offers a stark reminder of the disparity in living standards. Arnold uses a quotation from the Preamble to the Constitution as an ironic caption:

² Translation by: W. A. Coupe, *German Political Satires from the Reformation to the Second World War – Part 3: 1918-1945* (Commentary) (Kraus International Publications, 1985) 196.

‘The German people, united in its tribes [in seinen Stämmen] and inspired by the will... to further social progress’. The page is divided in two, with the title of the cartoon in the same non-serif font as the masthead. The lowercase ‘i’ amidst the capital letters emphasises the incongruity of the circumstances depicted in the cartoon underneath.

In the top half of the page, Arnold draws two thin children, plus a mother with a baby, and a man on crutches (a repeat figure from Arnold’s *Berlin* series). They are all huddling together, all straight lines, with their suffering represented by smudged black slits for their eyes. The man on crutches is grimacing, and his glasses are completely blacked out, whilst the woman is barely recognisable as a person, her features subsumed into angular creases of worry. In contrast, the bottom half is the opposite – two figures sprawling on their comfortable chairs, resting after a feast; the man in a suit, rings on his hand, with the pudgy neck of the well-to-do. The younger woman, also wearing jewellery, is lounging across the furniture and appears relaxed, with her stockings visible – possibly suggesting she is a prostitute. The scene is full of abundance and decadence. Both figures are asleep, which seems to be a pointed way for Arnold to demonstrate the way the industrial and upper classes needed to literally ‘wake up’ and open their eyes to the inequality which surrounded them. Noticeably, the black, red, and gold colours of the republic are also given a twist in this cartoon. Shown as a pink at the top, with the lines and masthead in black, and the gold turned into a lighter yellow – all washed out and dulled – this front cover becomes a striking visual metaphor for the similarly fading hopes of a fairer and more equal society under the new Constitution.



Karl Arnold, ‘Der Geniesser [The Connoisseur]’
Simplicissimus, Vol 32, Issue 37, p. 497, 12 December 1927.

Résumé

*Sous la République de Weimar (1919-1933), la presse populaire allemande a connu un âge d’or, en particulier le genre des magazines satiriques illustrés. L’un des plus célèbres de ces magazines, *Simplicissimus*, fondé en 1896, se situait au centre de l’échiquier politique dans les années de Weimar, avec un lectorat loyal mais peu enthousiaste envers la nouvelle république et donc la nouvelle constitution. Karl Arnold était l’un des principaux caricaturistes du *Simplicissimus*. À travers quatre de ses caricatures, cet article donne un aperçu de l’histoire visuelle de la Constitution de Weimar.*

L’analyse précise de ces « images de la constitution » permet une approche analytique qui va au-delà du texte. S’y intéresser, c’est réfléchir avec esprit critique à la manière dont les images façonnent la représentation populaire du droit. Car le simple fait de tracer une ligne n’est parfois rien de moins qu’une évocation complexe du pouvoir de l’image dans tous les domaines de l’art, du droit et de la politique.

Subversive washed out colours

My final example also uses a prominent choice of colour to make an immediate impact. It is the cover page of the 12 March 1933 issue. Hitler is Chancellor and the ‘Reichstag Fire Decree’ (‘Reichstagsbrandverordnung’) had been enacted by President Hindenburg using article 48 at the end of February, which indefinitely suspended most civil liberties. In addition, during the night of 10 March, SA troops ransacked the editorial offices of *Simplicissimus*, and in the following weeks, the editors were put under extreme pressure and forced to sign assurances designed to neutralise the journal. Franz Schoenberner left Germany, and Thomas Theodor Heine went into hiding, and then also emigrated. Karl Arnold and others stayed on, and the journal continued to be printed, but *Simplicissimus* no longer took a critical stance.

Before these events, however, Arnold's cover cartoon challenges the ascendancy of the NSDAP. Titled *On the Constitution of the German Reich*, the caption ironically quotes article 1: 'The German Reich is a republic. The state power is derived from the people' as well as article 3 'The colours of the Reich are black – red – gold.' However, on this front page, the only colours are a washed-out red/pink, white and black. Arnold deliberately does not include the Weimar Republic colours and flag in the image, suggesting that they have simply been erased, which also shows the continuity and complicity between supporters of the Imperial regime and the NSDAP. Here, Arnold creates a new version of the merchant flag,³ depicting a red flag with the Nazi *Hakenkreuz* in the centre and the Imperial flag in the corner. This dominance is emphasised through the two cherubs who are holding up the flag, with one doing the Heil Hitler salute, the other (with the sword and Imperial helmet) acquiescing.



Karl Arnold, 'Zur Verfassung des Deutschen Reiches [On the Constitution of the German Reich]' *Simplicissimus*, Vol 37, Issue 50, p. 589, 12 March 1933.

The third figure is a young 'Deutscher Michel' – often used to depict the German people, recognisable by his nightcap – kneeling and praying with a lock on his mouth, his voice taken away, with the newspaper under his arm similarly silenced. In a form of visual wordplay, the ballot box ('die

Wahlurne' – or literally translated: the voting urn) is shown here as a funeral urn. It is revealed by the cherubs to be padlocked and closed off, signalling the death of the democratic republic. The cherubs pulling away the flag represents a form of lifting of the veil, referencing the traditional religious connotations of drapery showing the passage from the earthly realm to the next. Here, the lifting of the veil shows Arnold's despair at the country's transition to Nazi rule.

Zusammenfassung

In der Weimarer Republik (1919–1933) erlebte die populäre Presse in Deutschland eine Blütezeit, insbesondere das Genre der illustrierten Satirezeitschriften. Eine der bekanntesten dieser Zeitschriften, der 1896 gegründete «Simplicissimus», war in den Weimarer Jahren in der politischen Mitte angesiedelt, mit einer Leserschaft, die der neuen Republik und damit der neuen Verfassung «loyal, aber wenig enthusiastisch» gegenüberstand. Karl Arnold war einer der führenden Karikaturisten des «Simplicissimus». Anhand von vier seiner Karikaturen gibt dieser Beitrag einen Einblick in die visuelle Geschichte der Weimarer Verfassung.

Die genaue Analyse von «Verfassungsbildern» ermöglicht einen analytischen Zugang, der über den Text hinausgeht. Sich mit ihnen zu beschäftigen bedeutet, kritisch darüber nachzudenken, wie Bilder unsere populäre Rechtsvorstellung prägen. Denn das einfache Zeichnen einer Linie ist mitunter nicht weniger als eine komplexe Beschwörung der Macht des Bildes in allen Bereichen der Kunst, des Rechts und der Politik.

3 The second sentence of Article 3 of the Weimar Constitution stated that the merchant flag shall retain the imperial colours of black, white and red, and include the new national flag (black, red, gold) in the top corner.

The politics of representation

Seen through these four cartoons, Karl Arnold demonstrates an approach to the Constitution in *Simplicissimus* which was characterised by mild support and social satire – an approach perhaps representative of the majority of the middle class who were its readers. His warnings regarding article 48 and his concern about the inequality on the streets escalate to the powerful cover image in March 1933, lamenting the silencing of the people, the press and the Parliament. As a result, in this final cartoon, we clearly see some of the competing uses of the image in the Weimar Republic. The use of colour and the literal as well as allegorical representation of the flags directs us to think about the importance of images, symbols and visual artefacts for all sides of politics – and their crucial role as a tool for support, critique and propaganda within and outside the political and legal establishments.

The Weimar Republic was the first time Germany was a republic with a representative democracy. In today's democracies (and beyond), the dynamic nature of images and their potential cannot be understated. Representative politics today continues to be characterised by a similar politics of representation to the Weimar Republic – images have become political and legal forces unto themselves. Focusing on cartoons dealing with the Weimar Constitution is a history lesson that has tangible implications for how we view our present-day constitutions. It means thinking deeply and critically about the work of images in fostering and shaping our popular legal imagination; it compels analysis that goes beyond a text-based approach and centres on different forms of cultural expression. The simple drawing of a line is a complex invocation of the power of an image – historically and today – across all realms of art, law and politics.

References

- Achilles, Manuela (2010): With a Passion for Reason: Celebrating the Constitution in Weimar Germany, in: *Central European History* 43,4, pp. 666-689. <https://www.jstor.org/stable/40962732>
- Allen, Ann Taylor (1984): *Satire and Society in Wilhelmine Germany: Kladderadatsch and Simplicissimus, 1890-1914*, Univ. Press of Kentucky.
- Coupe, William A. (1985): *German Political Satires from the Reformation to the Second World War – Part 3: 1918-1945 (2 Vols – Commentary and Plates)*, Kraus Int. Publications.
- Zeiler, Frank (2016): *Verfassungsbildsatiren zwischen Republikfeindschaft, Vernunftrepublikanismus und Republiktreue*, in: Thomas Vormbaum (ed.): *Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte*, pp: 395-435

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8289054>

About the author

Laura Petersen is a Postdoctoral Research Fellow at the Institute for Interdisciplinary Legal Studies at the University of Lucerne. Her research is cross-disciplinary, integrating approaches to jurisprudence with aesthetics. She is currently working on her postdoctoral project on law and art in the Weimar Republic as part of the SNSF-funded project «Imagining Justice: Law, Politics and Popular Visual Culture in Weimar Germany» led by Steven Howe.



Verfassung als gesellschaftlicher Prozess

Entwicklungen im Nahen Osten

Shirin Naef

Der Konstitutionalismus verbreitete sich von Westeuropa aus über die ganze Welt und brachte eine Vielzahl unterschiedlicher Regierungsformen hervor. Doch ist der Weg zum demokratischen Verfassungsstaat lang. Die Verfassungsgeschichte der Staaten im Nahen Osten zeigt, wie komplex gesellschaftliche Verfassungsprozesse sind.

Seit der Amerikanischen und der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts ist die Verfassung zum zentralen Merkmal des modernen Staates geworden. Sie ist das grundlegende Dokument für die Ausgestaltung eines Staates und seiner Institutionen sowie die Basis für andere Gesetze und Entscheidungen, die ihr nicht widersprechen sollten.

Der Begriff «Konstitutionalismus» beschreibt den Prozess der Begrenzung politischer Macht durch das Recht mittels Verfassungsnormen. Seine wichtigsten Merkmale sind zum einen die Forderung nach Begrenzung politischer Herrschaft und zum anderen die Rechtsstaatlichkeit.

Geprägt durch die englische Verfassungsentwicklung seit dem 17. Jahrhundert ist der Konstitutionalismus integraler Bestandteil der Idee der modernen liberalen Demokratie. Er begrenzt die Macht der Regierung, zum Beispiel durch eine nicht kodifizierte Verfassung und ein Gesetzeswerk (wie in England) oder durch eine kodifizierte Verfassung (wie in den Vereinigten Staaten).

Der Weg zum demokratischen Verfassungsstaat ist lang

Die Geistesgeschichte des Konstitutionalismus in Europa ist eine der reichsten Erfahrungen der menschlichen Kultur und eine der wichtigsten Quellen des politischen Denkens, der Sozial- und Rechtsgeschichte sowie der Rechtsphilosophie. Die Magna Carta von 1215, die wichtigste Quelle des englischen Verfassungsrechts, ist das erste Dokument, das den Grundsatz festschrieb, dass der Kaiser und seine Regie-

Résumé

L'évolution du constitutionnalisme en Europe est l'une des expériences les plus riches de la culture humaine et l'une des sources les plus importantes de la pensée politique, de l'histoire sociale et juridique et de la philosophie du droit.

En Europe, d'importantes avancées du constitutionnalisme, comme la protection par des bases juridiques des droits et des libertés contre les souverains et, finalement, l'émergence de l'État moderne, ont eu lieu au cours du processus de sécularisation du XIII^e au XIX^e siècle. Ce processus s'est répandu dans le monde entier à partir de l'Europe occidentale et a donné naissance à une multitude de formes de gouvernement différentes. Cependant, le chemin vers la démocratie libérale, l'État constitutionnel démocratique et le respect des droits fondamentaux est long et sinueux. Pour mieux comprendre la structure normative des constitutions, le défi qu'elles représentent et la manière dont elles façonnent l'avenir, il est nécessaire de connaître les arrière-plans historiques et culturels de l'histoire constitutionnelle.

Les exemples de la Turquie, de l'Iran, d'Israël et de l'Afghanistan donnent un aperçu de la complexité juridique et politique des constitutions. Nous pouvons observer une multitude de systèmes juridiques interdépendants : droit religieux, droit coutumier, fragments de culture juridique européenne ou encore droit constitutionnel. La dynamique de ces interactions est évidente au niveau de la pratique juridique, qui avant tout régle la répartition et la limitation du pouvoir politique et économique, mais qui ne garantit pas totalement les droits de l'homme et les libertés fondamentales.

rung nicht über dem Gesetz stehen. Durch die Verankerung des Rechts als unabhängige Gewalt wurden der königlichen Autorität Grenzen gesetzt und die politischen Freiheiten des Adels sowie die Unabhängigkeit der Kirche von der Monarchie garantiert. Einige Jahrhunderte später wurde die Magna Carta zum Symbol der Rechtsstaatlichkeit und zur Grundlage wichtiger Ideen in der angloamerikanischen Rechtstradition.

In Europa erfolgten wichtige Errungenschaften des Konstitutionalismus, wie der Schutz der Rechte und Freiheiten vor den Herrschern durch rechtliche Grundlagen und schliesslich die Entstehung des modernen Staates, im Zuge der Säkularisierung vom 13. bis zum 19. Jahrhundert. Dieser Prozess verbreitete sich von Westeuropa aus über die ganze Welt und brachte eine Vielzahl unterschiedlicher Regierungsformen hervor. Der Weg zur liberalen Demokratie, zum demokratischen Verfassungsstaat und zur Verwirklichung der Grundrechte war jedoch lang und verschlungen. Konstitutionalismus im oben beschriebenen Sinne ist längst nicht überall verwirklicht. In vielen Staaten ist er noch im Entstehen begriffen. Um die normative Struktur von Verfassungen, ihre Herausforderung und ihre Zukunftsgestaltung besser zu verstehen, ist es notwendig, die historischen und kulturellen Hintergründe der Verfassungsgeschichte zu kennen.

Verfassungsrechtliche Entwicklungen im Nahost

Türkei: vom liberalen Konstitutionalismus zum autokratischen Präsidialsystem

Die erste türkische Verfassung wurde im Osmanischen Reich 1876 verabschiedet und 1908 überarbeitet. An der Spitze dieser Bewegung standen eine Reihe liberaler osmanischer Bürokraten und Konstitutionalisten. Die heutige Türkei ist eine Präsidialrepublik, die 1923 von Mustafa Kemal Atatürk als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches gegründet wurde. Nach mehreren Verfassungsänderungen infolge eines Militärputsches wurde die Verfassung von 1982 zur neuen Verfassung des Landes. Seit der Gründung der Republik ist die Türkei laizistisch und kemalistisch geprägt. Die letzte grosse Änderung der türkischen Verfassung wurde 2017 durch ein Verfassungsreferendum vorgenommen. Die Türkei wurde von einer säkularen Republik in ein autokratisches Präsidialsystem mit islamischen Zügen umgewandelt, was das Land vor neue Herausforderungen stellte. Die Machtposition des amtierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wurde dadurch gestärkt.

Iran: von der konstitutionellen parlamentarischen Monarchie zu den aktuellen Protestbewegungen

Die konstitutionelle Revolution im Iran führte zur Verabschiedung der ersten iranischen Verfassung und zur Gründung des ersten iranischen Nationalparlaments im Jahr 1906. Trotz zahlreicher Hindernisse für die Gesetzgebung prägte dieses erste Parlament ein nationales Bewusstsein, das sich auf die Rechtsstaatlichkeit und die Institutionen des neuen Staates stützte. Dies löste einen Staatsbildungsprozess aus, der bis in die 1940er-Jahre zur Entwicklung eines modernen Rechtssystems im Iran führte. Die Verfassungsrevolution wurde als eine urbane und populäre Bewegung betrachtet, die durch die aktive Präsenz von Kaufleuten, islamischen Rechtsgelehrten, liberalen Verfassungsrechtlern und Intellektuellen ermöglicht wurde. Diese Bewegung beendete endgültig die absolute und uneingeschränkte Macht des Schahs und machte aus dem Iran eine konstitutionelle parlamentarische Monarchie. Die Pahlavi-Dynastie (1925-1979) baute ein modernes Justizsystem auf und ersetzte islamisches Recht und Gewohnheitsrecht weitgehend durch staatliches Recht. Die Modernisierungsprogramme wurden jedoch von den religiösen Teilen der Gesellschaft heftig bekämpft, was zur Islamischen Revolution und zum Aufstieg Ruhollah Khomeinis sowie zur Verfassung von 1979 führte, die republikanische und islamische Elemente miteinander verband. Nach Khomeinis Auffassung repräsentiert die islamische Regierung die Herrschaft des göttlichen Gesetzes über das Volk. Die aktuelle iranische Protestbewegung «Frau – Leben – Freiheit» ist die grösste Anti-Regime-Bewegung im Iran seit der Revolution von 1979. Was mit Demonstrationen gegen den obligatorischen Hijab begann, hat sich zu einem Ruf nach Abschaffung der Islamischen Republik selbst entwickelt. Auf der Suche nach neuen Wegen denkt ein Teil der iranischen Zivilgesellschaft über eine Rückkehr zur parlamentarischen Monarchie, zum Konstitutionalismus und zur Verfassung von 1906 nach.



Die internationale Bewegung «Woman – Life – Freedom» protestiert gegen das iranische Regime. Aufnahme aus einem Protestmarsch in New York, 19. November 2022.

Israel: die ungeschriebene Verfassung

In Anlehnung an die anglo-amerikanische Rechts-tradition hat Israel eine ungeschriebene Verfassung. Seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 haben der israelische Oberste Gerichtshof und das Parlament mehrere Grundgesetze verabschiedet, die sich mit staatlichen Regelungen und Menschenrechten befassen. Ziel war es, den Wert des Staates Israel als jüdischen und demokratischen Staat im Grundgesetz zu verankern. Die Pläne der derzeitigen israelischen Regierung, das Justizsystem des Landes zu reformieren und die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs einzuschränken, sind daher auf eine Welle von Protesten und Kritik gestossen, die eine wachsende Herausforderung für den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu darstellt.

Trotz landesweiter Proteste haben die israelischen Parlamentarier das Justizreformgesetz verabschiedet. Das Gesetz entzieht dem Obersten Gerichtshof die Befugnis, Entscheidungen der Regierung aufzuheben. Es ist die erste einer Reihe umstrittener Änderungen, welche die Macht der Gerichte einschränken sollen. Das Justizreformprogramm der israelischen Regierung hat zu den grössten Protesten in der Geschichte des Landes geführt.

Afghanistan: acht Verfassungen seit 1923

Seit König Amanullah Khan 1923 die erste afghanische Verfassung verkündete, hat Afghanistan acht Verfassungen erlebt, die fast immer von Krisen, Staatsstreich und Regimewechseln begleitet waren: Von der Monarchie zur Republik, vom kommunistischen Regime zum Islamischen Staat, vom Islamischen Emirats zum Islamischen Republik – jedes Mal wurde eine neue Verfassung zur Legitimation eingeführt. Jede der beteiligten Mächte verurteilte die Vergangenheit und versprach eine neue Zukunft für das Land. Für all diese Verfassungen dienten ausländische Verfassungen als Vorlagen, die jeweils mit nur wenigen Anpassungen übernommen wurden. Dies geschah nicht im Rahmen regulärer Gesetzgebungsprozesse, sondern im Zuge politischer Machtübernahmen, was dazu führte, dass die Verfassungen und letztlich auch das Rechtssystem und die gesellschaftlichen Institutionen wenig wirksam blieben.

Die Länderbeispiele Türkei, Iran, Israel und Afghanistan mit all ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden vermitteln einen Einblick in die rechtliche und politische Komplexität von Verfassungsprozessen. Im normativen Sinne können wir eine Vielzahl miteinander in Beziehung stehender Rechtsordnungen beobachten: religiöses Recht, Gewohnheitsrecht, Fragmente europäischer Rechtskultur, Verfassungsrecht. Die Dynamik dieser Wechselwirkungen wird auf der Ebene der rechtlichen Praxis deutlich, die sich primär auf die Aufteilung und Begrenzung der politischen und wirtschaftlichen Macht auswirkt und weniger auf die Gewährleistung von Menschenrechten und Grundfreiheiten.

Tagung der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen

Eine Tagung der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen wird sich 2024 mit der Bedeutung und dem Wandel der Verfassung in der Türkei, im Iran, in Israel und in Afghanistan befassen. Die Veranstaltung soll einen neuen Zugang zur Verfassungsentwicklung und deren kulturellen und gesellschaftlichen Dynamik verfolgen und soll durch eine kulturelle Analyse der dynamischen Verfassungssysteme in den genannten Ländern theoretische und empirische Einblicke in verschiedene rechtliche und politische Normativitäten, Narrative, Orte und Symbole bieten, in denen Verfassungen reproduziert, modifiziert und praktiziert werden.

www.sagw.ch/sgmoik

Literatur

- Blokker, Paul und Chris Thornhill (2017): Sociological Constitutionalism. <https://doi.org/10.1017/9781316403808>
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2016, erstmals 1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt.
- Thiele, Alexander (2021): Der konstituierte Staat: Eine Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Frankfurt.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8362928>

Zur Autorin

Shirin Naef ist Sozialanthropologin, Dozentin an der Universität Fribourg und assoziierte Forscherin an der Universität Zürich. Zurzeit arbeitet sie an ihrem kulturwissenschaftlichen Habilitationsprojekt über die Beziehung zwischen Recht, Wirtschaft und Religion in Geschichte und Politik des Irans. Sie ist Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen.



Les mots de la recherche

Les langues dans la Constitution fédérale

Yan Greub

Langues nationales

Les langues nationales suisses, telles qu'elles sont définies par l'art. 4 de la Constitution fédérale, sont au nombre de quatre : allemand, français, italien et romanche. L'ajout du romanche à cette liste, en 1938, avait été approuvé par tous les cantons et plus de 90 % du peuple. Cela manifestait, à un moment de grande tension internationale, l'attachement des Suisses à une langue qui n'avait pas de forme écrite unitaire, qui était en concurrence sur place avec d'autres langues, dans une situation de plurilinguisme très répandu, et qui continuerait à ne pas être langue officielle (la Constitution n'a reconnu au romanche le statut de langue officielle, et pour les rapports de la Confédération avec les personnes de langue romanche seulement, qu'en 1996, avec un soutien fort, à plus de 75 %, mais un peu moins unanime tout de même).

Langues dialectales

Les langues dialectales de la Suisse n'ont pas de place dans la liste constitutionnelle (le romanche fait exception), ou plutôt elles n'apparaissent que comme une partie des ensembles « allemand », « français » et « italien », c'est-à-dire comme des dialectes de ceux-ci. La situation est paradoxale pour la Suisse romande, dans laquelle les linguistes distinguent deux ensembles dialectaux : le jurassien, appartenant à la langue d'oïl, et les autres parlers, appartenant au francoprovençal qu'ils reconnaissent comme une langue à part entière car suffisamment différente de celles qui l'entourent (*Abstandsprache*). La Constitution fédérale a trouvé une solution à ce problème en ne portant son attention que sur les langues standardisées, « langues-toit », que la Constitution de 1848 (art. 109), puis celle de 1874 (art. 116) nommaient « les trois principales langues parlées en Suisse »¹. Sauf dans les régions de langue romanche, la répartition spatiale de ces langues-toit correspond exactement à celle des parlers dialectaux, et le principe de territorialité linguistique (tacite avant la Constitution de 1999) n'est donc pas atteint par cette simplification.

Langues officielles

Le rapport entre langue officielle, d'une part, et parlers dialectaux, de l'autre, était évident en 1848 et en 1874, et la locution « langue officielle » ne fera son apparition qu'en 1938, avec sa substitution à « langue nationale » dans l'art. 107 et surtout avec l'introduction de la distinction entre les trois langues officielles et les quatre langues nationales dans l'art. 116². À ce moment, la plus grande part de la Suisse romande avait abandonné les parlers dialectaux comme premières langues de socialisation, et cela a peut-être renforcé le besoin d'une définition (ici par extension) de ce qu'est la langue officielle. Dès le moment où le romanche est introduit, cependant, la notion de « langue nationale » devient moins obvie : l'allemand, le français et l'italien sont des langues écrites et standardisées, elles existent comme langues-toit dans de vastes espaces, tandis que le romanche est défini linguistiquement comme un ensemble de variétés partageant une unité génétique. Cette (légère) irrégularité ne posera pendant longtemps aucun problème, mais c'est elle qui va refaire surface dans une discussion tout à fait récente.

-
- 1 « Les trois principales langues parlées en Suisse, l'allemand, le français et l'italien, sont langues nationales de la Confédération. »
 - 2 « L'allemand, le français, l'italien et le romanche sont les langues nationales de la Suisse. Sont déclarées langues officielles de la Confédération : l'allemand, le français et l'italien. »

Langues minoritaires

Il faut préciser que la question du rapport entre langue(s) nationale(s) et langues dialectales indépendantes de celle(s)-ci n'est pas propre à la Suisse, et qu'elle a entraîné des réponses différentes selon les pays : on sait par exemple qu'en Espagne a eu lieu récemment un grand effort de standardisation de l'asturien et du galicien (le cas du catalan est un peu différent), et que le pays connaît ainsi un rapport relativement stabilisé entre l'espagnol et ces langues minoritaires. C'est précisément ce statut de langue minoritaire que la Suisse a décidé de conférer aux ensembles dialectaux de sa partie francophone (le jurassien et le francoprovençal) lorsqu'elle les a ajoutés à la liste des langues minoritaires protégées par la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires dont elle est signataire. Cet ajout crée une nouvelle et troisième catégorie de langues, ni nationales ni officielles. Leur nouveauté, par rapport au cadre constitutionnel, ne s'arrête pas là : le francoprovençal n'est pas pour ses locuteurs et locutrices une entité au caractère évident, comme le sont les trois langues officielles ou comme l'est le romanche ; il n'a été reconnu et dénommé comme unité linguistique que par les linguistes (et tardivement). Les locutrices et locuteurs traditionnels de la langue n'avaient pas conscience de l'unité de l'ensemble et ne pouvaient pas lui donner de nom. Pour la première fois aussi, avec cette initiative de la Confédération, le principe de territorialité est atteint ; la reconnaissance du yéniche comme langue minoritaire s'appliquait à un groupe de locuteurs et locutrices sans assise territoriale propre, mais le territoire traditionnel du jurassien et du francoprovençal, pris dans leur ensemble, correspond exactement à celui du français, si bien que la répartition territoriale entre langues ne s'applique plus lorsque l'on ajoute ces deux nouvelles entités linguistiques. Le français est la langue-toit de ces deux territoires disposant d'une langue « propre » différente.

Complexification

La Suisse a dû juger qu'elle pouvait se satisfaire d'une contradiction entre la définition des langues nationales qui a cours dans sa Constitution et la définition des langues minoritaires protégées qui apparaît dans une charte européenne qu'elle a ratifiée. Mais la charte, comme la Constitution fédérale, crée des droits, et l'octroi correct de ceux-ci aux bénéficiaires est vérifié par un comité d'expert-e-s. Ce comité a indiqué nettement, dans son dernier rapport, que la signature de la charte impliquait de reconnaître le statut de langue officielle aux langues minoritaires protégées. Il précise aussi que la reconnaissance du statut de langue au francoprovençal et au jurassien implique que ces langues bénéficient d'un traitement différent de celui des dialectes allemands ou italiens. On voit que le modèle simple de la Constitution (quatre régions linguistiques, quatre langues nationales,

quatre vocabulaires nationaux pour étudier leurs dialectes) n'est plus vraiment compatible avec les obligations internationales qu'elle s'est créées. C'est sans doute que le parallélisme sur lequel reposait la formule simple et élégante de 1848 et 1874, compliquée modérément en 1938 par une première inégalité, puis développée en quatre alinéas (1996) puis en deux articles³ (1999, avec la mention du soutien aux minorités linguistiques autochtones), ne correspond plus à la réalité d'aujourd'hui : les locutrices et locuteurs dialectophones de la Suisse romande considèrent sans doute qu'ils sont bilingues, ce qui ne sera pas le cas pour la plupart des germanophones, qui ne se considèrent pas comme bilingues suisse allemand/allemand.

La contradiction constitutionnelle dans laquelle se trouve la Suisse aujourd'hui n'est pas la conséquence de décisions radicales, mais d'infléchissements successifs répondant tant bien que mal à une évolution de la situation et des besoins qu'elle entraîne.

● *Dans cette rubrique, des collaborateurs et collaboratrices des quatre Vocabulaires nationaux se penchent à tour de rôle de manière associative sur le thème du Dossier.*

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8318800>

L'auteur

Yan Greub est directeur du Glossaire des patois de la Suisse romande (GPSR-UniNE), l'un des quatre Vocabulaires nationaux, depuis 2018. Il est en outre chargé de recherche au laboratoire Analyse et traitement informatique de la langue française (ATILF) de Nancy, une unité rattachée au Centre national de la recherche scientifique (CNRS) et à l'Université de Lorraine.



3 Les art. 4 et 70.

«Eine Totalrevision zum jetzigen Zeitpunkt macht total Sinn»

*Interview mit Daniel Graf und Michel Huissoud
Fragen: Heinz Nauer und Stella Noack*

Die Volksinitiative «Update Schweiz» fordert eine Totalrevision der Bundesverfassung. Das sei keine Utopie, sondern ein moderater Vorschlag, sagen die Initianten Daniel Graf und Michel Huissoud.

Herr Graf, Herr Huissoud, was macht für Sie eine gute Verfassung aus?

G Mein Verständnis von unserer Verfassung ist ganz einfach: Sie ist ein Betriebssystem, das ein möglichst reibungsloses Funktionieren der gesellschaftlichen Ordnung sicherstellt und die Grundrechte aller Menschen garantiert. Eine gute Verfassung soll aber auch die Demokratie pflegen und weiterentwickeln. Letzteres möchte ich doppelt unterstreichen. Demokratie ist für mich eine Zielgrösse und kein Zustand, der ein für alle Mal erreicht ist. Deshalb ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie Selbstverbesserungsmechanismen in die Verfassung eingebaut werden können.

H Einverstanden. Für mich gehört zu einer guten Verfassung auch, dass sie den Spagat schafft: zwischen demokratischer Mehrheit und Minderheitenschutz, zwischen Demokratie und Föderalismus. Dazu gehört auch eine saubere Gewaltentrennung.

Ich sehe in den kantonalen Verfassungen viel Potenzial, das genutzt werden könnte

Die Verfasser der Bundesverfassung von 1848 liessen sich neben den Entwicklungen in den Schweizer Kantonen von verfassungsrechtlichen Errungenschaften in den USA und Frankreich inspirieren. Wo liegen Ihre Verfassungsvorbilder?

H Ich sehe in den kantonalen Verfassungen viel Potenzial, das genutzt werden könnte. In der Genfer Verfassung von 2012 zum Beispiel sind nicht nur die Grundrechte definiert, sondern es gibt einen zusätzlichen Artikel, der alle kantonalen Behörden und Verwaltungen anweist, alles zu tun, um diese Grundrechte zu stärken. Ein anderes Beispiel ist die Verfassung des Kantons Appenzell Ausserrrhoden, die vorsieht, dass alle 20 Jahre der Kantonsrat und die Stimmberechtigten entscheiden müssen, ob eine Totalrevision erfolgen muss. Das zwingt die Politik aus der Komfortzone.

G 2022 wurde in Chile über eine neue Verfassung abgestimmt. Der Verfassungsentwurf führte lange Zeit die Bestsellerliste der Sachbücher an. Die Vorstellung, dass die Bevölkerung die Verfassung in die Hand nimmt und liest, finde ich sehr motivierend. Ein spannendes Beispiel ist auch Ecuador, wo 2008 die Natur als Rechtssubjekt in der Verfassung verankert wurde.



Mitglieder des chilenischen Verfassungsrats posieren im Mai 2022 während der offiziellen Präsentation des Verfassungsentwurfs für ein Selfie im Nationaldenkmal der Huanchaca-Ruinen in Antofagasta, Nordchile. Der Entwurf wurde wenige Monate später abgelehnt.

Faszinierend ist auch das Beispiel der Schweiz, die mit ihren 26 föderalen Verfassungen ein wahres Demokratielabor ist. In den Kantonsverfassungen gibt es viele innovative Ansätze, die oft wenig bekannt sind. Mein Lieblingsbeispiel ist die Volksmotion, die es in den Kantonen Schaffhausen, Solothurn und Neuenburg gibt. Sie ermöglicht es der Bevölkerung, ein Anliegen direkt ins Kantonsparlament zu tragen. In einigen Kantonen können die Initiantinnen und Initianten ihr Anliegen wie gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier direkt im Parlament vortragen. Dies wäre auch ein interessanter Ansatz für die nationale Ebene.

Sie sagen, Demokratie müsse ständig weiterentwickelt und auch eingeübt werden. Reicht dafür das viel genutzte Instrument der Volksinitiative nicht aus?

H Volksinitiativen sind für mich wichtig, die Ursache aber ist die Verfassung. Was einen Genfer mit einem St. Galler verbindet, ist nicht die nächste Abstimmung, sondern die Verfassung, die festhält, dass wir alle Bürgerinnen und Bürger des gleichen demokratischen Landes sind. Die Verfassung ist der Zement, ohne den die Verwaltungen in unserem Land auseinanderfallen würden.

G Volksinitiativen als verfassungsrechtliche Teilrevisionen haben Limits. Und sie sind sehr teuer. Man kann eine einfache Kosten-Nutzen-Rechnung machen. Wie viele Initiativen müssten wir als Zivilgesellschaft machen, damit wir wirklich vorankommen? Da scheint es mir ganz rational, zu sagen: Eine Totalrevision zum jetzigen Zeitpunkt macht total Sinn.

Weshalb hat das denn nicht schon längst jemand gemacht?

G Die üblichen Verdächtigen, die in der Lage sind, Volksinitiativen zu stemmen, die Parteien, Dachverbände und grossen Organisationen, sind eher auf parlamentarisches Lobbying ausgerichtet. Die übergeordneten grossen Würfe sind weniger ihr Feld.

Wir haben den Verdacht, dass es sich bei «Update Schweiz» eher um ein Demokratieexperiment zur Anregung einer öffentlichen Diskussion handelt als um den ernsthaften Versuch einer Totalrevision.

H Wir meinen es total ernst.

G Wir glauben fest daran, dass wir nicht nur die nötigen Unterschriften zusammenbringen, sondern auch eine Volksabstimmung gewinnen können. Zudem sind wir in der Lage, neue, breite Allianzen zu organisieren, die ein Interesse daran haben, den Prozess einer Totalrevision in Gang zu bringen.

Wer ist «wir»?

G Für unsere Initiative sind die Plattform «Wecollect», die ich 2015 gegründet habe, und die «Stiftung für direkte Demokratie» ein wichtiger Anker. Für «Update Schweiz» wollen wir aber eigenständige Strukturen schaffen, voraussichtlich in Form eines Vereins. Wenn wir glaubwürdig sein wollen, müssen wir unabhängig bleiben von den grossen Machtstrukturen.

H Unser Projekt ist politisch, aber nicht parteipolitisch. Wir bauen auf die innovativen Kräfte aller Parteien. Wer für Wandel ist, müsste eigentlich offen sein für eine Totalrevision ...

G Wir fragen niemanden nach dem Parteibüchlein und legen auch keine fertige Verfassung auf den Tisch. Wir wollen lediglich den Prozess initiieren und begleiten.

Was meinen Sie mit «begleiten»?

G Sollte die Initiative vom Volk angenommen werden, müssen gemäss geltender Verfassung beide Räte des nationalen Parlaments neu gewählt werden (siehe Box, Anm. d. Red.). Das neu gewählte Parlament bekommt dann den Auftrag, die neue Verfassung auszuarbeiten. Wir wollen aber nicht einfach abwarten und dem Parlament von der Seitenlinie aus bei der Arbeit zuschauen, sondern erreichen, dass auch die Zivilgesellschaft Gehör findet. Wir stellen uns vor, dass ein Verfassungsrat, in dem per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sitzen, einen ersten Entwurf erarbeitet. Ein solcher Entwurf könnte vor den Parlamentsneuwahlen vorliegen und dann über eine Plattformlösung von Zehn- oder Hunderttausenden weiter diskutiert werden. Das wäre dann eine Art Power Play, mit dem man Einfluss auf die Verfassungsarbeit des Parlaments nehmen könnte.

Die Verfassung von 1848 wurde innert 51 Tagen geschrieben. Weshalb sollten wir das nicht auch schaffen?

**Ist das zeitlich nicht etwas knapp bemessen?
Am Text für die letzte Bundesverfassung 1999 wurde über viele Jahre gearbeitet ...**

H Ich bin überzeugt, dass ein Text, der in wenigen Wochen geschrieben wird, kohärenter ist als ein Text, der über fünf oder zehn Jahre hinweg entsteht.

G Die Verfassung von 1848 wurde innert 51 Tagen geschrieben. Weshalb sollten wir das nicht auch schaffen?

Haben Sie in Ihrer Verfassungs-Tabula-rasa auch eine Rolle für die Wissenschaften vorgesehen?

H Halt! Wir wollen gar keine Tabula rasa. Wir sind Fans der heutigen Verfassung. Die Fortschritte, die in den letzten 175 Jahren erkämpft wurden, müssen erhalten bleiben. Wir wollen nur Verbesserungen, ein Update eben.

G Ein Academic Board mit Rechts- und Politikwissenschaftlern ist derzeit im Aufbau begriffen. Wir brauchen sehr viel Knowhow für den Prozess. Noch nicht so sehr zu Beginn, da der Initiativtext sehr einfach ist.

Liegt der Text schon vor?

G Er wird aus einem einzigen, sehr einfachen Satz bestehen, etwa so: «Die Unterzeichnenden fordern eine Totalrevision der Bundesverfassung vom 18. April 1999.»

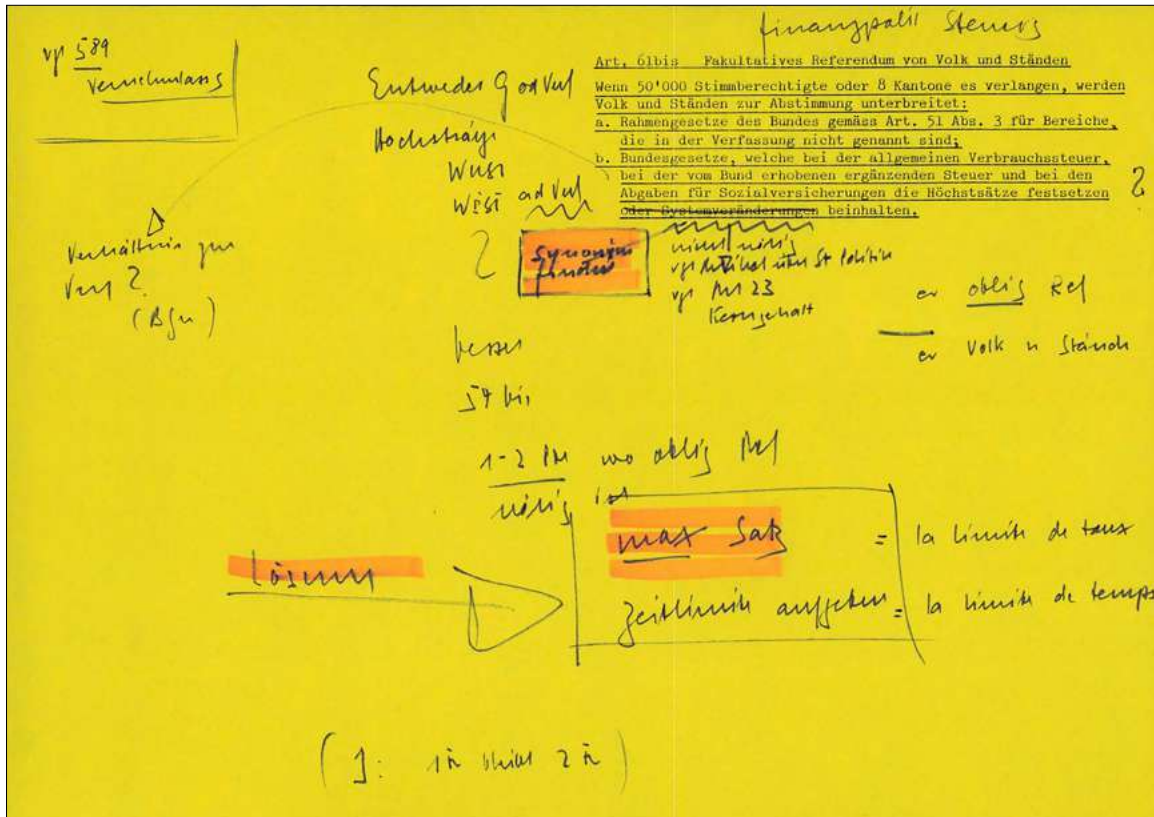
Sie wollen eine Demokratiebewegung aufbauen, der Schweiz ein gemeinsames Projekt verschaffen. Sehen Sie nicht die Gefahr, dass Ihre Initiative bestehende Gräben eher vertieft als überbrückt?

G Die Polarisierung geht vor allem von den politischen Parteien aus. Was wir aber brauchen, sind neue, glaubwürdige Akteure, die durchaus Gefühle und Stimmungen ansprechen, um die Menschen zu erreichen, die sich aber letztlich auf Fakten berufen. Angesprochen sind vor allem Personen, die bereit sind, nicht nur zu diskutieren, sondern anzupacken, etwa bei der Unterschriftensammlung. Eine Totalrevision ist kein radikaler Sprung, sondern besteht aus vielen kleinen Schritten, die nicht nacheinander, sondern gleichzeitig an verschiedenen Orten erfolgen.

H Nehmen wir zum Beispiel das Gesundheitswesen. Wenn sich die betroffenen Akteure an einen Tisch setzen und sachlich und problemorientiert diskutieren würden, wäre schon viel erreicht. Ein Verfassungsprozess könnte hier den Rahmen schaffen, um das heutige Schwarzer-Peter-Spiel aufzugeben.

Verfassungsrecht gilt als trockene Materie. Bei der Volksabstimmung über die neue Bundesverfassung 1999 lag die Stimmbeteiligung unter 36 Prozent. Wie wollen Sie die Leute bei einer allfälligen Abstimmung an die Urne bringen?

G Im Verfassungsindex stehen alle möglichen Stichworte, zu denen die Verfassung etwas zu sagen hat: Kino, Wanderwege, Moore, Minarette, Kernenergie und Kinder. Nicht im Index zu finden ist aber der Begriff «Internet». Wir haben eine Verfassung, deren letzte Totalrevision in einer Zeit gestartet wurde, als die Berliner Mauer noch stand und Elisabeth Kopp Bundesrätin war. Die Welt ist in den letzten 25 Jahren nicht stehen geblieben. Ein Update der Bundesverfassung ist deshalb nicht nur sinnvoll, sondern dringend nötig.



Die heutige Bundesverfassung stammt aus vordigitaler Zeit: «Erste provisorische Überarbeitung des Verfassungsentwurfes durch das Bundesamt für Justiz» im «Führungsordner» von Bundesrat Kurt Furgler vom 10. Juni 1981.

H Es geht uns auch gar nicht um eine Utopie, nicht darum, was in 30 oder 50 Jahren sein könnte. Unsere Verfassung soll einfach zeitgemäss sein. Das scheint mir eigentlich ziemlich moderat.

Die wahrscheinlich grösste Hürde käme ganz zum Schluss: die Abstimmung über den Verfassungsentwurf, bei der neben dem Volksmehr auch das Ständemehr erforderlich ist. Ein aussichtsloses Unterfangen?

G Das hängt dann ganz vom Inhalt der neuen Verfassung ab ... Das Argument, das Projekt habe ohnehin keine Chance, ist kaum zu Ende gedacht. Selbst wenn die Totalrevision am Volks- und/oder Ständemehr scheitern sollte, kann sie ein Booster werden, der Änderungen anstösst, zum Beispiel auf Gesetzesebene.

Demokratie bedeutet Verantwortung – und die liegt bei uns allen

Herr Huissoud, Herr Graf, Sie wollen mit der Totalrevision das tun, was sonst niemand tut. Was treibt Sie an?

H Ich war bis 2022 Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Meine Mitarbeitenden und ich haben auf viele Probleme aufmerksam gemacht, zum Beispiel auf fehlende Standards im Datenaustausch zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund. Wie oft habe ich die Antwort erhalten: «Ihr habt ja recht, aber für Änderungen fehlt die Verfassungsgrundlage und diese anzupassen braucht viel zu viel Zeit.» Das war frustrierend. Jetzt gehe ich die Sache halt selbst an.

G Demokratie bedeutet Verantwortung – und die liegt bei uns allen. Insofern ist die Idee einer Initiative, bei der das Volk entscheiden kann, ob es eine neue Verfassung will oder nicht, ein Demokratietraum, der viel auslösen könnte. Das möchte ich gerne erleben.

Volksinitiative «Update Schweiz»

Die Volksinitiative «Update Schweiz» will sicherstellen, dass die Schweiz eine zeitgemässe Bundesverfassung erhält. Sie stützt sich auf Artikel 138 der Bundesverfassung. Darin ist festgehalten, dass die Totalrevision der Bundesverfassung mit 100 000 Unterschriften in Gang gesetzt werden kann. Eine Besonderheit der Initiative ist, dass ihr Text einen einzigen Satz umfasst, der wie folgt lauten könnte: «Die Unterzeichnenden fordern eine Totalrevision der Bundesverfassung vom 18. April 1999.» Nach der Einreichung folgt rasch eine Abstimmung. Das mehrjährige parlamentarische Verfahren – wie sonst bei Volksinitiativen auf Teilrevision üblich – fällt weg. Die Bundesversammlung kann nur eine Abstimmungsempfehlung abgeben. Bei der Abstimmung gibt es eine weitere Besonderheit: Eine Totalrevision benötigt nur ein einfaches Volksmehr, das Ständemehr fällt weg. Stimmt das Volk einer Totalrevision zu, kommt es umgehend zu Neuwahlen. National- und Ständerat wie auch der Bundesrat werden neu gewählt. Die neu gewählte Bundesversammlung arbeitet einen Verfassungsentwurf aus. Schliesslich entscheidet das Volk an der Urne über die neue Verfassung. Für die finale Zustimmung ist das doppelte Volksmehr nötig.

-



Michel Huissoud

Michel Huissoud ist Jurist und leitete von 2014 bis zu seiner Pensionierung 2022 die Eidgenössische Finanzkontrolle. Er ist Co-Initiator von «Update Schweiz. Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung».



Daniel Graf

Daniel Graf ist Demokratieaktivist, Politstratege und Gründer der Kampagnenplattform «WeCollect» sowie der «Stiftung für direkte Demokratie». Er ist Co-Initiator von «Update Schweiz. Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung».

NETZWERK *RÉSEAU*

Rétrospective de l'Assemblée annuelle 2023



André Holenstein



Jakob Tanner

André Holenstein et Jakob Tanner nommés nouveaux membres d'honneur

Lors de l'Assemblée des délégué·e·s de l'ASSH, qui a eu lieu le samedi 3 juin à Berne, les délégué·e·s ont nommé André Holenstein, professeur ordinaire d'histoire suisse ancienne et d'histoire régionale comparée à l'Université de Berne, et Jakob Tanner, professeur émérite d'histoire des temps modernes et d'histoire suisse, respectivement 52^e et 53^e membres d'honneur de l'Académie en reconnaissance de leur engagement de longue date.

André Holenstein a œuvré à plusieurs niveaux pour le rayonnement de l'ASSH, et ce bien au-delà de ses trois mandats en tant que membre du Comité (2013-2022). De 2009 à la fin du projet 2018, il a été membre du curatorium de l'ASSH pour l'édition des œuvres centrales du philosophe Isaak Iselin. Depuis 2008, il est en outre très actif au sein de la Société suisse pour l'étude du XVIII^e siècle. Son engagement pour le Dictionnaire historique de la Suisse, dont il accompagne étroitement le développement depuis plus de vingt ans dans différentes fonctions, est particulièrement remarquable.

A. Holenstein comprend l'histoire de la Suisse comme une histoire d'interdépendance avec l'Europe et le monde. Sa compréhension résolument transnationale de l'histoire suisse a donné des impulsions importantes à l'historiographie suisse, en particulier pour l'époque pré-moderne.

Jakob Tanner a été membre du jury du Prix de la Relève pendant quinze ans, de 2008 à 2023, dont six en tant que président. Sous sa présidence, le Prix, pour lequel plus de cent candidat·e·s se présentent chaque année, a connu un développement important. Entre 2015 et 2021, J. Tanner s'est en outre engagé auprès de l'ASSH au sein du Conseil de politique des sciences sociales.

Les intérêts de recherche de J. Tanner couvrent des domaines aussi divers que l'histoire économique et financière, l'histoire des sciences, de la psychiatrie, de la médecine et du corps ou encore l'histoire de l'alimentation et de la boisson, autant de domaines auxquels il a su donner des impulsions innovantes sur le plan théorique et méthodologique. J. Tanner intervient régulièrement dans les débats publics en Suisse, mais son impact en tant que chercheur dépasse largement les frontières nationales.

Markus Kern, nouveau trésorier

L'Assemblée des délégué·e·s a élu à l'unanimité Markus Kern nouveau membre du Comité, où il assume la fonction de trésorier. Markus Kern est professeur ordinaire de droit constitutionnel, administratif et européen à l'Institut de droit public de l'Université de Berne depuis 2022. Il mène des recherches sur la régulation des industries de réseau (télécommunications, électricité, gaz, poste et chemins de fer), sur le droit de l'environnement, le droit en matière d'éducation et sur la protection des données. La prédécesseur de Markus Kern, Sibylle Hofer, professeuse d'histoire du droit et de droit privé à l'Université de Berne, a quitté le Comité après six ans. Durant cette période, non seulement elle s'est engagée dans le domaine des finances, mais elle a en outre apporté son expertise juridique à de nombreux dossiers, tels que la révision des statuts et de divers règlements.

En outre, les professeures Samantha Besson (Collège de France, Paris, et Université de Fribourg) et Sara Garau (Università della Svizzera italiana) ont toutes deux été réélues en tant que membres *ad personam* du Comité pour un troisième et dernier mandat de trois ans.



Markus Kern



Markus Zürcher avec la présidente de l'ASSH Cristina Urchueguía

Remise du Prix de la Relève 2023

Cent vingt et un articles étaient en lice pour le Prix de la Relève, décerné chaque année lors de l'Assemblée annuelle de l'ASSH. Les candidat-e-s de 2023 ont représenté plus de vingt hautes écoles suisses ainsi que d'autres institutions de recherche. Le Prix or a été attribué à l'historienne Sarah-Maria Schober (Université de Zurich) ; le psychologue et neuroscientifique Stuart Watson (Université de Zurich), la philosophe Piera Filippi (Université de Zurich) et le philosophe Luca Gasparri (Université de Lille) ont remporté quant à eux le Prix argent ; enfin, le Prix bronze a été décerné à la sociologue Frida Lyonga (Université de Bâle). Les articles gagnants de 2023 portent respectivement sur la formation des théories raciales au XVIII^e siècle, sur l'évolution de l'arbitraire en linguistique et sur l'influence de l'expérience migratoire sur l'homophobie.



Lauréat-e-s du Prix de la Relève 2023 : Sarah-Maria Schober, Luca Gasparri, Piera Filippi, Stuart Watson, Frida Lyonga

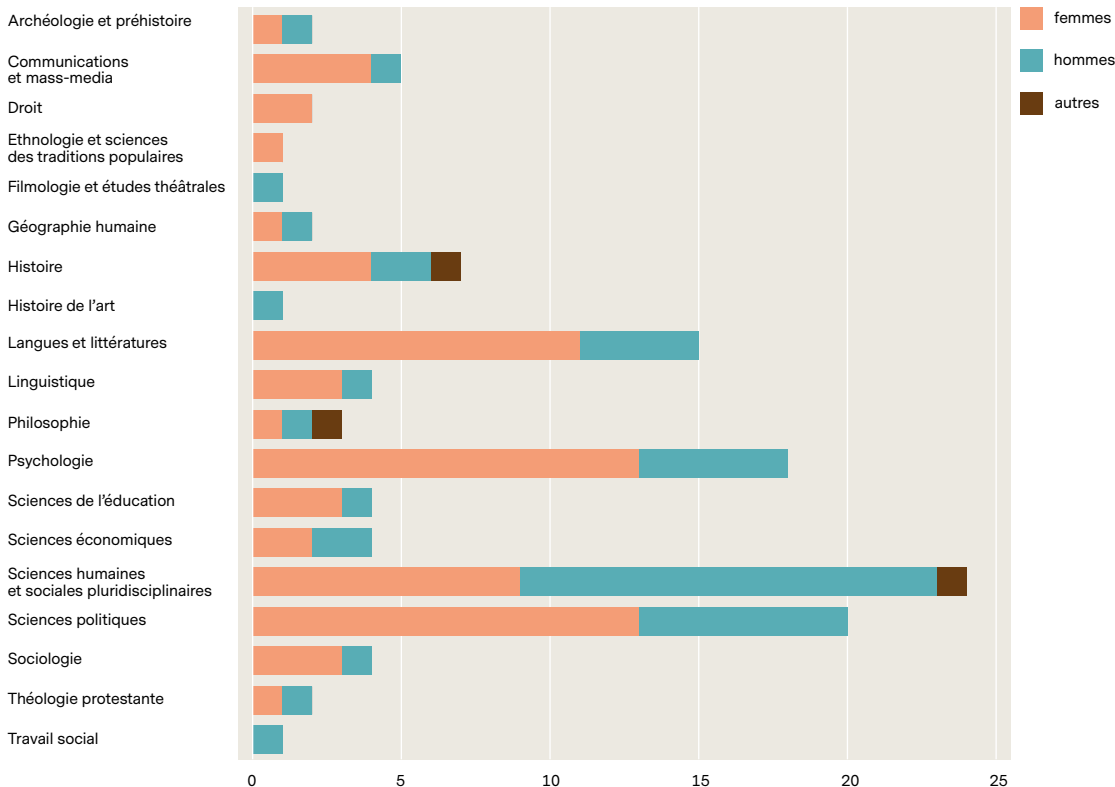
Hommage à Markus Zürcher

En novembre 2022, Markus Zürcher a annoncé sa démission du poste de secrétaire général de l'ASSH pour fin juin 2023. Il a travaillé pendant 28 ans pour l'Académie, à partir de 1995 en tant que collaborateur scientifique, puis en tant que secrétaire général adjoint et enfin, depuis 2002, en tant que secrétaire général. M. Zürcher est seulement le deuxième secrétaire général qu'ait connu l'ASSH depuis la mise sur pied d'un Secrétariat général professionnel au début des années 1970. L'Assemblée des délégué-e-s a été l'occasion de rendre un vibrant hommage au secrétaire de longue date de l'Académie.

Plus d'informations : www.assh.ch/assemblee-annuelle

cf. hommage pp. 66-68

Candidatures pour le Prix de la Relève 2023 par discipline et genre



Laudatio

Stets die öffentliche Debatte im Blick

Die SAGW verabschiedet ihren langjährigen Generalsekretär Markus Zürcher

*Heinz Nauer, Beat Immenhauser,
Christian Weibel*

Mehr als 20 Jahre lang war Markus Zürcher Generalsekretär der SAGW. In dieser Zeit hat er die Akademie massgeblich geprägt. Ende Juni ging er in Pension.

Markus war 28 Jahre lang für die SAGW tätig: ab 1995 als wissenschaftlicher Mitarbeiter, später als stellvertretender Generalsekretär, seit 2002 schliesslich als Generalsekretär. Das Amt an den SAGW-Schalthebeln übernahm er von Beat Sitter-Liver. Im Nachruf, den er auf seinen 2022 verstorbenen Vorgänger verfasste, erinnert er sich: «Als Beat mir im April 2002 die Leitung des Generalsekretariats übergab, hat er mir auf einem A4-Papier mit grosser Schrift ein Zitat von Baltasar Gracián überreicht, auf dem stand: «Man unternehme das Leichte, als wäre es schwer, und das Schwere, als wäre es leicht; jenes, damit das Selbstvertrauen uns nicht sorglos, dieses, damit die Zaghaftigkeit uns nicht mutlos macht.»»

Markus agierte als Generalsekretär weder zaghaft noch mutlos. Er hat nicht nur die kritische Intervention als eine vornehmliche Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften gepriesen, sondern auch selbst die öffentliche Debatte gesucht. Seine Vorträge und Gastkommentare trugen markige Titel wie «Geisteswissenschaften – warum sie so attraktiv und erfolgreich sind» oder «20 Jahre sind genug! Ein Richtungswechsel bei Bildung und Forschung ist nötig». Seine zahllosen Kommentare zum gesellschafts-, bildungs- und wissenschaftspolitischen Geschehen haben nicht nur zahlreiche Reaktionen in den Kommentarspalten von Zeitungen ausgelöst, sondern immer wieder auch Diskussionen unter den Akteuren im BFI-Bereich angestossen.



Wie Geistesarbeiter sich nützlich machen. Aufnahme aus dem Jahr 2004 im alten SAGW-Büro am Hirschengraben 11 in Bern.

Weiter, immer weiter: langfristige Infrastrukturen

Mit Markus Zürcher verabschiedet die SAGW den erst zweiten Generalsekretär in ihrer Geschichte. Sein Name steht demnach für institutionelle Kontinuität, die ein langfristiges Wirken nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein» erst ermöglicht. Dieses hartnäckige Dranbleiben war freilich nicht immer in durch strategische Gremien abgesegneten Planungen festgeschrieben, gleichwohl aber immer wieder von Erfolg gekrönt. Beispielsweise lässt sich im Rückblick festhalten, dass Markus massgeblich zur Etablierung des Kompetenzzentrums Sozialwissenschaften Fors beigetragen hat, das heute über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt. Dessen Gründungsdirektor, Peter Farago, erinnert sich: «Ohne sein kontinuierliches Engagement als Generalsekretär der SAGW in der schwierigen Übergangszeit zwischen dem Auslaufen des sozialwissenschaftlichen Schwerpunktprogramms Demain la Suisse im Jahr 2003 und dem Start von Fors im Jahr 2008 gäbe es letzteres gar nicht oder nicht in der heutigen Form.»

Auch den Langzeitunternehmen der SAGW – den Nationalen Wörterbüchern, Année Politique Suisse, dem Inventar der Fundmünzen, den Diplomatischen Dokumenten, dem Historischen Lexikon und infoclio.ch – war Markus stets ver-

bunden. Er hat sie immer als wichtige Pfeiler der Akademie verstanden und sich, zunächst an vorderster Front, später etwas stärker im Hintergrund, jederzeit für sie eingesetzt. Auch an der Förderung der geistes- und sozialwissenschaftlichen nationalen Fachgesellschaften, die er als Fundament der Akademie betrachtet, hat er stets festgehalten.

Bemerkenswerte Ausdauer hat Markus auch bei der Implementierung des Dachverbands Akademien Schweiz bewiesen, dessen Geschäftsführung er von seiner Gründung 2006 bis 2015 innehatte. Einer «Einheitsakademie», wie sie in den letzten Jahren dann und wann diskutiert wurde, stand er indes stets skeptisch gegenüber. Es ist insofern kein Zufall, dass er seine Demission in einer Phase bekannt gab, in der die Mehrjahresplanung 2025–2028 fertiggestellt und ein für den Akademienverbund richtungsweisender Organisationsentwicklungsprozess in trockenen Tüchern war.

Ein Hoch auf die Serendipität

Getrieben und getriggert wird Markus indes nicht primär von Institutionalisierungs- und Organisationsprozessen, sondern von Inhalten. Von Haus aus Historiker wandte er sich ab den 1990er-Jahren – nicht zuletzt im Rahmen seiner Dissertation, die er zu den Anfängen der Soziologie in der Schweiz verfasste – vermehrt den Sozialwissenschaften zu. Dies machte ihn in beiden Welten, den Geistes- und den Sozialwissenschaften, heimisch, wobei er diese, dem französischen Muster folgend, nicht als getrennt erachtete. Aus dieser Denkweise entsprang auch die viel beachtete Aktion «It's the humanities, stupid!», mit der die SAGW 2016 auf eine mitunter parteipolitisch motivierte Kritik an den Geisteswissenschaften und ihrer gesellschaftlichen Relevanz reagierte.

Markus hält die Serendipität hoch und plädiert dafür, Ideen und Empfehlungen schnell in Umlauf zu geben und damit sozusagen in die öffentliche Vernehmlassung zu entlassen – mit Vertrauen darauf, dass sich das gute Argument letztlich durchsetzen werde, und sei es auf Umwegen. Ein kurzer Blick in die SAGW-Bibliografie genügt denn auch, um festzustellen, dass sich das thematische Spektrum im Generalsekretariat nach Markus' Ernennung zum Generalsekretär rasch veränderte und erweiterte. Bald lagen die Schwerpunkte auf den drängenden Zeitfragen, bald veröffentlichte die SAGW jedes Jahr ein Dutzend Publikationen und mehr.

Mit Markus an vorderster Front setzte sich die SAGW in den letzten zwei Jahrzehnten für ein neues Verständnis von Gesundheit ein, für ein Umdenken in der Alters- und Bildungspolitik, für ein inklusiveres Innovationsverständnis, für qualitativere Formen der Evaluation von Wissenschaft und für bessere Perspektiven für den akademischen Mittelbau. Auch die Nachhaltigkeitsthematik, die heute im Akademienverbund im Referenzrahmen der Sustainable Development Goals einen so zentralen Platz einnimmt, stand schon kurz nach seinem Amtsantritt weit oben auf der Agenda.

Von der Jugendbewegung bis zur Ageing Society

Die vielleicht am breitesten abgestützte Initiative in der Geschichte der SAGW ist die «Swiss Platform Ageing Society», die Markus 2017 zusammen mit seinem Team als Beitrag zur Umsetzung der «Global Strategy and Action Plan on Ageing and Health» der WHO gründete. Sie zählt heute mehr als 100 institutionell mit dem demografischen Wandel befasste Mitglieder aus Hochschulen, Verbänden, Netzwerken, Stiftungen und Verwaltung. Ueli Roth vom Pensionierten-Netzwerk Innovage erinnert sich: «Markus hat es verstanden, diese Plattform kontinuierlich aufzubauen und die Zusammenarbeit unter ihren Mitgliedern zu fördern. Die sozialen und gesellschaftlichen Folgen der demografischen Entwicklung sah er – ganz Sozialwissenschaftler – dabei stets als bedeutender an als die finanztechnischen Konsequenzen.»

Markus Zürcher eröffnet am 17. September 2022 das Fest zum 75-Jahr-Jubiläum der SAGW auf dem Bahnhofplatz in Bern.



Markus hat ein grosses Flair für das Vernetzte, für thematische Querverbindungen. Inspirieren lässt er sich von ganz unterschiedlichen Quellen. Er schöpft aus einem Kanon von Klassikern (von Georg Simmel über Max Weber bis hin zu Ernst Cassirer) ebenso wie aus den Tagesmedien, aus der eigenen Biografie sowie aus der Populärkultur, wovon die Dekoration seiner akkurat mit Plakaten der Pop- und Subkultur ausgestatteten Bürowände zeugte (von der Berner Reitschule über E.T. bis zu The Big Lebowski). Die Behauptung dürfte nicht zu weit hergeholt sein, dass sich Markus in den letzten zwei Dekaden nicht derart konsequent und vielfältig für die Geistes- und Sozialwissenschaften hätte einsetzen können, wenn er sich nicht einen Teil der rebellischen Eigenwilligkeit aus seinen Berner Jugendbewegungsjahren bewahrt hätte – eine Eigenwilligkeit, die übrigens auch in seinem eigenständigen sprachlichen Stil zum Ausdruck kommt.

Reduce to the max

«Reduce to the max» – dieser Slogan aus einer Smart-Werbung von 1998 gehört zu Markus' Maximen, die er immer dann vorbringt, wenn etwas ins Uferlose zu geraten scheint. Kommen wir dieser minimalistischen Maxime entsprechend nun also nicht vom Hundertsten ins Tausendste, unternehmen das Schwere, als wäre es leicht, und setzen einen Schlusspunkt mit den Worten der früheren SAGW-Präsidentin Anne-Claude Berthoud, die in ihrer Hommage an Markus folgende Gedanken zum Ausdruck bringt, denen es nichts mehr hinzuzufügen gibt:

«Par ton profond engagement, ton identification à l'Académie, tu as largement contribué à en faire une institution résolument moderne. Une Académie du XXI^e siècle, assurément, regardant vers l'avenir tout en étant solidement ancrée dans l'histoire. Tu es un humaniste de la nouvelle génération incarnant une nouvelle façon de penser la science dans la société. Et c'est surtout à cet esprit de convivialité, de connivence et d'amitié que tu as su insuffler que je voudrais rendre hommage, à l'heure où tu quittes cette grande Maison que d'autres auront à inventer pour demain.»



Die drei Autoren haben während 5, 17 und 2 Jahren mit Markus Zürcher im SAGW-Generalsekretariat zusammengearbeitet.



Teamfoto des SAGW-Generalsekretariats im Dezember 2018.

Personalia



Régine Bonnefoit

Association suisse des historiennes et historiens de l'art

Régine Bonnefoit élue nouvelle présidente

Régine Bonnefoit, professeure ordinaire à l'Institut d'histoire de l'art et de muséologie de l'Université de Neuchâtel depuis 2015, a été élue nouvelle présidente de l'Association suisse des historiennes et historiens de l'art (ASHHA), lors de l'Assemblée générale de l'association en juin dernier à Lucerne. Parallèlement à son enseignement, elle est curatrice et co-commissaire de nombreuses expositions en Suisse, en Europe et aux États-Unis. Régine Bonnefoit est membre du comité de l'ASHHA depuis 2019. Il lui tient particulièrement à cœur de renforcer le réseau de l'association tant au niveau national qu'international et d'encourager les sujets de recherche actuels, les avancées et les profils professionnels en histoire de l'art.

Régine Bonnefoit succède à Marianne Burki, active au sein du comité de l'ASHHA depuis 2014 et élue présidente en 2018. Sous sa présidence, de nombreux projets ont pu être menés à bien, comme l'instauration d'un programme de mentorat ou l'intensification des liens entre les travaux pratiques et la recherche universitaire.

www.vkks.ch



Kurt Schmidheiny

Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik

Kurt Schmidheiny neuer Präsident

Die Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik (SGVS) wählte Kurt Schmidheiny per 1. Juli 2023 zu ihrem neuen Präsidenten. Kurt Schmidheiny ist Professor für Ökonomie und Angewandte Ökonometrie an der Universität Basel und ein öffentlich gefragter Experte, unter anderem zu Fragen des Steuerwettbewerbs. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Datenzugang des Vereins für Socialpolitik, eine Vereinigung von Ökonomen und Ökonomen aus dem deutschsprachigen Raum, setzt er sich für einen besseren Forschungszugang zu Schweizer Registerdaten ein. Er war ausserdem Co-Autor des 2020 von der SAGW gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften Fors herausgegebenen Berichts «Accessing and linking data for research in Switzerland». Schmidheiny folgt als Präsident auf Dirk Niepelt, Professor für Makroökonomie und internationale Finanzen an der Universität Bern, welcher der SGVS drei Jahre lang vorgestanden war.

www.sgvs.ch



Patricia Bieder

Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft

Patricia Bieder übernimmt die Leitung des Kunstlexikons SIKART

Patricia Bieder folgt auf Angelica Tschachtli, die nach drei Jahren als SIKART-Leiterin eine neue berufliche Herausforderung in der grafischen Sammlung der ETH Zürich angenommen hat. Bieder studierte an den Universitäten Bern und Cardiff englische Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte und absolvierte einen MAS in Kulturmanagement an der Universität Basel. Sie arbeitete im Museumsbereich und als freischaffende Kunsthistorikerin und Kuratorin. Seit 2020 ist sie beim Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft, der Trägerorganisation von SIKART, tätig, bislang als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Mitautorin des «Catalogue raisonné Markus Raetz».

Das Kunstlexikon SIKART dokumentiert das historische und zeitgenössische Kunstschaffen in der Schweiz und umfasst über 17 000 Personeneinträge und rund 1900 ausführliche monografische Lexikonartikel. Rund 200 000 Personen nutzen SIKART jedes Jahr.

www.sikart.ch

Early Career Award: Call 2024 now open

Are you a Swiss researcher or a researcher affiliated with a Swiss university and have you recently published an excellent academic article? Then you should apply for the Early Career Award 2024!

About the award

Each year the Swiss Academy of Humanities and Social Sciences gives awards for excellent contributions to the academic disciplines within the social sciences and humanities (including law, economics and theology) made by young researchers in Switzerland. The prize is endowed with a total of 18,000 Swiss francs.

Application requirements

Applications are accepted which meet the following criteria concerning the submitting author(s) and the submitted article.

Individual or collective application:

It is possible to submit an individual application or a collective application (joint authorship). In the latter case only the submitting author must meet the following eligibility criteria.

Nationality and place of residence:

The applicant must either be an early career researcher of any nationality working in Switzerland or an early career researcher with Swiss nationality working abroad.

Age: The applicant must be under the age of 39 (up to 38.99) at the time of publication. Where justified, exceeding the age limit may be accepted.

Article: The publication must be an article (monographs are not accepted).

The article must belong to any of the academic disciplines in the Social Sciences and Humanities and must have been first published between 1 October 2022 and 31 October 2023 in a peer-reviewed publication (online or print).

Do you think you could be the next winner? Find out more, read the complete eligibility criteria and hand in your application until **1 December 2023** under:

www.sagw.ch/nachwuchspreis





Katrin Sproll Hänni



Christian Sonderegger

SAGW

Katrin Sproll Hänni wird Direktionsassistentin im SAGW-Team

Im Generalsekretariat der SAGW gibt es bald ein neues Gesicht. Im November stösst Katrin Sproll Hänni mit einem 70-Prozent-Pensum als Direktionsassistentin zur Equipe. Katrin Sproll Hänni ist seit vielen Jahren als Geschäftsleitungsassistentin tätig, bei Vereinen und Stiftungen, im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft. Zuletzt arbeitete sie bei der Stiftung Kornhausbibliotheken in Bern. Sie verfügt über ein vertieftes Sachwissen und viel Erfahrung im Projekt- und Eventmanagement sowie im kommunikativ-redaktionellen Bereich. Bei der SAGW wird sie die Geschäftsleitung und das Team sowohl im Back- wie im Frontoffice operativ unterstützen. Unter anderem wird sie Sitzungen koordinieren, öffentliche Veranstaltungen mitorganisieren, die Adressdatenbank pflegen und diverse Korrespondenz- und Redaktionsarbeiten übernehmen. Sproll Hänni folgt auf Alexandra Lejeune, welche die SAGW dieses Jahr nach zweijähriger Tätigkeit im Sekretariat verliess.

www.sagw.ch

Historisches Lexikon der Schweiz

Nach mehr als 30 Jahren sagt Christian Sonderegger dem Historischen Lexikon Adieu

Anfang Oktober 2023 übergab Christian Sonderegger die Direktion des Historischen Lexikons der Schweiz (HLS) an Sonja Matter. Christian Sonderegger prägte das HLS in den letzten drei Jahrzehnten wie kein anderer und führte das HLS von der ursprünglichen Druckversion zum heutigen Online-Lexikon. Seit 1992 durchlief Christian Sonderegger im HLS die Karriere vom Redaktor zum Direktor. In der Pionierphase des Lexikons führte er sowohl Planungsinstrumente als auch das Qualitätsmanagement ein und beteiligte sich 1994–1996 an der Entwicklung des ersten digitalen Redaktionssystems, das die Drucklegung des 13-bändigen HLS in den drei Sprachversionen Deutsch, Französisch und Italienisch (2002–2014) sowie den Online-Zugang zum Lexikon (ab 1998) ermöglichte. Von 2002 bis 2014 war Christian Sonderegger stellvertretender Chefredaktor, ab 2015 operativer Leiter und ab 2017 Direktor des HLS. In den letzten beiden Funktionen überführte er das HLS von einer Stiftung in ein Unternehmen der SAGW und setzte die Neuausrichtung als reines Online-Lexikon um.

Seine im Dezember 2022 von der SAGW gewählte Nachfolgerin Sonja Matter, zuletzt Privatdozentin in der Abteilung Schweizer und Neueste Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, überzeugte die Wahlkommission mit ihrer fachlichen Expertise und ihrem weitreichenden Netzwerk.

<https://hls-dhs-dss.ch>

Interview mit
Sonja Matter
auf S. 80

4 questions à... Anne-Sylvie Dupont

« Mon premier objectif est que personne ne renonce à postuler parce qu'elle ou il pense < ce n'est pas pour moi > »



Anne-Sylvie Dupont a été élue nouvelle présidente du jury du Prix de la Relève de l'ASSH en septembre dernier. Le prix récompense de jeunes chercheuses et chercheurs en sciences humaines et sociales pour la qualité d'un article paru dans une publication scientifique.

Vous êtes professeure ordinaire aux Facultés de droit des Universités de Neuchâtel et Genève. Vous êtes par ailleurs avocate spécialiste au sein de l'Ordre des avocats vaudois. Vous faites partie de nombreux comités actifs dans le domaine juridique. Et vous avez accepté la présidence du jury du Prix de la Relève de l'ASSH. Qu'est-ce qui vous a motivée à endosser cette responsabilité supplémentaire ?

La promotion de la relève, d'une part, et la qualité de la recherche scientifique, d'autre part, font à mon sens partie des missions clés des professeur·e·s des universités. Ce sont deux thèmes qui me tiennent particulièrement à cœur. Le Prix de la Relève de l'ASSH sert ces deux objectifs en mettant en avant des jeunes

chercheuses et chercheurs qui savent convaincre par la rigueur et la qualité de leurs travaux. À titre personnel, devoir chaque année évaluer plusieurs articles qui ne relèvent pas de mon champ d'expertise est une immense stimulation intellectuelle et élargit continuellement mon horizon.

Quels sont à vos yeux les plus grands défis de la relève aujourd'hui ?

La rigueur et l'honnêteté ont toujours été des défis importants pour la recherche, mais elles le sont encore plus aujourd'hui, à l'heure de Google et de ChatGPT. Pour les jeunes chercheuses et chercheurs qui n'ont pas connu d'autre réalité, il pourrait être tentant – ou, pire, normal – d'aller plus vite en utilisant des ressources dont elles et ils ne saisiront pas au premier coup d'œil le manque de fiabilité ou l'appartenance intellectuelle. Elles et ils devront être dans un questionnement constant à propos de la valeur de leurs sources et justifier leurs choix.

Le Prix s'adresse à toutes les disciplines représentées au sein de l'ASSH, et pas seulement aux sciences humaines et sociales *stricto sensu*. Dans l'édition 2023 du Prix, seules deux candidatures sur les 121 dossiers en lice provenaient du domaine du droit. Comment expliquez-vous ce faible taux de participation des chercheurs et chercheuses en droit ?

J'ai deux indices, sans pouvoir affirmer toutefois qu'il s'agit des deux seules raisons ni juger de leur importance respective. En premier lieu, l'existence du Prix est peu connue dans les Facultés de droit. Personnellement, je n'en ai jamais eu connaissance avant d'être sollicitée pour intégrer le jury. Le second facteur relève de la psychanalyse : les chercheuses et les chercheurs en droit souffrent d'un problème de légitimité. Leur objet

d'étude est singulier et leurs méthodes de travail souvent différentes de celles des autres sciences sociales et humaines. Il n'est pas rare que nous devions, plus que d'autres disciplines, justifier et expliquer la recherche en droit. Dans ce sens, il est possible que les jeunes chercheuses et chercheurs en droit ne se sentent pas légitimes à postuler pour le Prix.

Avez-vous des objectifs particuliers pour le développement du Prix de la Relève ?

Je souhaite en premier lieu travailler à promouvoir ce prix auprès des jeunes chercheuses et chercheurs, dans le but de favoriser la diversité à tous égards : entre les régions linguistiques, les disciplines, les universités, les genres, etc. Dans ce sens, mon premier objectif est que personne ne renonce à postuler parce qu'elle ou il pense « ce n'est pas pour moi ». Mon second objectif – à voir s'il est réaliste – est de convaincre de l'utilité de savoir rédiger et présenter sa recherche en des termes qui soient compréhensibles par toute la communauté scientifique. Les sciences sociales et humaines sont reliées entre elles, voire interdépendantes, mais chaque discipline présente ses particularités qui peuvent la rendre imperméable aux personnes qui travaillent dans d'autres domaines. Le jury du Prix de la Relève étant interdisciplinaire, son évaluation des articles soumis est un très bon filtre pour juger de la qualité de l'exposé et de son accessibilité, même pour les personnes non initiées.

Questions : Fabienne Jan

Une version longue de cet entretien est publiée sur le site Internet de l'ASSH.

Publikationen und Projekte

SAGW

Wege zu einem nachhaltigen Konsum

Der neue Sammelband der SAGW zeigt auf, wie die Geistes- und Sozialwissenschaften die Transformation in Richtung eines nachhaltigen Konsums unterstützen können.

Die Erkenntnis ist nicht neu: Unser Konsum ist zu hoch und nicht nachhaltig. Als eines der wohlhabendsten Länder weist die Schweiz ein überdurchschnittlich hohes Konsumniveau aus, das weltweit negative Folgen auf Menschen und Umwelt hat. Der 2022 verabschiedete zweite Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen stellt fest, dass technologische Innovationen in den letzten zwanzig Jahren zwar zu Effizienzgewinnen geführt haben, diese aber klar nicht ausreichen, um das Sustainable Development Goal (SDG) 12 «für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen» zu erreichen. Denn technologische Innovationen führen nur zu Lösungen, wenn auch das menschliche Verhalten verstanden wird.

Die Zielgrössen sind unbestritten, doch die Frage, auf welchem Weg sie erreicht werden können, wurde bislang zu wenig diskutiert. Und genau hier setzt der Sammelband «Wege zu einem nachhaltigen Konsum. Reflexionen der Geistes- und Sozialwissenschaften» an. Denn mit ihrem Reflexionsvermögen und dem daraus resultierenden Orientierungs- und Zielwissen können die Geistes- und Sozialwissenschaften wichtige Grundlagen für Änderungsinterventionen liefern und zum Wandel von Lebensstilen und Mentalitäten beitragen.

20 Beiträge und eine Einladung zum Mitwirken

Der Sammelband versammelt zwanzig Beiträge aus dem ganzen Spektrum der Geistes- und Sozialwissenschaften, von den Umwelt-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften über die Soziologie, Literaturwissenschaft und Philosophie bis zur Kulturwissenschaft und der Geschichte. Er legt den Schwerpunkt auf vier Themenbereiche, in denen der Mehrwert geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung besonders relevant ist:

- Wohlbefinden, Lebensqualität und sozialer Wandel
- Marktdynamik und rechtliche Aspekte
- Methodologie: inter- und transdisziplinäre Perspektiven
- Narrative und Storytelling

Mit dem Sammelband «Wege zu einem nachhaltigen Konsum» lädt die SAGW somit ein zur Reflexion über die Alltagspraxis des Konsumierens, über systemische Rahmenbedingungen und über wirkmächtige Narrative. Sie möchte damit aber auch Forschende ermutigen, sich den Herausforderungen einer Transformation hin zu einem nachhaltigen Konsum anzunehmen und mitzuwirken bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft.

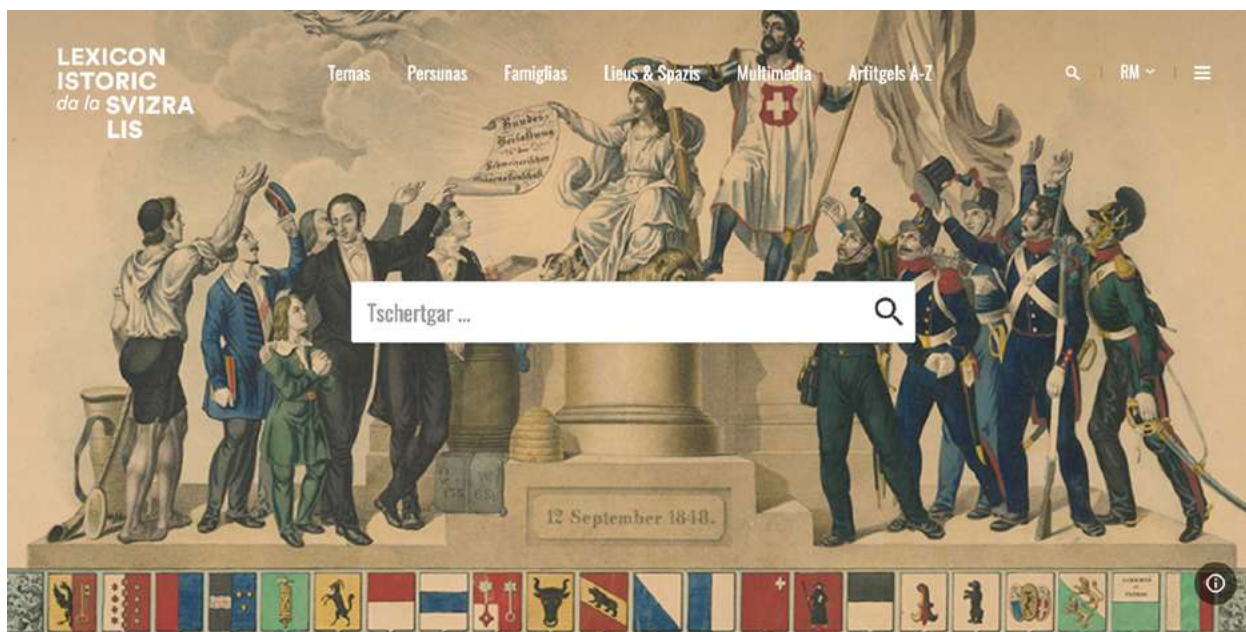
Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (2023): Wege zu einem nachhaltigen Konsum | Vers une consommation durable (Swiss Academies Communications, 18,5).
<https://doi.org/10.5281/zenodo.8135855>



Schwerpunkt Nachhaltiger Konsum

Im Rahmen der Initiative für Nachhaltigkeitsforschung der Akademien Schweiz widmet sich die SAGW seit 2021 vertieft dem Thema «Nachhaltiger Konsum». Mit Publikationen und Veranstaltungen möchte die SAGW bestehende Forschung aus den Geistes- und Sozialwissenschaften sichtbar machen, Expert:innen vernetzen, die Perspektivenvielfalt stärken und zur öffentlichen Debatte beitragen.

www.sagw.ch/konsum



Lexicon istoric da la Svizra

Bainvegni Rumantschia – Historisches Lexikon der Schweiz wird viersprachig

Das Historische Lexikon der Schweiz (HLS) bekennt sich zur Viersprachigkeit der Schweiz. Seit September 2023, pünktlich zum 175-Jahr-Jubiläum der Schweizer Bundesverfassung, wird das Lexikon laufend mit rätoromanischen Artikeln erweitert. Die Navigation und alle Metatexte sind konsequent viersprachig auf Deutsch, Französisch, Italienisch und neu auch Rätoromanisch gehalten.

Cun ils emprims radund tschient artitgels en lingua rumantscha maina il lexicon vinavant ina tradiziun ch'aveva – da lez temp cun focus regional – cumenzà sco Lexicon Istorico Retic (LIR) e chattà per entant sia finiziiun ils onns 2010-2012 cun la versiun stampada en dus toms.

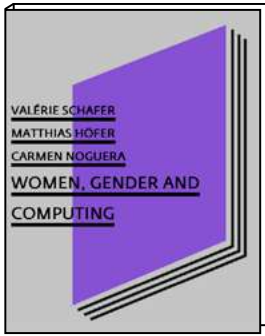
Sco ediziun parziala rumantscha en furma extendida metta il Lexicon istoric da la Svizra (LIS) digital l'accent principal sin artitgels da survista davart l'istorgia svizra sco er sin temas, persunas e lieus da relevanza surregionala e naziunala. Cumplettada vegn la purschida cun migrar cun-

tinuadamain cuntegns da l'anteriur LIR en la structura dal nov lexicon online; quels furman pia er en l'avegnir in focus regional Grischun/Rumantschia.

L'entschatta fa ina tscherna d'artitgels or da projects actuals che duain mussar l'entira paletta dals temas futurs: dretg da votar da las dunnas, preistorgia, cusseglieras federalas e cussegliers federals, istorgia coloniala, interpresas da famiglia, istorgia da la tecnica e digitalisaziun, ambient biografic e famigliar d'impurtantas personalitads. Tuttina sco sias «soras grondas» en lingua tudestga, franzosa e taliana sa preschenta il LIS a moda multimediale faschond diever d'infograficas sco er da funtaunas da film, tun e maletg.

Or dal relasch dal LIR derivan ils dus artitgels da referenza «Grischun» e «Cuir». Ultra da quai èn accessibels online emprims artitgels da vischnancas (fusiuns da vischnancas pli novas) sco er artitgels da survista d'impurtantas famiglias grischunas.

<https://hls-dhs-dss.ch>



infoclio.ch

Women, Gender and Computing 10th Living Book About History of infoclio.ch

This digital anthology edited by researchers of the University of Luxembourg addresses the role of women in the history of computing in the United States and Europe from the 1940s to today. Composed of an original introductory essay and some thirty online resources – images, advertisements, videos, research articles – this Living Book traces how women’s contributions to computing, though crucial, have been progressively rendered invisible while the field was masculinized. Following the concept of the Living Books about History series of infoclio.ch, all the resources that constitute the Living Books are freely accessible online.

www.livingbooksabouthistory.ch



Penser la Suisse

Oui, c'est oui – Le consentement à l'épreuve de la justice

Cet ouvrage intervient dans le débat autour de la révision du droit pénal suisse, en présentant une recherche menée à Genève sur le devenir des plaintes pour violences sexuelles. Son auteure, Marylène Lieber, plaide en faveur d'une révision du code pénal qui mette le consentement au cœur de sa définition, tout en soulignant les limites : si changer la définition légale apparaît comme une urgence sociale pour favoriser l'égalité, certains enjeux continueront de peser sur la façon dont la chaîne pénale s'empare des violences sexuelles. D'autres aménagements s'avèrent tout aussi nécessaires, comme la place donnée aux victimes dans les procédures et la formation des professionnel-le-s de la justice.

Marylène Lieber est sociologue, professeure et directrice de l'Institut des études genre à l'Université de Genève. Son livre est paru en français et en allemand dans la collection « Penser la Suisse » aux Éditions Seismo. Les livres de la collection sont édités par le think tank « Penser la Suisse » qui a pour objectif de diffuser des connaissances scientifiques sur des problématiques actuelles auprès du grand public en Suisse. « Penser la Suisse » a été fondé par des professeur-e-s de différentes universités suisses et bénéficie d'un soutien financier de l'ASSH.

Lieber, Marylène (2023) : Oui, c'est oui – Le consentement à l'épreuve de la justice, Éditions Seismo, Penser la Suisse, 74 p.



Die Schweiz und ihre Neutralität

Die Schweiz sucht ihre Rolle in Europa und der Welt nicht erst seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine. Mit dem schrittweisen Aufbau der Europäischen Union und dem Ende des Kalten Krieges hat sich die internationale Lage unseres Landes von Grund auf geändert. 50 Jahre nach dem monumentalen Werk «Geschichte der schweizerischen Neutralität» von Edgar Bonjour legt der Historiker Marco Jorio, ehemaliger Chefredaktor des Historischen Lexikons der Schweiz, eine neue Gesamtdarstellung zum Thema vor. Er zeigt auf, wie die Neutralität zum nationalen Identitätsmerkmal geworden ist und an welchen Stellen sich aus der Vergangenheit Perspektiven für eine künftige Neutralitätspolitik ableiten lassen.

Jorio, Marco (2023): Die Schweiz und ihre Neutralität. Eine 400-jährige Geschichte, Hier und Jetzt, Baden, 520 S.



Urner Institut Kulturen
der Alpen

Die Alpen im Anthropozän

Seit 2022 setzt das Online-Magazin Syntopia Alpina mit wöchentlichen Beiträgen Impulse zu Themen der Nachhaltigkeit. Einen vertieften Blick auf diese Initiativen wirft nun das gedruckte Buch. 16 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis beleuchten die Qualitäten von Nachhaltigkeit im Zusammenspiel von Land-, Forst- und Energiewirtschaft, aber auch Tourismus, Wohnen und lokalem Handwerk. Sie orientieren sich dabei an den Begriffen «Nutzen», «Benutzen», «Hegen», «Pflegen» und verbinden damit alpenspezifische Handlungen, die Vorbild für die planetarische Biosphäre sein könnten. Das Urner Institut Kulturen der Alpen unter der Leitung des Literatur- und Kulturwissenschaftlers Boris Previšić widmet sich den Besonderheiten des alpinen Raums in seiner ganzen thematischen Breite.

Urner Institut Kulturen der Alpen (2023): Nutzen. Benutzen. Hegen. Pflegen. Die Alpen im Anthropozän, Hier und Jetzt, Baden, 176 S.



Co-Herausgeberin Madeleine Herren, Bundesrat Ignazio Cassis und Dodis-Direktor Sacha Zala präsentieren die drei neusten Bände in der Reihe «Quaderni di Dodis».

Diplomatische Dokumente
der Schweiz

**Die Schweiz und die
Konstruktion des Multi-
lateralismus**

Die rege Beteiligung der Schweiz an internationalen Kongressen, Konferenzen und Weltausstellungen, ihre Rolle als Sitzstaat internationaler Organisationen und der schweizerische Beitrag zur Weiterentwicklung des Völkerrechts machten das Land bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert zu einem prägenden Akteur des Multilateralismus.

Die fünfzig in dieser Edition präsentierten Dokumente reflektieren die Internationalisierungsstrategien des jungen Bundesstaats, sie zeigen die Beteiligung schweizerischer Delegationen an internationalen Konferenzen auf und behandeln Themen, die vom Weltpostverein in Bern über Abrüstungs- und Friedensfragen bis hin zum Schutz von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Ausland reichen.

«Dieser Band führt uns von der embryonalen Phase in die Teenager-Jahre des Bundesstaates», sagte Bundesrat Ignazio Cassis an der Vernissage, die am 7. September stattfand. «In was für eine Zeit begeben wir uns da? Wer sich diese Frage stellt, dem empfehle ich unter anderem Dodis als Inspirationsquelle.»

Herren, Madeleine und Sacha Zala (Hg.): Die Schweiz und die Konstruktion des Multilateralismus, Bd. 1. Diplomatische Dokumente der Schweiz zur Geschichte des Internationalismus 1863–1914 (Quaderni di Dodis – fonti 13), Bern. <https://doi.org/10.5907/Q13>

Agenda

26 octobre 2023

Berne

Mieux vieillir, mieux mourir : apport humain, technique et spirituel

Table ronde dans le cadre de la série Medical Humanities «Vieillir». Conformément à la nature pluridisciplinaire des humanités médicales, l'événement ouvre différentes perspectives sur les domaines de la santé, des soins aux personnes âgées et des soins palliatifs.

www.sagw.ch/mh23

27 octobre 2023

Différents lieux

« Weisch no? – Tu t'souviens ? – Ti ricordi? »

Différentes institutions suisses valorisent leurs archives dans le cadre de cette journée mondiale du patrimoine audiovisuel.

www.memoriav.ch

2. November 2023

Berne

Jubiläum für Science et Cité

Science et Cité wird ein Vierteljahrhundert alt. Gefeiert wird dieses Ereignis im Rahmen der ScienceComm'23 mit einem speziellen Jubiläumsanlass.

www.science-et-cite.ch

9. November 2023

Online

Die Rolle des Designs in der Zukunftsforschung

Vortrag von Dodo Vögler (Ellery Studio Berlin) in der Reihe «impulse» von swissfuture, der Schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung.

www.swissfuture.ch

10. November 2023

Bern

Attention please!

Wie die Aufmerksamkeit des Publikums erlangen? Die Tagung von infoclio.ch bietet Einblick in die Forschung zur Aufmerksamkeit. Es werden geschichtswissenschaftliche Studien sowie aktuelle Perspektiven präsentiert.

www.infoclio.ch

10 November 2023

Online

Better Science: How to Improve Research Culture

This workshop for PhD students and Postdocs provides a space for collaborative and open-ended thinking. Participants reflect on their contribution to a sustainable and diverse culture of collaboration.

www.betterscience.ch

14 November 2023

Berne

Policy and science: joining forces for a sustainable future

How should and can science participate in shaping a sustainable future? The symposium of the Sustainability Science Forum explores questions of effective cooperation and the interlocking roles of different actors.

<https://sustainability.scnat.ch>

14. November 2023

Zürich

Bilderbücher – ein Beitrag zur Kulturellen Teilhabe

Der Anlass in der SAGW-Veranstaltungsreihe RECTO VERSO diskutiert das Potenzial von Bilderbüchern für die ästhetische Bildung in der frühen Kindheit und für die kulturelle Teilhabe. Zudem gibt der Anlass Praxiseinblicke von Kulturvermittlung mit Bilderbüchern im Frühbereich.

www.rectoverso-sagw.ch

16. November 2023

Bern

Identitätspolitik der Schuld

Vortrag von Luca di Blasi (Universität Bern) in der Reihe «It's the culture, stupid! Nachdenken über Kultur und Identität», organisiert von krino – Philosophische Gesellschaft Bern.

www.krino.ch

30 November 2023

Berne

Georg Simmel's Relativism Revisited

Lecture by Martin Kusch (University of Vienna) in the series «It's the culture, stupid! Nachdenken über Kultur und Identität», organised by krino - Philosophische Gesellschaft Bern.

www.krino.ch

25 – 26 January 2024

Zürich

Open Up Digital Editions

Conference of the Center Digital Editions & Edition Analytics (University of Zurich). With the increasing number of digital editions and the continuous availability of new edition data, issues relating to use and re-use are increasingly coming to the fore. However, many questions remain open and unresolved: Do editions meet research needs? Which standards should future projects adopt?

<https://open-up-dse.github.io>

Deux chiffres ronds pour une collection prestigieuse

Christoph Uehlinger

Lancée il y a cinquante ans à l'Université de Fribourg, la collection *Orbis Biblicus et Orientalis* (OBO) a rapidement eu un rayonnement international grâce à son orientation pluridisciplinaire, une approche résolument non commerciale de l'édition académique et un engagement *open access* précurseur. Publiée au nom de la Société suisse pour l'étude du Proche-Orient ancien (SSPOA) et soutenue de longue date par l'ASSH, la collection fête cette année son 300^e volume.

Origines

C'est au sein d'un institut d'études bibliques que la collection voit le jour à l'Université de Fribourg en 1973. Othmar Keel, jeune professeur d'Ancien Testament, et Bernard Trémel, professeur de Nouveau Testament, en sont les premiers directeurs. Si les Éditions universitaires de Fribourg assurent des chemins courts à la production, la collection est dès le premier volume distribuée à l'international par Vandenhoeck & Ruprecht à Göttingen. Le choix du partenaire – allemand, prestigieux et protestant – est stratégique : l'ambition est de décloisonner l'exégèse catholique en la faisant dialoguer avec les études bibliques protestantes, en avance sur bien des points.

Dès 1980, OBO est augmentée d'une *Series Archaeologica* (OBO.SA, au format augmenté in-4^o) qui sied davantage aux publications d'envergure que sont les rapports de fouilles ou les études-catalogues spécialisées d'artefacts spécifiques, notamment de sceaux cachets et cylindres pour lesquels OBO devient une référence internationale.

Égypte, Proche-Orient, interdisciplinarité

Un tournant important est pris en 1983, lorsque la collection est associée à la SSPOA. OBO se métamorphose alors en forum orientaliste pluridisciplinaire. La collaboration avec Erik Hornung de l'Université de Bâle initie un âge d'or de publications égyptologiques : entre 1982 et 1997, ces dernières représentent près d'un tiers des titres publiés, dont certains signés par des auteur-e-s de grande renommée comme Jan Assmann, Miriam Lichtheim ou Erik Hornung lui-même. Les colloques de la SSPOA consolident la dimension comparatiste et un intérêt caractérisé pour la diversité des perspectives : de 1982 à aujourd'hui, près de cinquante volumes sont issus de colloques interdisciplinaires.

Défis et enjeux

Quels auront été, en rétrospective, les défis majeurs auxquels la collection a été confrontée au cours de ses 50 ans d'existence ? Un premier défi a sans doute été celui du passage des générations : proche collaborateur d'Othmar Keel et troisième président de la SSPOA, l'auteur de ces lignes a rejoint le comité éditorial en 1994. Il nous a paru important d'assurer à la collection l'appui de toutes les disciplines intéressées : l'égyptologue Susanne Bickel est cooptée en 2001, le bibliste Thomas Römer en 2008, l'assyriologue Daniel Schwemer en 2010 (sa place sera reprise par Catherine Mittermayer en 2019), l'archéologue Mirko Novák en 2019. Chaque membre du comité éditorial représente désormais une université différente en plus d'apporter son réseau disciplinaire propre, ce qui assure à la collection un rayonnement géographique et pluridisciplinaire bien plus large qu'à son origine.

Un gros défi se présente en 2018 avec la disparition sans préavis de la maison d'édition Academic Press Fribourg. La proposition la plus engagée suite à un appel d'offres international vient des Éditions Peeters établies à Leuven/Louvain qui, reprenant l'ensemble des stocks, assument depuis 2019 la production et la distribution (dix-neuf nouveaux titres à ce jour).

Dernier défi à mentionner ici, la publication en *open access*. OBO a bénéficié à ce sujet de conditions favorables grâce au soutien de l'ASSH et à la mise en place, par l'Université de Zurich, de la plateforme ZORA (www.zora.uzh.ch). Dès 2016, l'ensemble des volumes publiés a pu être rétronumérisé. Depuis 2019, chaque nouveau titre est disponible en *open access* dès sa parution. Début septembre 2023, ZORA a enregistré près de 520 000 téléchargements de volumes OBO ou OBO.SA, preuve s'il en fallait de l'intérêt que leur portent des lectrices et lecteurs dans le monde entier.

•
Une version longue de ce texte est publiée sur le site de l'ASSH.

L'auteur

Christoph Uehlinger est professeur en histoire des religions et sciences des religions comparées au Département de sciences des religions de l'Université de Zurich. Il fait partie depuis 1994 du comité éditorial de la série OBO et en assume depuis vingt ans la coordination.



Medical Humanities

Besser altern, besser sterben: Menschliche, technische und spirituelle Ressourcen

Veranstaltung in der Medical-Humanities-Reihe «Alt werden»

Seit 2009 engagiert sich die SAGW zusammen mit der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften im Bereich der Medical Humanities. Seit 2021 läuft die Veranstaltungsreihe «Alt werden».

Zeit und Ort:

Donnerstag, 26. Oktober 2023, 13.30–17.30 Uhr. Valiant Lounge im Wankdorf Stadion Bern.

Sprachen:

Deutsch und Französisch

Informationen und Anmeldung auf der Tagungsseite:

www.sagw.ch/mh23



Die Themen der diesjährigen Veranstaltung sind:

→ **Gesellschaftliche Pluralität in der Langzeitpflege**

Wie wirkt sich Diversität auf die Interaktionen zwischen älteren Personen und Pflegenden aus?

→ **Caring Robots**

Welche ethischen und sozialen Konsequenzen haben technologische Lösungen zur Bewältigung des steigenden Pflegebedarfs?

→ **Religion und Spiritualität als Ressourcen**

Wie wirken sich Religiosität und Spiritualität auf Wohlbefinden und Gesundheit von Senioren und Seniorinnen aus?

→ **Praktiken des Sterbens in der Palliative Care**

Wie berichten Patient:innen im autobiografischen Schreiben über die Palliative Care und das Gesundheitswesen?

6 Fragen an... Sonja Matter

«Das Historische Lexikon soll nahe am Puls der Forschung sein»



Die Historikerin Sonja Matter forscht zu sozialhistorischen Themen wie Frauenbewegungen, Kinderrechten, Gehörlosigkeit oder Armut. Nun übernimmt sie die Direktion des Historischen Lexikons der Schweiz. Ihr Vorgänger Christian Sonderegger geht nach einer drei Jahrzehnten dauernden Karriere beim HLS in Pension.

Frau Matter, Sie sind seit Mitte Juli neue Direktorin des HLS. Fanden Sie schon Zeit, die 36 500 Lexikonartikel zu lesen?

Ich lese das HLS schon seit vielen Jahren, zunächst als Studentin, dann als Forscherin und Dozentin. Zudem habe ich einzelne Artikel selbst verfasst. Doch natürlich kenne ich bisher nur einen Bruchteil des umfassenden Korpus des HLS. Es ist ein immenser Schatz an geschichtswissenschaftlichem Wissen.

Was sind für Sie die drei grössten Stärken des HLS?

Das HLS ist erstens ein bedeutendes Referenzwerk: Es zeigt die Schweizer Geschichte in ihrer ganzen Vielfaltigkeit und über verschiedene Epochen auf. Es vermittelt sowohl Wissen über urgeschichtliche Ufersiedlungen als auch über den Aberglauben im Mittelalter oder die digitale Gesellschaft der unmittel-

baren Vergangenheit. Die Artikel sind zweitens wissenschaftlich fundiert und gleichzeitig frei zugänglich. Leser und Leserinnen können sich schnell ein differenziertes Bild zu einem Thema machen und erhalten durch die reiche Bebilderung und Multimedialisierung einen vielschichtigen Zugang. Drittens bietet das HLS die Möglichkeit, zu allen Themen weiter zu recherchieren. Denn zu den Artikeln finden sich Hinweise auf zusätzliche Literatur, Quellen und digitale Datenbanken.

In welchen Bereichen sehen Sie noch Verbesserungspotenzial?

Das HLS weist verschiedene thematische Lücken auf, so ist die Zahl der Frauenbiografien für alle Epochen noch zu klein. Dann fehlen Beiträge zu wichtigen Themen wie beispielsweise der transnationalen Verflechtung der Schweiz oder der Migrationsgeschichte, welche über Jahrhunderte prägend war. Weitere Projekte sind bereits aufgegleist, zum Beispiel eines zu mittelalterlichen Burgen als Orte der Macht. Eine Herausforderung ist es, das grosse Korpus laufend zu aktualisieren und die neuen Forschungsergebnisse zu integrieren. Dies ist letztlich eine Ressourcenfrage.

Das HLS hat sich seit seinen Anfängen in den späten 1980er-Jahren zur Mehrsprachigkeit bekannt und publiziert in allen vier Landessprachen – nicht aber in der Wissenschaftssprache Englisch. Ein Problem?

Das HLS avancierte zu einem Kompetenzzentrum für die Übersetzung historischer Themen in die vier Landessprachen. Viele Historikerinnen oder Publizisten orientieren sich, wenn sie einen Text übersetzen, an den Begriffen des HLS. Diese Leistung ist für die Verständigung einer mehrsprachigen Nation von grosser Bedeutung und hat Priorität. Mit der Übersetzung von Artikeln ins Englische würde das HLS seine Reichweite aber zweifels-

ohne nochmals stark erweitern. Zusätzliche finanzielle Mittel, um dieses Projekt zu realisieren, wären natürlich willkommen.

Als Forscherin haben Sie sich unter anderem mit Frauenbewegungen, Kinderrechten, Gehörlosigkeit und Armut auseinandergesetzt. Wird das HLS diesen sozialhistorisch relevanten Themen in Ihren Augen gerecht?

Es gibt bereits zahlreiche spannende Artikel im HLS zur Schweizer Sozialgeschichte. Ein Projekt zur administrativen Versorgung läuft im Moment und die ersten Artikel zum Thema Zwangsfürsorge und Anstaltsversorgung erscheinen demnächst. Doch natürlich bestehen auch Lücken. Ein Zukunftsprojekt von mir ist es beispielsweise, die Gehörlosengeschichte im HLS nicht nur abzubilden, sondern auch in die Schweizer Gebärdensprachen zu verdolmetschen. So erhält die Gehörlosengemeinschaft besseren Zugang zu ihrer eigenen Geschichte.

In welche Richtung soll sich das Online-Lexikon unter Ihrer Leitung entwickeln?

Das HLS soll nahe am Puls der Forschung und an gesellschaftlichen Debatten sein. Ich möchte Wissen zu Themen vermitteln, die Leser und Leserinnen besonders bewegen. Damit kann das HLS Orientierungswissen für die Gegenwart bereitstellen. Zudem möchte ich das HLS noch breiter bekannt machen. Menschen unterschiedlichen Alters sollten wissen: Wenn sie eine Frage zur Schweizer Geschichte haben, finden sie im HLS eine erste Antwort.

Fragen: Heinz Nauer



O-Ton

« Au nom de Dieu Tout-Puissant !
Le peuple et les cantons suisses,
 conscients de leur responsabilité envers
 la Création,
 résolus à renouveler leur alliance
 pour renforcer la liberté, la démocratie,
 l'indépendance et la paix
 dans un esprit de solidarité et d'ouverture
 au monde,
 déterminés à vivre ensemble leurs diversités
 dans le respect de l'autre et l'équité,
 conscients des acquis communs et de
 leur devoir d'assumer leurs responsabilités
 envers les générations futures,
 sachant que seul est libre qui use de sa
 liberté et que la force de la communauté
 se mesure au bien-être du plus faible
 de ses membres,
arrêtent la Constitution que voici [...] »

Préambule à la Constitution fédérale

«I'm a pessimist by nature. With John Ford, people look out of the window with hope. Me, I show people who are scared to even open the door. And if they do, they tend to get a bullet right between the eyes. But that's how it is.»

Filmmaker Sergio Leone on the difference between Italo-Westerns and US Westerns à la John Ford – and perhaps a metaphor for utopianism.

Le mot de la fin

« Genre » partout, justice nulle part ?

Sofia Balzaretti

La recherche féministe a considérablement enrichi de nombreuses disciplines scientifiques. Ses contributions épistémiques ont élargi la compréhension des dynamiques de pouvoir et ont façonné la manière dont j'ai moi-même, en tant que juriste, décidé d'aborder et de comprendre la question juridique.

Il est pourtant remarquable de constater à quel point le concept de « genre » – présent comme thème académique depuis les années 1970 aux États-Unis et en Europe – a connu une adoption généralisée à toutes les disciplines dès 2018, après l'impact du mouvement #MeToo, pour ensuite rapidement perdre en popularité, quelques années plus tard, après l'irruption de la pandémie de Covid-19. Comment expliquer cet engouement fulgurant suivi d'une si rapide désaffection ?

Cette volatilité de l'intérêt à l'égard du « genre », tantôt porté aux nues, tantôt oublié lorsque d'autres problématiques sociales surgissent, illustre un équilibre précaire. D'une part, cette tendance pourrait refléter une instrumentalisation de la cause à des fins commerciales (tant on sait que la recherche en sciences humaines et sociales suit, dans les faits, la logique capitaliste de productivité de notre époque). D'autre part, il se pourrait également que l'accent mis sur une conception universelle dissimule en réalité encore – et de manière un peu suspecte – les rapports de pouvoir et les inégalités existantes. Les disparités socio-économiques entre les sexes, alors même que celles-ci persistent, ne sont plus étudiées ; les défis spécifiques auxquels les femmes sont confrontées dans certaines régions du monde minimisés.

Réinvestir la perspective féministe

Voici donc une proposition de la manière dont on pourra saisir les questions de « genre » lorsque celles-ci connaîtront à nouveau un regain d'intérêt : gardons-nous de reculer devant les complexités et les défis inhérents au sexisme ; considérons au contraire avec attention et sérieux les controverses et *backlashes* politiques, que

l'on aurait tort de balayer d'un revers de main. Et surtout, référons-nous au féminisme (ou aux féminismes) en tant que *mouvement*, et *courant de pensée*, dont l'utilisation se justifie d'un point de vue épistémique.

N'oublions pas non plus l'intersectionnalité, cette compréhension holistique des multiples identités et systèmes de domination. Alors que l'opinion publique s'empare de la question climatique, des questions éthiques liées à l'intelligence artificielle et des « défis du futur » ou, justement, des effets *ex post* d'une pandémie mondiale, la dimension de genre, laquelle joue pourtant un rôle crucial dans ces domaines, est omise. Pourtant, il ne s'agit pas simplement d'apposer un post-it « genre » pour éviter que la cause des femmes ne tombe aux oubliettes. Il ne s'agit pas non plus d'obliger les scientifiques à restreindre leur liberté et à adopter une perspective de genre dans la science. Il s'agit, au contraire, d'intégrer plus profondément les considérations de genre dans la recherche en sciences humaines et sociales. Une telle approche pourrait permettre de respecter tout à la fois les libertés de la science, en garantissant que personne ne soit laissé pour compte, et en n'oubliant pas la dimension collective et politique du féminisme.

Une orientation qui s'avère nécessaire pour empêcher que le titre dystopique de cette réflexion ne devienne, à terme, une réalité et pour qu'une justice féministe par la recherche scientifique puisse se consolider.

●
Dans la rubrique « Le mot de la fin » de jeunes chercheuses et chercheurs s'expriment sur le système scientifique et les perspectives d'avenir au sein des sciences humaines et sociales. L'auteur-e passe le relais à une personne qu'il ou elle souhaiterait lire dans le numéro suivant. Frédéric Guignard, assistant diplômé en littérature française à l'Université de Lausanne, est nommé pour le Bulletin 3/2023.

L'auteure

Sofia Balzaretti a soutenu sa thèse de doctorat à l'Université de Fribourg en juin 2023 sous le titre *Le sexisme en droit suisse, européen et international* avec la mention *summa cum laude*. Elle a rédigé plusieurs contributions sur la thématique du genre et du droit. Elle travaille depuis 2022 en tant que juriste pour les droits des personnes en situation de handicap au Secrétariat général du Département fédéral de l'intérieur.



Impressum

Bulletin 29,2, Oktober 2023

Das Bulletin kann auf der Website der SAGW kostenlos abonniert werden.

Auflage

2400

Redaktion

Heinz Nauer, Fabienne Jan und Howald Biberstein (Bildessay)

Bilder

- Titelbild: © Photocase
S. 4: © Dominic Büttner (<https://constitutio.ch>)
S. 12: Erstellt mit KI-Tool DALL-E 2 (<https://openai.com/dall-e-2>)
S. 15: CC0 Public Domain, Quelle: Pixabay
S. 16: Quelle: Jakob Messerli: «Zeitsysteme», in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 25.01.2015 (online)
S. 22, 24: Quelle: Andreas Kley: «Bundesverfassung (BV)», in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 29.06.2023 (online)
S. 27: Quelle: Schweizerisches Nationalmuseum, Bildnummer: SNM_GBE-165242_LM-44429
S. 29: © KEYSTONE/Valentin Flauraud
S. 34: © KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
S. 38: Screenshot aus Climate Litigation Database (<https://climaterightsdatabase.com>)
S. 39: © KEYSTONE/Gian Ehrenzeller
S. 40: CC BY 3.0, Quelle: Wikimedia Commons
S. 42–47: © Dominic Büttner (<https://constitutio.ch>)
S. 49–51: Quelle: <http://www.simplicissimus.info>
S. 54: CC BY 3.0, Quelle: Wikimedia Commons
S. 59: Getty Images. Fotograf: Cristian Rudolffi
S. 61: Quelle: Schweizerisches Bundesarchiv (<https://www.recherche.bar.admin.ch/recherche/#/de/archiv/einheit/3172530>)
S. 62: Dirk Wetzel (Porträt D. Graf)
S. 64, 65, 67: Fotograf: Daniel Spehr (<https://spehr.ch>)
S. 66, 68: Archiv SAGW
S. 69: Karin Hofer (Porträt K. Schmidheiny)

Gestaltung

Howald Biberstein, Basel

Korrektorat

Wortkiosk, Manuela Di Franco (deutsch)
Mot pour mot, Estelle Rutishauser (französisch)
wordup GmbH (englisch)

Druck

rubmedia AG, Wabern / Bern

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8375505>

Disclaimer

Die einzelnen Beiträge in diesem Heft können Meinungsäusserungen der Autor:innen enthalten und stellen nicht grundsätzlich die Position der SAGW dar.



Dies ist eine Open-Access-Publikation, lizenziert unter der Lizenz Creative Commons Attribution. Der Inhalt dieser Publikation darf demnach uneingeschränkt und in allen Formen genutzt, geteilt und wiedergegeben werden, solange die Urheber:innen und Quellen angemessen angegeben werden. Das Verwertungsrecht bleibt bei den Autor:innen der Artikel. Sie gewähren Dritten das Recht, den Artikel gemäss der Creative-Commons-Lizenzvereinbarung zu verwenden, zu reproduzieren und weiterzugeben. Den Autor:innen wird empfohlen, ihre Daten in Repositorien zu veröffentlichen.

Wir legen Wert auf eine nachhaltige Produktion.

Gedruckt wird mit Strom aus Wasserkraft. Die Farbe ist frei von Mineralöl und potenziell toxischen Metallrückständen, ist energiesparend und besitzt das Gold-Zertifikat Cradle-to-Cradle. Das Recyclingpapier Refutura ist nach dem Standard «Blauer Engel» zertifiziert. Die Folie für die Verpackung ist zu 80% aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt worden.

printed in
switzerland





ISSN 1420-6560